

Mit acht Seiten **extra** zur Buchmesse

- **Die vormundschaftliche Vereinigung**
Von Ekkehard Lieberam und Roland Wötzel Seite 4
- **Wie sicher ist Leipzig?**
Fakten, Fragen und Forderungen Seite 6
- **Nach "Hedda Gabler" in den Landtag?**
Die Dramaturgin Skadi Jennicke im Gespräch Seite 9
- **Mein Freund der Wald**
Über die Bürgerinitiative "Pro Wald"... Seite 16

02
2009

**2,00
Euro**

17. Jahrgang
20. Februar

www.
leipzigs-neue.de

**Nur 1,80 Euro
im Abo**

Schiefelage PISA

**Leipzigs Lehrer protestierten
Fünf Tage Arbeit - Vier Tage Bezahlung**



Editorial

Die Lehrer Leipzigs streikten im Februar in fast allen Schulen. Das war unübersehbar und machte – für den einen oder anderen Außenstehenden auch unerwartet – Schlagzeilen. Noch nie haben sich die Lehrer zu solch einer massiven Aktion in der Stadt, aber auch in Sachsen, zusammgefunden. Die Ursachen sind verhältnismäßig leicht erklärt. Die sächsische Regierung meint, das Gehalt (und die Arbeitszeit) der Lehrer als Manövriermasse bei der Sanierung der Staatsfinanzen nutzen zu können. Mit der Trennung der Landesbediensteten von denen der Kommune und des Bundes, glaubt man, leichtes Spiel zu haben. Man nahm weiter an, die Lehrer hätten keinen Mumm zum gemeinsamen, öffentlichen, lautstarken Protest. Aber: Das Maß ist voll, die Lehrer haben die unterstellte "Hasenfüßigkeit" überwunden. Auch, weil die Angleichungen der Gehälter mit Blickrichtung Westen nur für Bund und Kommune festgeschrieben sind, für die Schulkollegen nicht.

Es ist daran zu erinnern: Zum einen haben sie über viele Jahre Verzicht geübt, zum anderen wurden ihnen die Löhne gekürzt, indem man Regelarbeitszeiten verkürzte. Somit erhalten die sächsischen Lehrer, bezogen auf eine vergleichende Regelarbeitszeit, die niedrigsten Löhne in Deutschland.

Die Forderungen an die Einsatzbereitschaft haben sich in der gleichen Zeit ständig erhöht. So setzt man faktisch als selbstverständlich voraus, dass der Lehrer die Ganztagschule mit absichert, man setzt ebenfalls voraus, dass er mit einem Stundensatz der für nur vier Tage reicht, fünf Tage zur Verfügung steht und man setzt außerdem noch voraus, dass der Kollege selbstverständlich hochmotiviert arbeitet.

Es reicht nicht, immer nur vollmundig die schulische Arbeit im Freistaat zu loben und sich bei PISA im Erfolg zu sonnen. Die Pädagogen in Sachsen haben bewiesen, dass sie Unterricht auf höchstem Niveau halten. Es ist nun höchste Zeit, auch dafür richtig entlohnt zu werden.

• REINER ENGELMANN

Fotos: Eiltzer

Kommentiert

Filetierer am Mikro

Dass einer aus widerständischen Kreisen stammend eine ganz normale bundesdeutsche Karriereleiter erklimmt, spricht nicht gegen ihn: Nach kurzen Wehrmachtseinsatz studiert Klaus von Dohnanyi Rechtswissenschaft und geht in die Wirtschaft. Sozialdemokrat seit 1957, wird er nach etlicher Zeit Staatssekretär und auch Minister. Dass er schließlich Chef eines Bundeslandes wird, kann man ihm auch nachsehen. Nur ein Flecken fällt auf seinen Abgang 1988, weil nämlich niemand so genau weiß, warum. Böse Zungen halten ihm viele Jahre später seine Kritik an Lafontaine vor, der sei vor der Verantwortung geflohen: Anderes habe der in Rede Stehende auch nicht getan.

Dann wartet er die DDR-Menschen davor, die Fehler bei manchen Entwicklungen in der Bundesrepublik zu wiederholen – etwa auf den Gebieten der Stadtentwicklung, des Straßenverkehrs und der Umweltbelastung. Das Warnen hatte nicht geholfen. Die Fehler wurden wiederholt und verschlimmert, der Warner nicht gehört.

Als die Treuhänder Leute sucht, um die volkseigene Industrie in die Marktwirtschaft zu überführen, meldet sich der Mann, der seit langem nichts mehr mit Wirtschaft zu tun hatte und mutet sich und anderen TAKRAF zu, den einstigen Weltmarktführer bei Eisenbahndrehkränen und Tagebauausrüstungen. Das war das Unternehmen auch 1989 noch. Zwei Jahre später sind zwei Drittel der

rund 25 000 Mitarbeiter auf die Straße geflogen, die wertvollen Betriebsteile an westdeutsche Konkurrenten verkauft, der Rest verschrottet. Niemand in der Welt muss sich mehr vor TAKRAF fürchten. Der "Fachmann", dem das zu danken ist, schwatzt sich inzwischen mit senilen Sprüchen von Talkshow zu Talkshow. Aus seiner Vergangenheit erzählt er denn auch einmal in einem Gespräch vor Unternehmern in Leipzig, die DDR hätte neun Millionen Arbeitsplätze gehabt, die nicht wettbewerbsfähig waren. Und er wiederholt: "Die DDR war bankrott". Noch bankrotter als der bundesdeutsche Spitzenpolitiker Klaus von Dohnanyi kann sie gar nicht gewesen sein – da allein vor seinem Wirken TAKRAF noch etwas bedeutete. Aber dem Zerstörer wird überall ein Mikrofon hingehalten. Sein SPD-Partei-buch hilft dabei kräftig nach, obwohl seine Tonlage auch am rechten CDU-Rand keinen stören würde. Meist kann man sich darauf verlassen, dass er das Mikro bekommt: Zuschauer und Hörer glauben nur, was sie im Moment sehen. Das andere ist vergessen und ausgeblendet. Der Mann, der vor der Verantwortung in Hamburg floh, der ein Vorzeigeunternehmen der DDR in kürzester Zeit filetierte, darf über die soziale Marktwirtschaft schwatzen und wird dabei von Willmaischbergerplasmabergillner & Co hofiert. Das spricht gegen ihn und muss man ihm und allen Beteiligten verübeln. Vor allem in Leipzig, wo das TAKRAF-Herz einst schlug.

• GÜNTER FISCHER

Alle unter einer Decke

Nun setzen Mehldorn und sein Stab den Punkt auf i. Die Schnüffellaffäre passt ins Zeitalter der Skandale. Die Eisenbahner sind erbozt – obwohl sie kaum etwas anderes erwartet haben. Verwundert sind sie aber, dass der Schaffner XY in der Lage wäre, die Bahn zu verhökern. Wo haben die Kollegen wohl die Millionen vergraben? In welchem Garten wurden die Achsen des ICE versteckt? Mehldorn gibt nur zu, was er nicht mehr bestreiten kann. Die Luft wird immer dünner. Sogar die Familien wurden "überprüft" – die ganze Belegschaft reichte dem Bahnchef nicht. Die Bahnzeitung hatte die Mitarbeiter ohnehin gewarnt, im Zug oder auf dem Bahnsteig über ihre Probleme zu reden.

Aller zwei Jahre wurden Daten "abgeglichen" – zurück bis in die 90er Jahre. Der Staatskonzern folgt darin nicht nur der Telekom, Lidl und anderen – nein er folgt seinem Auftraggeber, dem Staat selbst. Vorratsdatenspeicherung ist doch Datenabgleich. Was da alles an Gesetzen verletzt wurde, wer da alles mit schnüffeln musste, was das so wohl behütete Bankgeheimnis letztlich wert war und wo die Daten überall verwertet wurden (im wahrsten Sinne des Wortes) – es wird einem schwindlig. Mehldorn hat sich bei den "lieben Mitarbeitern" entschuldigt – zähneknirschend, aber auch mit der Drohgebärde "alles kommt auf den Tisch". Freunde, Römer, Landsleute... – das war das Schema! Und diese Überraschung im Aufsichtsrat, bei den Gewerk-

schaftsführungen, in der Regierung, im Bundestag usw. Ist das nicht erstaunlich!? Die Kollegen sagen, dass die alle unter einer Decke stecken. Nun - Frau Merkel will Mehldorn noch halten – das ist Wahlkampf. Er selbst hält ja schließlich viele Fäden, die zur Regierung führen, in der Hand. Und jetzt taucht auch noch ein Brief von Mitarbeitern seiner Revisionsabteilung auf, der Abteilung, die das geheime Ermittlungsorgan Mehldorns ist. Man sei entsetzt, denn eigentlich ist doch der Chef dieser Abteilung der Schuldige und man habe oft gewarnt – ja man versteht gar nicht, warum Mehldorn seinen obersten verdeckten Ermittler so beschützt. Ergebnis: Die Abteilung ist beurlaubt. Das System Bahn – eben weil es ein System ist – bringt nicht erst heute die dunklen Seiten des Kapitalismus an den Tag. Jetzt kommt alles raus, was Ausbeutung so mit sich bringt. Der Tanz, der jetzt um den Datenschutz am Beispiel der Bahnspitzelei aufgeführt wird, ist der Tanz um die Glaubwürdigkeit eines Gesellschaftssystems, dessen herrschende Klasse längst überreif ist abzutreten. Kaum zwanzig Jahre hat es gedauert, um die Bahn fast vollständig an den Prellbock zu fahren. Und da sagt Mehldorn, dass man fein raus wäre, wenn es mit dem Börsengang doch noch geklappt hätte. Der Mann gibt niemals auf – er ist wie das System.

• EIN EISENBÄHNER
(Name der Redaktion bekannt)

Nicht hinter der Gardine

Eindrucksvolle Proteste gegen Nazi-Aufmarsch



Fotos:Fiebelkorn

LN.: Unter dem Motto "GehDenken" haben in Dresden 12 000 Menschen gegen einen Nazi-Aufmarsch protestiert, mit dem die Erinnerung an die Zerstörung der Stadt am 13. Februar 1945 vereinnahmt werden sollte und zu dem diesmal 6000 Rechtsextreme aus ganz Europa kamen. "Wir haben geschafft, was wir uns vorgenommen hatten", sagt Annette Kahane von der Amadeo-Antonio-Stiftung: "Wir sind mehr als die Nazis." Auch an diesem 14. Februar gingen die bürgerlichen und linksliberalen Demonstranten in Dresden getrennte

Wege, während die rechte Szene geschlossen marschiert. Die "militante, aggressive NPD gehört endlich verboten", verlangte Gregor Gysi. Im Gegensatz zu Bundesprominenz von SPD, Grünen, LINKE und Gewerkschaften ist der sächsische CDU-Ministerpräsident an diesem Nachmittag nicht auf dem Theaterplatz, ebensowenig wie die CDU-Oberbürgermeisterin Helma Orosz. Sie hatte am Mittag zu einer separaten Veranstaltung geladen, einem schweigend absolvierten Spaziergang von der Frauenkirche zum Neumarkt. (siehe auch Seite 10)



Was muss getan werden?

Die Bundesregierung steckt Milliarden in die Rettung der privaten Großbanken. Trotzdem drosseln diese die Kreditversorgung weiter und gefährden damit Betriebe und Arbeitsplätze. So hat das Milliardengrab Hypo Real Estate bisher 102 Milliarden Euro an Kreditlinien und Bürgschaften verschlungen – zum Vergleich: Zu ihren besten Zeiten war diese Bank gerade einmal 9 Milliarden Euro wert. Der Bankenrettungsplan der Bundesregierung ist gescheitert.

DIE LINKE fordert daher, die privaten Großbanken zu 100 Prozent zu verstaatlichen. Nur so kann gewährleistet werden, dass die immensen Kosten von maßloser Spekulation und überzogenen Renditeerwartungen nicht auf die Allgemeinheit abgewälzt werden. Darüber hinaus sichert dies die Einflussnahme im öffentlichen Interesse auf die Geschäftspolitik der Banken und die Verhinderung einer Kreditklemme.

Dringend muss auch begonnen werden Finanzmärkte und -sektor umzubauen: Deren Aufgabe muss auf die Kreditvergabe für Unternehmen und Haushalte beschränkt werden. Außer Verlautbarungen kommt von der Bundesregierung hierzu bisher nichts. DIE LINKE fordert u. a. eine drastische Reduzierung und, wo nötig, das Verbot risikanter Finanzmarktprodukte und Akteure, wie Hedge-Fonds. Auch muss die Finanzmarktaufsicht verstärkt werden.

Die Milliarden für die Großbanken werden an anderer Stelle dringend gebraucht: Die Wirtschaftskrise führt von Woche zu Woche zu mehr Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit. Die beschlossenen Konjunkturpakete der Bundesregierung kommen zu spät und fallen viel zu gering aus. So brüstet sich die Regierung mit dem Umfang von 50 Milliarden Euro des zweiten Pakets. Nur im Nebensatz wird erwähnt, dass diese Mittel für zwei Jahre gelten, 2009 also gerade mal 25 Milliarden Euro wirksam werden. Das ist viel zu wenig: DIE LINKE fordert doppelt soviel. Zudem müssen die enthaltenen Maßnahmen konjunkturpolitisch sinnvoll eingesetzt werden.

Zur Finanzierung der staatlichen Hilfsprogramme will DIE LINKE u. a., dass eine Millionärsteuer von fünf Prozent auf Privatvermögen von über einer Million Euro eingeführt wird. Die Finanzierungsstrategie der großen Koalition schaut da anders aus: Die gerade gegen die Stimmen der LINKEN beschlossene Schuldenbremse wird in der Zukunft zur Folge haben, dass sich die Regierungen der nächsten Jahre die fehlenden Haushaltsmittel über Sozialabbau, Einsparungen bei den Arbeitslosen, RentnerInnen u. a. sowie über die Erhöhung von Massensteuern, wie der Mehrwertsteuer, holen werden.

• BARBARA HÖLL

Berlin ist schon ein aufregendes Pflaster. Ich meine damit nicht allein die Stadt als solche, sondern in erster Linie ihre Bewohner, die machen schließlich den Reiz einer Stadt aus. Bekanntlich ist ja der gemeine Berliner ein umgänglicher, freundlicher und äußerst humoriger Zeitgenosse, den so schnell nichts aus der Ruhe bringen kann. So kennt uns die Welt, so hat sie uns lieb.

Zugegeben, dieses Bild wird durch Zugereiste und Pendler aus dem Umland einigermaßen verwässert, aber das war schon immer so. Man denke nur an die vergangenen, sagen wir mal 60 Jahre. Wer sich da nicht alles in der Stadt getummelt hat, der da nicht hingehörte. Aber Hallo!

Seitdem zusammenwächst, was angeblich zusammen gehört, tobt ja gleich ein ganzes Konglomerat aus aller Herren Bundesländer in der Stadt und nagt an dem guten Ruf der Einheimischen. Daran ändert auch nichts, daß die Chefin weiblichen Geschlechts ist.

In Peinlichkeit vereint auch Wolfgang Huber (Bischof) und Wolfgang Thierse (Prenzlauer Berg), die als Zugereiste in Berlin zu Ämtern und zweifelhaften Würden gekommen sind. Bemerkenswert die Identität der Vornamen, ich glaube ja nicht an Zufälle. Oder Mompers Walter, der mit dem roten Schal, dem mit sonorer Stimme der allerfeinste Blödsinn über die Lippen sprudelt.

Dabei haben wir Berliner die personellen Importe, woher sie auch immer kamen und kommen, gar nicht nötig. Etwaigen Bedarf an klugen Köpfen können wir bequem aus heimischer Aufzucht und Hege abdecken.

Berühmte Berliner zum Beispiel sind aus dem Westen Harald Juhnke und Kurt Krömer, aus dem Osten Helga Hahnemann und Nina Hagen. Na bitte, geht doch.

Der seit mindestens acht Jahren allerberühmteste Berliner aber, und das völlig zu Recht, ist der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit. Nur Eisbär Knut ist noch berühmter, aber der ist ja eingesperrt und Wowereit läuft frei herum.

Doch aufgemerkt, Berühmtheit kommt nicht von allein, da muß man schon was für tun. Zum Beispiel den Frankfurter Hessen zeigen, wo die Batschkapp hängt und mal eben den Suhrkamp Verlag nach Berlin holen. Oder die Modemesse Bread & Butter in den stillgelegten Flughä-



Notizen aus der Hauptstadt der BRD Ottos Mops hopst!

Von Gerhard Schumacher



fen Tempelhof, wo dann zwei Monate lang Schmidts Katze die Tarantella tanzt, während den Rest des Jahres die Konzeptionslosigkeit weiter fröhliche Urständ feiert. Und alles im Alleingang, ohne die Pfeifen im Senat, in dem ja in der Mehrzahl sowieso nur Zugereiste sitzen. Das soll ihm mal einer nachmachen, dem Regierenden. Und da freut sich auch der gemeine Berliner sprichwörtlich wie Bolle. Wowi, wir sind stolz auf dich. Doch wo Erfolg ist, sind die Neider nicht weit. Gelder sollen geflossen sein, wispert es durch die Amtsstuben der Pendler aus dem Umland. Oder geldwerte Vorteile nicht zu knapp. Alles nur Vermutungen, die in Wirklichkeit keiner beweisen kann. Wowi hält nämlich die Verträge fern jeder Öffentlichkeit. Er ist ja schließlich kein Dummerchen, unser Regierender Bürgermeister.

Worum geht's sonst noch so in der Hauptstadt? Ganz klar um die Freiheit. Nein, nicht um die nach dem Mauerfall, diese Freiheit wird noch genügend im November gefeiert, bis dahin ist Geduld angesagt. Jetzt geht es erst einmal um die Freiheit der Wahl zwischen Beelzebub oder Katechet, Schwarzer Messe oder Religionsunterricht. "Pro Reli" heißt das Begehren, das kühn sich eins des Volkes nennt. Ja, natürlich, richtig vermutet, da hat auch der Huber Wolfgang seine bischöflichen Fingerchen mit drin. Derzeit gibt es in den Berliner Schulen den Ethikunterricht als Pflichtfach, der Religionsunterricht kann zusätzlich gewählt werden, wenn man es denn will. Das gefällt den kirchlichen Dogmatikern beider Bekenntnisse schon recht gar

nicht, könnten doch die Schüler im Ethikunterricht neben den beiden üblichen noch andere Wege zum Heil erfahren und da sei Luzifer vor. Deshalb plakatiert die unheilige Allianz im gesamten Stadtbild quatschbeubt: "Freie Wahl zwischen Ethik und Religion" und ähnliche Sprüche. Das Wort Ethik kommt übrigens aus dem Griechischen und bedeutet soviel wie "sittliches Verständnis". Im Hinblick auf das, was gerade im Vatikan abläuft, sollte der Schulsenator vielleicht den Ethikunterricht zur Doppelstunde ausbauen.

Auf jeden Fall ist das Abendland in Gefahr, soviel steht schon mal fest.

Nährisches Treiben allerorten. Der Rosenmontagszug wirft seine Schatten. In Berlin findet er sonntags statt, weil die Straßen am Montag anderweitig gebraucht werden. Ansonsten feiern die Zugereisten und das Umland weitestgehend unter sich und lassen irgendwas raus, zum Beispiel die Sau oder den Mops. Auf letzteren hat der Wiener Dichter Ernst Jandl einst ein schönes Gedicht geschrieben, das hiermit zum Nachlesen empfohlen sei. Es geht darin um das Verhältnis Hund/Herr mit nur einem Vokal. Ottos Mops hopst nicht nur, er kann noch andere Sachen mit O. In der vorletzten Zeile kotzt er, der Mops.

Manchmal möchte ich Mops sein.

PS:

Unser Kolumnist lebt und arbeitet als freier Schriftsteller mit Frau, Hund und diversen Vögeln in Berlin

"Zivil-Militärische" Kooperation

Immer mehr zivile Hilfsorganisationen werden für militärische Aufgaben missbraucht

Nachdem bereits im Oktober 2008 die zivilen medizinischen Hilfsdienste per Gesetz zur Unterstützung der Bundeswehr verpflichtet wurden, folgte im Dezember 2008 der nächste Schritt. Es wurde eine "Kooperationsvereinbarung" zwischen der Katastrophenschutz-Organisation der BRD, dem Technischen Hilfswerk (THW), und der Bundeswehr unterzeichnet. Damit erhält die bisher bereits praktizierte Zusammenarbeit beider Partner einen offiziellen Rahmen, der die Grundlage für einen weiteren Ausbau der Kooperation bildet. Neben der Mitbenutzung von Bundeswehr-Infrastruktur (Übungsplätze, Transportmittel) durch das THW ist auch die "gemeinsame lehrgangsgebundene Ausbildung von Führungspersonal" sowohl an der "THW-Bundesschule" als auch an der "Führungsakademie der Bundeswehr" oder der "Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation" vorgesehen. Durch die Vereinbarung werden weiterhin gemeinsame Inlandoperationen von THW und Armee als "Zivil-Militärische Zusammenarbeit Inland" ermöglicht. Da das THW dem Bundesministerium des Innern untersteht, sollte an dieser Stelle die Frage erlaubt sein, ob hier nicht eine Hintertür zur Realisierung der von Mini-

ster Schäuble mit Zustimmung der SPD-Politiker Steinmeier, Struck und Zypries seit Herbst 2008 geplanten Ergänzung des Artikels 35 GG geöffnet wurde. Danach soll die Bundesregierung den Einsatz der Bundeswehr "mit militärischen Mitteln" ausdrücklich anordnen können.

Das Protokoll dieser Vereinbarung sieht auch unmissverständlich gemeinsame Auslandseinsätze von Bundeswehr und THW vor und zementiert damit die schon seit längerem praktizierte Verfahrensweise. Handelte es sich bei den bisherigen gemeinsamen Einsätzen von THW und Bundeswehr vorwiegend um Hilfsaktionen, bei denen keine Unterstützung von Kampfhandlungen durch das THW erfolgte, so soll nach den Vorstellungen der Bundeswehrführung die Kooperation auch auf bewaffnete Bundeswehrein-sätze ausgedehnt werden. Dabei zieht man in Berlin in Betracht, bestimmte Tätigkeiten im Rahmen des Afghanistan-Einsatzes an das THW zu übertragen und so die Bundeswehr zu entlasten.

Eine erste Vorstellung davon, wie eine solche Unterstützung erfolgen soll, lieferte im vergangenen Herbst die "Operation Desert Fox" in Ägypten, mit der eine entführte Reisegruppe befreit werden sollte. Innerhalb von nur 36 Stunden wurden mit drei

Sonderflügen der Lufthansa, sechs Transallmaschinen der Bundeswehr und zwei auf dem Flughafen Halle/Leipzig stationierten Antonov-Frachtflugzeugen 150 schwerbewaffnete Einsatzkräfte der GSG9 und 14 Mitarbeiter des THW sowie drei Polizei-Hubschrauber, zwölf geländetaugliche Einsatzfahrzeuge, Munition, Treibstoff und anderes Material an die Grenze zum Sudan geflogen.

Die Mitarbeiter des "zivilen" THW richteten dort die Infrastruktur für den Militäreinsatz gegen die Entführer und weiteten damit erstmals ihre Tätigkeit, die offiziell in humanitären Hilfsaktionen besteht, auf die direkte Begleitung von Kampfhandlungen der Bundeswehr aus. Das steht dem THW jetzt wohl häufiger bevor. Wie der Generalinspekteur der Bundeswehr, Wolfgang Schneiderhan, ankündigte, ist die neue Kooperationsvereinbarung zwischen Bundeswehr und THW "nicht irgendeine Verwaltungsvereinbarung", sondern vielmehr "ein Baustein im Konzept der Vernetzten Sicherheit für Auslandseinsätze", der jetzt mit Leben gefüllt würde. Die Kombination von militärischen und nichtmilitärischen Mitteln zur Verbesserung der Sicherheitslage sei unter anderem Grundlage der Bundeswehroperationen in Afghanistan.

Die zivil-militärische Zusammenarbeit im Ausland beschränkt sich jedoch nicht auf THW und zivile Sanitätsdienste. Die Auslandstätigkeit deutscher „Nichtregierungsorganisationen“ (NGO) wird in allen Einsatzgebieten eng mit der deutschen Truppenführung abgestimmt; die Finanzierung erfolgt vorwiegend über das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Während die bewaffneten Bundeswehrkontingente als Besatzer in überfallenen Staaten auftreten, dienen die „humanitären“ Hilfsdienste der „Sicherung des Truppenumfelds“. Die bereits erprobte „zivil-militärische“ Kooperation soll als Modell für die künftige deutsche Entwicklungshilfepolitik dienen. Die Äußerung des Vorsitzenden des Deutschen Bundeswehrverbandes, Oberstleutnant Kirsch: "Wir machen nicht humanitäre Hilfe. Das könnte das Technische Hilfswerk machen, wenn es denn darauf ankäme. Wir als Soldaten sind in Afghanistan, um Dinge gegebenenfalls mit Waffengewalt durchzusetzen" unterstreicht dieses Ziel, mit dem auch eine weitere Militarisierung der deutschen Außenpolitik einhergeht.

• HELMUT ULRICH

Die vormundschaftliche Vereinigung (Teil 2)

LN dokumentiert Thesen von Prof. Dr. Ekkehard Lieberam und Dr. Roland Wötzel

Zu den Ereignissen der Jahre 1989/90 gibt es Millionen Zeitzeugen, meterweise Editionen in Bücherregalen, zahlreiche Filme und Dokumentationen. Und es gibt seit kurzem eine umfangliche Diskussionsgrundlage von Prof. Ekkehard Lieberam und Dr. Roland Wötzel zur Thematik, die LN in ihren Januar- und Februar-Ausgaben, leicht gekürzt, zur Diskussion stellt ...

Wandel durch Annäherung

Deutschland war über 40 Jahre hinweg ein in zwei Staaten mit zwei unterschiedlichen Gesellschaftssystemen geteiltes Land. Gerade auch Einschränkungen der Demokratie in der DDR – hinsichtlich des Wahlrechts, der innerparteilichen Demokratie, des Leerlaufens der Verfassungsbestimmungen über Volksbegehren und Volksentscheide, des Misstrauens gegenüber Betriebs- und Arbeiterräten – waren immer zugleich beides: Konsequenz des Einflusses der Sowjetunion und bürokratischer Interessen sowie Notwendigkeiten bzw. vermeintliche Notwendigkeiten, um die DDR gegen eine Politik der Aufweichung seitens der BRD zu schützen.

Dabei muss immer beachtet werden, dass die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR, der 1952 verkündete und Stalin regelrecht abgetrotzte Kurs des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus, auch die gesellschaftliche Umgestaltung auf dem Lande in ihren Anfängen, sich bis 1961 unter den Bedingungen einer offenen Grenze vollzog, verbunden mit Verlusten in Höhe von mindestens 128 Milliarden Mark.⁵ Die Massenproteste gegen die Regierung am 17. Juni 1953 waren Resultat von Fehlern der Parteiführung, von Aktivitäten alter Nazis und der Einflussnahme aus Westberlin. Sie machten zugleich die Instabilität und die Gefährdung der politischen Verhältnisse in der DDR in dieser Zeit deutlich.

Umgekehrt beeinflusste auch die DDR (bzw. die Existenz des europäischen Realsozialismus in seiner Gesamtheit) die Methoden und Formen der Herrschaftsausübung in Westdeutschland. Strafrechtliche Repressionsgesetze und Verbotsverfügungen gegen zahlreiche Organisationen, insbesondere auch das Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 16. August 1956 gegen die KPD, machten den Willen der Bundesrepublik deutlich, auf jegliche Versuche der politischen Einflussnahme seitens der DDR mit Repression zu antworten und dabei Verfassungsrechte zu negieren.

Bundeskanzler Konrad Adenauer hatte 1952 deutlich gemacht: "Was östlich von Werra und Elbe liegt, sind Deutschlands unerlöste Provinzen. Daher heißt die Auf-

gabe nicht Wiedervereinigung, sondern Befreiung."⁶ Für die Bundesrepublik war die DDR im Grunde genommen kein Staat, gegenüber dem das Völkerrecht galt, sondern ein vorübergehend von Aufständischen besetztes Gebiet, vergleichbar etwa mit der Bayerischen Räterepublik 1919, nur mit dem Unterschied, dass die Grenze zur DDR zugleich Grenze der bestehenden zwei Weltsysteme war und die Präsenz der Sowjetarmee einen militärischen Einmarsch unmöglich machte. Die Propagandaformel vom "Unrechtsstaat DDR" ist die Fortsetzung des Alleinvertretungsanspruchs der Alt-BRD, das "ganze Deutschland" zu vertreten.

Auf die im Kalten Krieges geführten andauernden ideologischen Attacken gegen die DDR als "totalitäres Regime hinter dem eisernen Vorhang" (ungeachtet dessen, dass die Grenze in Westberlin offen war) antwortete die DDR mit kräftigen Vokabeln. Die Rede war von "Kriegsbrandstiftern", vom "Adenauer-Regime", von den "Bonner Ultras".

Mit der neuen Ostpolitik unter Willy Brandt bekamen jene Kräfte der herrschenden Klasse das Sagen, die auf "Wandel durch Annäherung" setzten. Man behandelte die DDR freundlicher. Begriffe wie "totalitär" wurden zurückgezogen. Aus heutiger Sicht war das nicht nur ein Zeichen der gewachsenen Stärke der DDR, wie damals angenommen. Der Kurswechsel war ebenfalls dem Umstand geschuldet, dass die DDR im ökonomischen Systemwettbewerb zurückfiel und die Verfechter der neuen Politik in Bonn nicht ohne Grund darauf hofften, mittelfristig den Aufbruch im Osten Deutschlands zu einer sozialistischen Gesellschaft beenden zu können.

Reformen im Systemkampf

Die DDR war nicht zuletzt das Resultat der Besatzungspolitik der Sowjetunion. Nicht zuletzt daraus resultierte, dass sie allein nicht existenzfähig war. Für ihren Platz in der Geschichte ist allerdings auch wichtig, inwieweit sie als Staat in den Auseinandersetzungen um die Wettbewerbsfähigkeit der sozialistischen Länder gegenüber dem kapitalistischen Weltsystem auf der Höhe der Zeit war. Das Urteil der Geschichte wird da sehr differenziert ausfallen.

Vor allem in den fünfziger und sechziger Jahren fielen Entscheidungen darüber, ob grundlegende Strukturformen in den Volkswirtschaften der sozialistischen Staatengemeinschaft vorgenommen werden müssen, um im ökonomischen Wettbe-

werb bestehen zu können. Es ging vor allem um die Fähigkeit, die Arbeitsproduktivität entschieden zu steigern, die kapitalistischen Länder darin zu übertreffen. Marx und Lenin hatten keinen Zweifel gelassen, dass daran die Überlegenheit der neuen Gesellschaft zu messen sei.

Nach Stalins Tod hatte sich für die mit der SU verbündeten Länder eine komplizierte Gesamtsituation ergeben: Die Fehlentwicklungen und Verbrechen der Stalin-Zeit, auch die Fortführung des Stalinschen Kommandosystems in der Wirtschaft, standen einer Erneuerung und Vitalisierung des sich entwickelnden Sozialismus entgegen.

Es ging vor allem um die Fähigkeit, die Arbeitsproduktivität entschieden zu steigern.

An Stelle des "Sozialismus in einem Lande" gab es nunmehr 13 Staaten, die den Sozialismus aufbauen wollten. Wesentliche Merkmale der internationalen Beziehungen waren der Zusammenbruch des Kolonialsystems und die Politik des USA-Imperialismus, den "Ostblock" wieder aus der Welt zu schaffen. Erwartungen von Stalin, es werde in den kapitalistischen Industriestaaten kaum noch eine Entwicklung der Produktivkräfte geben, erwiesen sich als falsch.

Der XX. Parteitag der KPdSU 1956 und die beiden folgenden Parteitage waren mutig hinsichtlich der Abrechnung mit Stalin, aber hinsichtlich der gesellschaftspolitischen Zielsetzungen illusionär. Der Aufbau der kommunistischen Gesellschaft wurde im Programm der KPdSU von 1961 zur praktischen Aufgabe erklärt. Das Volumen der Industrieproduktion sollte innerhalb von 20 Jahren auf mindestens das Sechsfache und die Arbeitsproduktivität in der gleichen Zeit um das Vier- bis Viererhalbfache steigen.⁷ Die bürokratisch-zentralistischen Strukturen wurden zwar z. T. in Frage gestellt, aber letztlich nicht angetastet. Neben Ungarn war es vor allem die DDR unter Walter Ulbricht, die nach dem Mauerbau 1961 (zunächst drei Jahre mit Rückendeckung von Chruschtschow) sich um ein strategisches Konzept ökonomischer Reformen, das "Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft" (NÖSPL), bemühte und vorsichtige Schritte unternahm, um das politische System zu demokratisieren.

Ziel war, durch Betriebe und andere wirtschaftliche Einheiten unter Nutzung solcher Kategorien wie Preis, Zins und Kredit, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zur raschen Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Senkung des Material- und Energieverbrauchs zu forcieren und für den Binnen- und den internationalen Markt gefragte Waren entsprechend den staatlichen Vorgaben in konkurrenzfähiger Qualität zu produzieren. Besser sollte das Prinzip, dass das, was dem einzelnen nutzt, auch der Gesellschaft nutzt (und umgekehrt), durchgesetzt werden. Die in einzelnen Betrieben und Wirtschaftszweigen durchgeführten Experimente verliefen positiv und führten in diesen Bereichen zu einem schnelleren und effizienteren Produktionswachstum als in anderen. Das an der betrieblichen Rentabilität und der Erhöhung des Nationaleinkommens orientierte Prinzip der Eigenwirtschaftung der Mittel wirkte auf die Veränderung des ökonomischen Denkens in den Betrieben. In den Betrieben, die eigenverantwortlich

ihre Außenwirtschaftsbeziehungen organisieren konnten, wuchs nicht nur das Exportvolumen und entwickelte sich die Devisenstabilität bedeutend besser als in der Volkswirtschaft insgesamt, sondern es nahm auch die Verantwortung der am Export beteiligten Kollektive für die Qualität ihrer Produkte und den Service auf den Außenmärkten zu. Die Zeit von 1962/1963 bis Herbst 1970, in der das NÖS/ÖSS konzipiert und teilweise eingeführt wurde, war für die DDR "eine Zeit des Aufbruchs, Jahre des Vorwärtsgehens und Vorankommens, der Entdogmatisierung und des Infragestellens bisheriger Konzepte, eine Zeit großer Entwürfe und neuer Ideen. Die sechziger Jahre waren die eigentliche Reformperiode in der Geschichte der DDR, die einzige Periode, welche die Möglichkeit alternativer Entwicklungen zu einem demokratischen und leistungsfähigeren Sozialismus in sich trug."⁸ Der Sozialismus wurde dabei als "lange Periode" in der Art verstanden, "dass der Sozialismus nicht eine kurzfristige Übergangsperiode in der Gesellschaft

ist, sondern eine relativ selbständige gesellschaftliche Formation."⁹ Die Schritte bei der Umsetzung des NÖS-Konzepts stimmten zunächst optimistisch. Dieses Konzept scheiterte letztlich am Widerstand der Sowjetunion unter Breshnew und an einer voluntaristischen Praxis der SED-Parteiführung. Eine Realisierungschance hätte es nur als konzertierte Aktion der sozialistischen Staatengemeinschaft gehabt. Unter Erich Honecker kehrte die DDR zu einem zentralistischen System zurück, in dem die Wirtschaft des Landes wie ein großer Betrieb geleitet wurde. Nicht zuletzt daraus resultierten innenpolitische Konsequenzen, die die Gesellschaft zersetzten: Bürokratisierung, Verweigerung einer realistischen Lageeinschätzung, Entleerung von Mitbestimmungsformen, die Unmöglichkeit, innovatives Eigentümerverhalten zu entwickeln. Die Gesellschaft lebte von der Substanz. Die Verbindlichkeiten gegenüber den kapitalistischen Ländern erhöhten sich außerplanmäßig. Die Unfähigkeit der Führung, mit allen gesellschaftlichen Kräften die Wirtschaft der DDR so zu reformieren, dass der wissenschaftlich-technische Fortschritt im volkswirtschaftlichen Rahmen effizient umgesetzt werden kann, wurde zu einem entscheidenden Grund für den Untergang der DDR.

neue und an einer voluntaristischen Praxis der SED-Parteiführung. Eine Realisierungschance hätte es nur als konzertierte Aktion der sozialistischen Staatengemeinschaft gehabt. Unter Erich Honecker kehrte die DDR zu einem zentralistischen System zurück, in dem die Wirtschaft des Landes wie ein großer Betrieb geleitet wurde. Nicht zuletzt daraus resultierten innenpolitische Konsequenzen, die die Gesellschaft zersetzten: Bürokratisierung, Verweigerung einer realistischen Lageeinschätzung, Entleerung von Mitbestimmungsformen, die Unmöglichkeit, innovatives Eigentümerverhalten zu entwickeln. Die Gesellschaft lebte von der Substanz. Die Verbindlichkeiten gegenüber den kapitalistischen Ländern erhöhten sich außerplanmäßig. Die Unfähigkeit der Führung, mit allen gesellschaftlichen Kräften die Wirtschaft der DDR so zu reformieren, dass der wissenschaftlich-technische Fortschritt im volkswirtschaftlichen Rahmen effizient umgesetzt werden kann, wurde zu einem entscheidenden Grund für den Untergang der DDR.

5. Honecker, Aus meinem Leben, Berlin 1981, S. 258.
6. Rheinischer Merkur vom 20. 7. 1952.

7. Vgl. Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, angenommen auf dem XXII. Parteitag der KPdSU, 17. bis 31. Oktober 1961, S. 64.

8. U. Busch, Eine spannende Periode in der Wirtschaftsgeschichte in der DDR, workshop, Teil II, Pankower Vorträge, H. 23/2, Berlin 2000, S. 36.

9. W. Ulbricht, Die Bedeutung des Werkes "das Kapital" für die Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR, Berlin 12./13. September 1967, S. 20.

RGW

Kraft der Gemeinsamkeit



Otto Kummer: Plakat – VIII. Kunstausstellung der DDR, Dresden 1978

Die Fremdbestimmung

Die Restauration des Kapitalismus ab 1990 im Osten Deutschlands hatte gegenüber den anderen sozialistischen Staaten in Europa eine Besonderheit: die Existenz eines staatlichen Zentrums zum Vollzug. Dieses Zentrum war der westdeutsche Staat, die Bundesregierung und die Treuhandanstalt. Die Bundesregierung hatte im November 1989 sehr schnell alle Fäden in der Hand und erwies sich als handlungsfähiger Akteur, eng verbunden mit den Medien, Banken, Konzernen, Unternehmerverbänden und maßgebenden Politikern der Bundestagsfraktionen. Alles vollzog sich als Fremdbestimmung in einer Form, die Merkmale einer Kolonialisierung hatte. Nicht wenige Funktionsträger der DDR erwiesen sich als Wendehälse. Ein Teil der DDR-Bürgerrechtsbewegung war bereits ab Frühjahr 1990 nicht viel mehr als eine spezielle Truppe der Bundesregierung. Die Regierung der Maiziere war Befehlsempfänger und Vollstrecker der Richtlinien der Bundesregierung. Verbal war sie beweglich. In der Sache gab es keinen gravierenden Fall von Widerstand, weder gegen die schockartige Aufwertung im Rahmen der Währungsunion um 300 Prozent und die Politik "Rückgabe vor Entschädigung" noch gegen die Verwandlung Ostdeutschlands in eine verlängerte Werkbank des Westens. Die kapitalistische Restauration vollzog sich vor allem über die Treuhandanstalt, unter der Modrow-Regierung einst zur "Wahrung des Volkseigentums und seiner Verwaltung im Interesse der Allgemeinheit" gegründet. Diese nunmehrige Enteignungszentrale verschleuderte das Volkseigentum. Dabei machte sie aus dem von Detlef Carsten Rohwedder auf 600 Mrd. DM geschätzten Vermögen der volkseigenen Betriebe 270 Milliarden DM Schulden.¹⁰

Die industrielle Produktion verringerte sich 1991 gegenüber 1989 in Ostdeutschland auf etwa ein Drittel. Exakte Angaben über den Anteil westdeutscher und ausländischer Erwerber sind spärlich. Michael Benjamin schätzt ein, dass 80 Prozent der Betriebe in die Hände westdeutscher und 10 Prozent in die Hände ausländischer Erwerber übergangen¹¹. Von dem noch im Einigungsvertrag (Artikel 25, Abs. 6) fixierten Anteilsrechten der DDR-Bürger am volkseigenen Vermögen war keine Rede mehr. Zugleich vollzog sich eine Abwicklung der Arbeiterklasse und eine Säuberung der staatlichen und politischen Einrichtungen. Von den 9,2 Millionen Erwerbstätigen Ende 1989 in der DDR waren bereits Ende 1992 in Ostdeutschland noch 6,3 Millionen (ohne Westpendler) übrig geblieben. Arbeiter und Arbeiterinnen wurden "vom ziemlichlichen Souverän zum wichtigsten Kostenfaktor"¹², die Arbeitskraft wieder zur Ware. Ende 1989 waren im verarbeitenden Gewerbe der DDR 3,5 Millionen Personen beschäftigt gewesen. 1995 waren es nicht einmal eine Million. Von 86 000 industriellen Forschern der DDR gab es 1992 noch 26 300. Ein Viertel aller Lehrer, 75 Prozent der Hochschullehrer und Wissenschaftler, z. B. auch 22 560 Mitarbeiter im Bereich des Bundesministeriums für Verkehr, wurden entlassen, 14 716 blieben¹³. Von den in den Jahren 1994 bis 1999 berufenen 1 878 Professoren und Professoren kamen 1 769 oder 94,7 Prozent aus Westdeutschland. Ungefähr 30 000 Politiker und Beamte aus der Alt-BRD besetzten bis 1992 staatliche und politische Schlüsselpositionen in Ostdeutschland. Die herrschende Klasse Westdeutschlands dehnte das Territorium ihrer Herrschaft einfach aus. Um die Mitte der neunziger Jahre fand die "konterrevolutionäre" Phase in Ostdeutschland ihren Abschluss. "Die Konter-Revolution ist in die Konter-Evolution übergegangen."¹⁴

Die DDR als Erfahrung

Es sollte selbstverständlich sein, dass Sozialisten und Kommunisten der staatlich gelenkten Diskreditierungskampagne gegen die DDR und Belehrungen entgegenzutreten, die DDR-Bürger hätten, soweit sie nicht in Bautzen oder Waldheim waren, mit zitternden Knien und gebeugtem Rücken gelebt. Die Kampagnen der Regierenden sind ein politisches Ablenkungsmanöver zum Schutze vor Kapitalherrschaft, Renten- und Einkommensungerechtigkeiten, Sozialabbau und Kriegsführungspolitik.

Für Sozialisten und Kommunisten sollten die Jahre 2009 und 2010 zugleich eine Zeit sein, in der die Debatte um DDR-Geschichte verdichtet wird. Es gibt dazu eine Vielzahl profunder Untersuchungen und recht überzeugender Erkenntnisse. Was allerdings fehlt, ist eine Verständigung über die DDR und deren Geschichte als Erfahrungsobjekt für eine sozialistische Neuorganisation, denn die gegenwärtige Ordnung ist offensichtlich nicht das letzte Wort der Geschichte. Die DDR war das Projekt eines neuen Deutschland und sollte auch als dieses entsprechend gewürdigt werden.

Die DDR war aus dieser Sicht vor allem eines: ein lehrreicher Versuch, unter komplizierten Bedingungen eine neue Gesellschaft als Alternative zur kapitalistischen Profit- und Klassengesellschaft zu schaffen, ohne Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Bildungsprivilegien und Kriegsgelüste. Diese Werte und Politikbereiche sind es auch, die heute noch Anerkennung finden. Die DDR war eine Gesellschaft mit einem hohen Maß an Gleichheit, wo die Einkommen allenfalls zwischen 1 und 6 differierten (in der heutigen BRD zwischen 1 und 2000). Den Staat DDR konnte man sehr schnell zu Fall bringen und beseitigen. Die "Abwicklung" der DDR-Gesellschaft war und ist schwierig.

Der größte Mangel der DDR, der ihr allerdings nur mit Einschränkung angelastet werden kann, war das Niveau der Produktivkraftentwicklung, zudem im Rahmen einer Staatengemeinschaft, für deren einzelne Staaten (abgesehen von der CSSR) ein noch weitaus niedrigeres Niveau typisch war. Die DDR entstand im ärmeren Teil Deutschlands. Auf ihrem Territorium gab es weitaus mehr Kriegsschäden an Industrieanlagen. Sie musste lange Zeit für ganz Deutschland an die SU Reparationsleistungen zahlen. Die offene Grenze bis 1961 zehrte massiv an ihrer Wirtschaftskraft. Aus der sowjetisch besetzten Zone bzw. der DDR gingen etwa 3 Millionen Menschen nach 1945 nach Westdeutschland; etwa 250 000 (nach anderen Schätzungen 450 000) kamen aus dem Westen in die DDR.

Die DDR beteiligt an dem osteuropäischen Versuch sozialistischer Gesellschaftsgestaltung unter Bedingungen, da im Bereich

der Produktivkräfte entscheidende Voraussetzungen für eine neue Gesellschaft noch nicht gegeben waren. "Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgereißert worden sind."¹⁵ Insofern war es ein Frühsozialismus, der in der DDR in kapitalistischer Umkreisung und in Konfrontation mit der BRD versucht wurde. Es gab eine "(relative) Armut der Gesellschaft, unter der die Bedürfnisse der Individuen restriktiv behandelt werden müssen."¹⁶ Allein eine erfolgreiche Strategie der Schaffung dieser "materiellen Existenzbedingungen" hätte die Voraussetzungen geschaffen, um sukzessive die Bedürfnisse besser befriedigen und Einschränkungen von Demokratie insgesamt abzubauen zu können (womit allerdings unzureichende Bemühungen um einen höheren, der bürgerlichen Demokratie, überlegenen Demokratietypus in keiner Weise gerechtfertigt werden können). Der DDR ist fairerweise zuzugestehen, dass dieses Problem unter Walter Ulbricht klar erkannt und mit einem recht überzeugenden strategischen Konzept beantwortet wurde.

Es gibt Erkenntnisse und Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus in der DDR, die es für eine künftige Sozialismusgestaltung zu nutzen gilt. Sie belegen, dass der Sozialismusversuch in der DDR mit beachtenswerten Ergebnissen gesellschaftlicher Zukunftsbewältigung einherging. Insgesamt ist das Scheitern zuvörderst Konsequenz des Zurückfallens des Realsozialismus im Systemwettbewerb auf dem Gebiet der Ökonomie. Gesichert ist die Erkenntnis, dass der Sozialismus der politischen Macht der arbeitenden Klassen bedarf und eine lang andauernde Gesellschaftsordnung ist, mit eigenen ökonomischen Gesetzen und Prinzipien, mit einer hohen Eigenverantwortlichkeit der Betriebe, mit marktwirtschaftlichen Elementen, mit vielfältigen Anforderungen an ein demokratisches und effektives System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Die Ergebnisse der Großexperimente zur Erprobung des NÖS in den sechziger Jahren bedürfen ebenso der Verallgemeinerung wie die positiven Erfahrungen mit dem genossenschaftlichen Eigentum in der Landwirtschaft. Die negativen Erfahrungen einer weitgehenden Unfähigkeit des politischen Systems, zwischen kritischen Bürgern und wirklichen Gegnern zu unterscheiden und "Demokratie von unten" nicht als Bedrohung, sondern als Wesenselement sozialistischer Demokratie zu verstehen.

10. Vgl. hier und im Folgenden: Ekkehard Lieberam, Wesens- und Strukturveränderungen der Lohnabhängigenklasse in Ostdeutschland, in: Sozialcrash, Beiträge zur Klassenanalyse, Band 3, Marx-Engels-Stiftung Wuppertal e. V., Essen 2007, S. 30 ff.

11. M. Benjamin, Ostdeutsche Identität und ihre Grundlage, in: Marxistisches Forum, H. 6, Mai 1996, S. 3.

12. Harry Nick, ND vom 18. 8. 1995.

13. Vgl. Bundestagsdrucksache 12/4013, S. 2.

14. M. Benjamin, a. a. O., S. 11.

15. K. Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, Vorwort, MEW, Band 13, Berlin 1972, S. 9.

16. H. Jung, Klassen und Geschichte, Z., Nr. 28, Dezember 1996, S. 16.

Bedrohung alternativer Projekte in Leipzig-Connewitz

LN.: In der Nacht zum 7. Februar wurde die Scheibe des Roten Antiquariats in der Bornaischen Straße 3b vermutlich durch Steinwürfe beschädigt.

Bereits im letzten Jahr waren der Buchladen und auch zweimal das benachbarte Büro-Projekt linXXnet Ziel solcher Angriffe geworden.

So kam es bereits im vergangenen Jahr in der Nacht vom 19. auf den 20. April zu einem Brandanschlag auf den "Roter Stern" Fanladen in der Wolfgang-Heinze-Straße. Im November des gleichen Jahres wurden die Scheiben eines vor dem linXXnet geparkten Kleinbusses der Linkspartei eingeschlagen.

Zu den Provokationen äußert sich Juliane Nagel, Mitarbeiterin im linXXnet und Mitglied des Landesvorstandes DIE LINKE Sachsen:

" Konkrete Ermittlungsergebnisse der Angriffe auf das linXXnet, das Rote Antiquariat oder den Kleinbus der Partei DIE LINKE sind bis heute ausgeblieben. Ich gehe in all den benannten Fällen von Anschlägen mit einem politischen Hintergrund aus. Ein dieser Einschätzung entsprechender Ermittlungsdruck seitens der Polizei ist bis heute zu vermissen."

Im Stadtteil Connewitz ist es vor allem im vergangenen Jahr verstärkt zu nazistischen Propaganda- und Gewalttaten gekommen. Diese Entwicklung ordnet sich in einen bundesweiten Anstieg rechter Straftaten ein, allein in Sachsen sind es rund ein Fünftel.

Es bleibt also noch einiges zu tun, um dem Anspruch einer weltoffenen Stadt Leipzig gerecht zu werden.

Übrigens:

Um die Finanzierung des Kombi-Tickets auch künftig zu gewährleisten, sollen ab September die Eintrittskarten für Oper, Gewandhaus und Schauspiel um 50 Cent teurer werden. Das Kulturdezernat will darüber am 25. Februar im Stadtrat abstimmen lassen. Bei einer eventuellen Ablehnung steht das Kombi-Ticket infrage.

Wie sicher ist Leipzig?

Die LINKE fordert angemessene finanzielle Mittel zur Kriminalitätsbekämpfung

LN.: In Beantwortung zweier "Kleiner Anfragen" des Landtagsabgeordneten Dr. Külöw an die Sächsische Staatsregierung zum Thema "Zunehmende Gefährdung der Sicherheitslage in der Stadt Leipzig" teilte Sachsens Innenminister Buttolo mit, dass es derzeit in Leipzig fünf ungeklärte Tötungsverbrechen sowie 268 ungeklärte Raubstrafaten im Jahr 2008 – also fast jeden Tag einen unaufgeklärten Raub – gibt; darüber hinaus wurden umfangreiche Aktivitäten zum Aufbau fester Strukturen der Rockergruppierungen „Hells Angels MC“ und „Bandidos MC“ registriert sowie zunehmend personelle "Schnittstellen" zwischen der Rockerszene und der neonazistischen Szene.

Desweiteren informierte der Minister, dass die rasant ansteigende Gewaltausübung gegenüber kontrollierenden Beamten seit März 2008 zu insgesamt 44 Strafanzeigen unter anderem wegen Bedrohung, Beleidigung oder Widerstandes durch die attackierten Vollstreckungsbeamten geführt habe. Damit wird nunmehr mit alarmierenden Zahlen offiziell unterlegt und bestätigt, was in einem internen LKA-Papier bereits vor Wochen zu lesen war, dass sich in Leipzig "auf Dauer ein ernst zu nehmender Brennpunkt für bevorste-

hende gewalttätige Auseinandersetzungen" abzeichnet. Auf Grundlage dieser Angaben kann die nicht nur vom "Disco-Krieg" und steigendem Drogenhandel geprägte Sicherheitslage in unserer Stadt nur noch als dramatisch bezeichnet werden.

Wie angesichts einer solchen Situation in der Halbmillionenmetropole über Mittelkürzungen für die Polizei überhaupt nachgedacht werden kann, bleibt schleierhaft. Weltfremde Pläne, eine abgespeckte Dienststellenstruktur zu schaffen, die sich von Brennpunkten der Kriminalität wegbewegt, sollten ein für allemal begraben werden. Die auf den Weg gebrachte Polizeireform trägt ihren Teil an der Verschärfung der Situation in Leipzig bei. Die Unzufriedenheit der Polizeivollzugsbeamten ist mit Händen greifbar und auch die steigende Anzahl der Übergriffe auf Polizisten im Dienst spricht eine deutliche Sprache. Wenn dann noch die frustrierende Erkenntnis hinzu kommt, dass die Ermittlungsverfahren nach Monaten oftmals wegen Geringfügigkeit eingestellt und daher Anzeigen wegen Aussichtslosigkeit der angemessenen Bearbeitung durch die Staatsanwaltschaft erst gar nicht mehr gestellt werden und selbst Dienstvor-

setzte wegen des halbherzigen Agierens der zuständigen Staatsanwaltschaft resigniert abwinken, ist die weitere Demotivation für die Polizisten vorprogrammiert. Bewundernswert ist, dass die Beamten trotz eines kompletten Versagens der Landespolitik und der familienunfreundlichen Dauerdienste noch immer sehr engagiert ihre Arbeit leisten.

Vor diesem geschilderten Hintergrund besteht dringender Handlungsbedarf bei der Staatsregierung und der Leitungsebene der Leipziger Polizei. Deshalb wird sich DIE LINKE auch weiterhin dafür einsetzen, dass in Leipzig angemessene finanzielle Mittel für die Polizei zur Verfügung stehen, mit denen der Sicherheitslage entsprochen und einem Anschwellen der Gewaltkriminalität entgegengewirkt werden kann. Polizeistrukturen müssen so beschaffen sein, dass sie dem berechtigten Sicherheitsbedürfnis einer nicht zuletzt alternden Bevölkerung entsprechen und die Beamten selbst keine unnötigen Gefährdungen aussetzen. Darüber hinaus wird DIE LINKE künftig noch genauer hinschauen, wie die Staatsanwaltschaft in den Ermittlungsverfahren bei Übergriffen gegen Polizeivollzugsbeamte in Leipzig agiert.

Bericht über "Behinderte" veröffentlicht

Um das Leben möglichst bedarfsgerecht zu gestalten

LN.: Der statistische Bericht "Menschen mit Behinderungen in Leipzig 2007" liegt vor. Er liefert einen Überblick, zu wie viele Menschen mit welchen Behinderungen in Leipzig leben, sowie außerdem Daten zu Menschen mit Behinderungen in Sachsen und Deutschland.

"Die Zahl der Menschen mit Behinderungen steigt", so Bürgermeister Thomas Fabian. "Das Besondere an diesem Bericht ist, dass er ortsteilbezogene Informationen enthält. Das bietet eine gute Grundlage, um Angebote für Menschen mit Behinderungen möglichst bedarfsgerecht gestalten zu können."

"Nach 1996, 2000 und 2003 ist es der vierte Bericht mit Informationen zu behinderten Menschen in Leipzig", infor-

miert der Leiter des Amtes für Statistik und Wahlen, Josef Fischer. "2007 lebten hier 35 525 Schwerbehinderte. Das sind 5,7 Prozent mehr als 2002."

Dieses Verhältnis entspricht der Zahl des Freistaates Sachsen, liegt aber deutlich unter dem der Bundesrepublik Deutschland. Knapp ein Drittel der schwerbehinderten Leipziger hat einen Grad der Behinderung von mindestens 90 Prozent, nahezu die gleiche Zahl hat den GdB 50 Prozent.

Auch für Leipzig gilt: Je älter die Menschen sind, umso mehr leiden sie unter einer schweren Behinderung. So gibt es insbesondere einen hohen Anteil von behinderten älteren Frauen über 75 Jahren. In Zahlen ausgedrückt: 6 857 gegenüber

3 703 Männern. Weniger als jede zehnte Behinderung ist angeboren. Die meisten treten im Laufe des Lebens ein, am häufigsten durch allgemeine Krankheiten.

Es gibt in Leipzig mit 23 579 fast drei mal so viele Menschen mit körperlichen Behinderungen, wie mit geistig-seelischen Behinderungen.

Die meisten Menschen mit Behinderungen wohnen in Mockau-Nord, Schönfeld-Ost, Paunsdorf, Reudnitz-Thonberg, der Südvorstadt, Connewitz und Grünau-Mitte.

Im Bezirk Südost und West befinden sich sehr viele Einrichtungen für behinderte Menschen. In Südost gibt es zudem die meisten Plätze in Behindertenwerkstätten.

Notizen aus dem Stadtrat

• KEIN SPIELRAUM

Vollmundig hatte die CDU in Wahlkampfmanier versprochen, die Straßenausbaubeitragsatzung noch vor den Wahlen zu überarbeiten. Leider lässt das mit CDU-Mehrheit im Landtag dazu beschlossene Gesetz keine Spielräume zu. Um den Antrag nicht zu versenken, wird deshalb ein Arbeitskreis gebildet.

• MEHR ZUSAMMENARBEIT

Nach kontroverser Debatte vor der Stadtratssitzung beschloss eine Mehrheit von SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Grüne gegen die CDU den Antrag zur Erstellung eines Konzeptes zur Zusammenarbeit der Verwaltung mit den Freien Trägern der Beschäftigungsförderung, um alle Möglichkeiten auszuschöpfen.

• GEFASSTE BAUBESCHLÜSSE

Der Stadtrat beschloss die bauliche Erweiterung des Tierheimes zur Unterbringung von Katzen und Kleinnagern, die noch in desolaten Außenstellen untergebracht sind. Diese werden dann geschlossen. Außerdem soll 2009 die Prager Straße in Probstheida zwischen Südfriedhof und Franzosenallee umgebaut und mit separaten Gleisen für die Straßenbahn saniert werden.

• FÜR HANDELSPLÄTZE

Mit Mehrheit wurden Satzungsbeschlüsse zu Bebauungsplänen für einen OBI-Baumarkt an der Brandenburger Straße und für ein Einkaufs-Stadtteilzentrum auf dem Areal der ehemaligen Brauerei in Gohlis gefasst. Ebenso wurden Veränderungs-

sperren zur Verhinderung des ungezügelter Baus von großflächigem Einzelhandel in Probstheida und Knauthain beschlossen.

• OHNE RASSISMUS

Nachdem Leipzig der europäischen Städtekoalition gegen Rassismus beigetreten ist, ist ein Programm zur finanziellen Absicherung und zu Arbeitsinhalten notwendig. Ein Beratergremium soll Opfern von Rassismus und Diskriminierung eine bessere Unterstützung ermöglichen sowie für mehr Informationen sorgen. Außerdem sind Chancengleichheit auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt und kulturelle Vielfalt und Konfliktbewältigung bei rassistischen Gewalttaten zu fördern. Nach einer Debatte in der CDU-Fraktion wurde eine

Abstimmung vertagt, um eine übergroße Mehrheit für den Beschluss zu gewinnen und bisherige Beschlussgegner vor einer Blamage zu bewahren.

• FÜR KONJUNKTURPAKET

Oberbürgermeister Burkhard Jung informierte über Vorstellungen der Stadtverwaltung zum Konjunkturpaket II der Bundesregierung. Er sprach sich gegen das Prinzip aus, wer zuerst kommt, kriegt das Meiste, sondern für eine Aufteilung nach Einwohnergröße. Dann könnte Leipzig 60 bis 80 Mio. Euro bekommen. Ebenfalls zeichnet sich ab, dass vornehmlich Investitionen vor allem in die Sanierung und weniger in Neubaugroßvorhaben in Kitas und Schulen sowie zur Lärminderung an Straßen getätigt werden sollen.

"Trio Infernale" übergeht Mehrheiten im Stadtrat

Leipziger CDU befördert mit FDP und GRÜNEN soziale Ausgrenzung

Mit im Finanzausschuss – der bekanntlich nicht die Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat abbildet – durchgesetzten Anträgen der CDU fördern die Christdemokraten zum wiederholten Maße die Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsschichten und damit die soziale Spaltung Leipzigs. Dabei werden sie sowohl von der FDP als auch den Bündnisgrünen bereitwillig unterstützt. LN fragte den sozialpolitischen Sprecher der LINKEN Dr. Dietmar Pellman nach Hintergründen ...

● Konfliktpunkte sind offenbar Kindergartensplätze und Sozialticket ...

Die diskutierten Vorschläge im Ausschuss grenzen all diejenigen aus, die heute schon keine Kita-Beiträge auf Grund niedriger Einkommensverhältnisse zu zahlen haben. Wenn das aber – wie nun geschehen – mit dem Sozialticket verknüpft wird, dann betrifft das fast 100 000 Leipziger, denen dieses "Trio Infernale" aus CDU, FDP und Grünen durch den Finanzausschuss Geld aus dem Portemonnaie "diskutiert".

● Prinzipiell ist doch zunächst gegen ein weiteres, für die Eltern kostenfreies Jahr in Kindertagesstätten nichts einzuwenden?

Natürlich nicht. Nur: Wenn das Geld nicht für jeden Wunsch reicht, dann müssen gerade im öffentlichen Haushalt Prioritäten gesetzt werden. Das heißt, a l l e müssen etwas von den eingesetzten finanziellen Mitteln haben. Das wäre dann erreicht, wenn die Gelder für die Qualität der Kindergartenbetreuung eingesetzt würden. So könnten dann die Gruppen verkleinert und mehr Betreuungskräfte einstellt werden. Das ist im Augenblick

nicht gewährleistet und würde somit weiter erschwert.

● Können die alle nicht rechnen? Und kann das in diesem Fall nur die Linkspartei?

Dass, was die CDU vorschlägt, bedeutet, dass sie etwa 2,5 Mio. Euro bereitstellen will – über den Haushalt hinaus – und davon ausgeht, das würde die Kommune dann einsparen, durch ein kostenfreies Vorschuljahr. Das ist zwar im Staatshaushalt verankert, der Einsparungseffekt liegt da aber nur bei 300 000 Euro. So dass logischerweise, wenn man etwas nachrechnet, die Kommune draufzahlen müsste. Das ist angesichts der allgemeinen Finanzsituation mehr als problematisch. Man bedenke: der städtische Gesamthaushalt ist durch aktuelle Unwägbarkeiten nach wie vor mit erheblichen Risiken behaftet.

● Die CDU, FDP und GRÜNE wissen das nicht?

Die wissen das auch, oder sollten es zumindest wissen. Aber insbesondere Herr Achminow von der CDU hat sich in puncto KITA einen scheinbar wirksamen Wahlkampfeslogan ausgedacht "Ein weiteres Jahr kostenfrei" und er meint, dass das jeder kapiert, und es deshalb richtig ist. Die Argumentation der Linkspartei – das gebe ich gern zu – ist da durchaus etwas komplizierter zu vermitteln.

● Trotzdem sollte auch die jeder interessierte Leipziger doch wohl verstehen können ...

Ich unterstreiche da zwei Aspekte. Erstens: Die LINKE ist dafür, dass allen Kinder geholfen wird. Das geschieht durch eine generell verbesserte Betreuung, die ich eben schon andeutete. Zweitens:

Dass man nicht unter den Tisch fallen lässt, ein Drittel der Eltern würde von diesen wohlklingenden CDU-Plänen rein gar nichts profitieren.

● Was haben denn nun die Kindergärten mit dem vieldiskutierten Sozialticket zu tun?

Das ist ja die eigentliche Krux der Angelegenheit. Wir alle erinnern uns noch, dass vor einem reichlichen halben Jahr die Landesdirektion das Sozialticket ablehnte, weil der Stadthaushalt nicht ausgeglichen war. Mit dem, was jetzt die CDU forciert – die FDP und die Grünen übergehe ich jetzt mal – provoziert sie ganz bewusst, dass der Haushalt erneut nicht ausgeglichen ist. Und wenn das dann passiert, dann hätte die Landesdirektion gute Argumente das Sozialticket generell infrage zu stellen. Die CDU hat jetzt im Sozialausschuss erneut dagegen gestimmt. Sie wollen das kippen. Das steckt dahinter.

● Also Machtspielen, die der Bürger nur noch schwer hinterfragen kann und in der Regel immer weniger begreift ...

Man muss sich dafür durchaus einmal die gegenwärtigen Verhältnisse im Leipziger Stadtrat klarmachen. Es ist nun mal so, dass SPD und LINKE eine klare Mehrheit haben, die sie aber nicht automatisch in den Fachausschüssen besitzen.

Wieso?

Die CDU hat beispielsweise nur deshalb drei Ausschussmitglieder, im Unterschied zu SPD und LINKE, die zwei haben, weil bekanntlich ein DSU-Stadtrat zur CDU Fraktion gewechselt ist. Es muss in diesem Zusammenhang auch ein deutliches Veto in Richtung bestimmter Interpretationen

Leipziger Tageszeitungen gesagt werden: Kein Ausschuss kann die gegebenen Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat kippen!

● Also erinnern wir uns noch einmal an die letzte Kommunalwahl ...

Bei der letzten Kommunalwahl war die CDU nach SPD und LINKEN nur an dritter Stelle. Sie haben aber jetzt ein Ausschussmitglied aus den angeführten Gründen mehr und verfälschen somit die Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat. Was ich unterstelle ist, dass CDU und FDP das zweite kostenfreie Jahr bereits als gegeben ansehen und damit bereits Wahlpropaganda machen wollen. Und zwar auf dem Rücken sozial Benachteiligter.

● Es gibt nicht nur sozial benachteiligte Bürger ... auch Städte wie Leipzig können sehr wohl benachteiligt sein, gerade im gegenwärtigen Gerangel um Finanzmittel ...

Die Weiterleitung der Gelder im aktuellen Konjunkturprogramm II führt nunmal dazu, dass Summen nicht einfach durchgewunken werden. 20 Prozent und teilweise mehr müssen die Kommunen selbst aufbringen. Und wenn nun eine Stadt wie Leipzig erheblich verschuldet ist, dann bekommt sie da logischerweise Probleme. Die Leipziger CDU-Oberen könnten jedoch sehr wohl zur Entspannung des Stadthaushaltes beitragen. Sie müssten gegenüber dem Freistaat nur auf höhere Zuweisungen für Kindertagesstätten drängen, damit der Betreuungsschlüssel, wie es der amtierende sächsische Ministerpräsident in seiner ersten Regierungserklärung großspurig ankündigte, endlich gesenkt werden kann, was – ich wiederhole mich – dann allen Kindern zugute käme.

Anzeige

Wenig Moos für Floristinnen



Foto: Schröppe

LN.: Das blühende Geschäft mit Blumen zum Valentinstag hat eine welke Seite: Die Floristinnen in Leipzig arbeiten oft zu Niedriglöhnen. Das beklagt die Floristen-Gewerkschaft. Die IG Bauen-Agrar-Umwelt Nord-West-Sachsen spricht vom "wachsenden Frust hinter den Blumentheken". Der

Job sei einfach zu schlecht bezahlt: "Die meisten Floristinnen gehen im ersten Berufsjahr mit knapp 1 000 Euro brutto nach Hause. Und das für einen Vollzeitjob. Das ist nicht einmal die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens in Deutschland", sagt Detlef Zeiß, Bezirksverbandsvorsitzender der IG BAU Nord-West-Sachsen. Dabei stecke hinter den Blumensträußen, so die Floristen-Gewerkschaft, ein hartes Stück Arbeit: "Die Floristinnen haben kaum mehr als zehn Minuten Zeit für ein Gebinde. Der Arbeitstag beginnt frühmorgens mit Kistenschleppen auf dem Großmarkt und endet nicht selten nach zwölf Stunden mit Rückenschmerzen vom langen Stehen", so der Gewerkschafter.

Die Belastung wachse – gleichzeitig sei der Tariflohn eingefroren. "Die Arbeitgeber drücken auf die Lohnbremse und weigern sich hartnäckig, die Tariflöhne anzuheben. Und das nun schon seit mehr als vier Jahren", sagt Detlef Zeiß. Die Floristen-Gewerkschaft will nun den Druck auf die Arbeitgeber erhöhen, um den Fachverband Deutscher Floristen zum Abschluss eines neuen Tarifvertrages zu bewegen.

Buchpremiere

Burghard Ciesla/Dirk Külow: Zwischen den Zeilen – Geschichte der Zeitung »Neues Deutschland«



Podiumsgespräch & Buchpremiere

mit Prof. Lothar Bisky, Herausgeber von »Neues Deutschland« und Prof. Dr. Bernd Lindner (Leipzig), Peter Pragal (Berlin), Dr. Wolfgang Spickermann (Berlin)
Moderation: Hanno Harnisch, ND-Feuilleton

12. März 2009
Leipzig
20.15 Uhr

Lehmans Buchhandlung
Grimmische Straße 10
04109 Leipzig

Das Buch ist erschienen im Verlag Das Neue Berlin
24,90 EUR, ISBN 3360019202

Jetzt bestellen:
ND-Shop
Tel.: 030 2978-4777
www.neues-deutschland.de/shop
bucherservice@nd-online.de

Neues Deutschland

Druck von Links.

Alle unter einem Schirm



Gewerkschafter aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen diskutierten im Leipziger Congress Centrum



Die Veranstaltung in Leipzig war der Beginn für eine Reihe von Regionalkonferenzen des DGB zur Rentenpolitik im Superwahljahr 2009. (Weitere Informationen zur Kampagne unter: www.ichwillrente.net.)

Fotos: Eiltzer



LN.: 1100 Frauen und Männer unter roten Schirmen machen zum Abschluss der Veranstaltung im Leipziger Congress-Centrum deutlich, was sie im Wahljahr 2009 von der Politik erwarten: "Rente muss zum Leben reichen". Für viele ist Altersarmut kein Fremdwort. Selbst wenn sie nicht persönlich betroffen sind, dann kennen viele zumindest in der Nachbarschaft oder Verwandtschaft jemand, bei dem die Rente nicht zum Leben reicht. Außerdem machen sich viele der Älteren große Sorgen über die Rente ihrer Kinder, die häufig von Arbeitslosigkeit und schlecht bezahlten Jobs betroffen sind. Diese Befürchtung bestätigen auch alle aktuellen Prognosen: Wenn der Trend zu Billigjobs nicht gestoppt wird, die Langzeitarbeitslosigkeit unvermindert hoch bleibt und die massiven Rentenkürzungen voll durchschlagen, droht Deutschland künftig eine Welle von Altersarmut.

Mit seiner Kampagne „Rente muss zum Leben reichen“ will der DGB die Politik wachrütteln und zu Reformen für mehr Sicherheit im Alter bewegen. Die Regionalkonferenz in Leipzig war dazu ein erster Schritt.

„Keine der Parteien wird sich in diesem Superwahljahr an den Themen Rente und Altersarmut vorbei mogeln können“, sagte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Bunten-

bach. Mit Blick auf den Crash der Finanzmärkte ergänzte sie: "Die gesetzliche Rentenversicherung wurde über viele Jahre von Finanzlobbyisten schlecht geredet und als altertümlich gegeißelt - doch sie war, ist und bleibt eine sichere Bank". Zu behaupten, das Roulette am Aktienmarkt sei sicherer als die Rentenversicherung, grenze an Volksverdrummung, so Buntenbach weiter. Die Rentenkürzungen der vergangenen Jahre sowie die Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt führen jedoch dazu, dass die Rente immer weniger zum Leben reicht. Dabei ginge es auch und vor allem um die heute jüngeren Beschäftigten, denn gerade sie würden die Rentenkürzungen mit voller Wucht treffen. Eindrücklich schilderten auch Kolleginnen und Kollegen aus verschiedensten Branchen ihre Sorgen und Probleme mit der Alterssicherung. Auch dabei wurde mehr als deutlich, dass es zwar keine Alternative zur Gesetzlichen Rentenversicherung gibt, jedoch dringend Reformen nötig sind. Konkret forderten die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter die Rücknahme der Rente mit 67, eine Aufwertung der Rentenansprüche von Geringverdienern und Langzeitarbeitslosen sowie einen besseren Schutz für diejenigen, die aus gesundheitlichen Gründen vom Arbeitsmarkt gedrängt werden.

Zahlen und Erwartungen

Konjunkturanalyse der Leipziger Industrie- und Handelskammer

Angesichts der neuen Herausforderungen forderte Präsident Wolfgang Topf eine "konzertierte" Aktion von Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Finanzwesen, um sich der aktuellen Situation entgegenzustellen.

Die Lage hat sich – differenziert nach Wirtschaftsbereichen – im 2. Halbjahr 2008 verschlechtert, und die Geschäftserwartungen sanken rapide auf den schlechtesten Stand seit Jahren. Wie sich die äußeren Einflüsse entwickeln, ist noch nicht überschaubar.

Die aktuelle Geschäftslage wird von 31 Prozent der Betriebe noch mit gut bewertet (Jahresmitte 33 Prozent). Die negative Lagebeurteilung stieg um 7 auf 24 Prozent. Nur 10 Prozent erwarten eine bessere Geschäftsentwicklung – die pessimistischen Einschätzungen sprangen von 27 auf 45 Prozent. Die Industrie hat ihr Wachstum von 9,7 Prozent (1. Halbjahr) auf 3,8 Prozent zu 2007 verringert, darunter den Auslandsumsatz von 10,8 Prozent auf 2,1 Prozent.

Elektrotechnik und Maschinenbau konnten den Rückgang im Fahrzeugbau – minus 6 Prozent – ausgleichen. Nur 8 Prozent der Unternehmen erwarten eine positive Entwicklung, 49 Prozent eine schlechtere.

● **Baugewerbe:** 31 Prozent, gut – 19 Prozent, schlecht. Erwartungen: 8 Prozent, besser – 36 Prozent, schlechter. Infrastrukturmaßnahmen im Konjunkturpaket II werden hilfreich sein.

● **Dienstleistungen:** 34 Prozent, gut – 17 Prozent, schlecht. Erwartungen: 13 Prozent, besser – 31 Prozent, schlechter.

● **Einzelhandel:** 27 Prozent, gut – 20 Prozent, schlecht. Erwartungen: 10 Prozent, besser – 54 Prozent, schlechter. Befürchtung: sinkende Kaufkraft!

● **Großhandel:** 20 Prozent, gut – 26 Prozent, schlecht. Erwartungen: 10 Prozent, besser – 45 Prozent, schlechter.

● **Verkehrsgewerbe:** 22 Prozent, gut – 32 Prozent, schlecht. Erwartungen: 6 Prozent, besser – 68 Prozent, schlechter.

● **Gastgewerbe:** 29 Prozent, gut – 39 Prozent, schlecht. Erwartungen: 4 Prozent, besser – 64 Prozent, schlechter.

Die IHK verlangt, dringenden Bürokratieabbau und Sonderförderung und dabei gleichzeitig die Verschuldung zu begrenzen.

• J. SP.

Absturz im Januar

Presse-Termin bei der Arbeitsagentur Leipzig

„Wir hoffen vage, aber fürchten präzise“, formulierte die Agentur. Allen ist natürlich klar, dass unsere Region von der Gesamtentwicklung nicht verschont bleibt.

Die Arbeitslosigkeit ist im Vergleich zum Dezember um 4 800 Betroffene sprunghaft auf 59 573 gestiegen, eine Quote von 15,1 Prozent.

Die Zahl liegt jedoch noch um 3 196 unter dem Vorjahr. Aber wohl nicht mehr allzulänglich.

Kurzarbeit gilt als Frühindikator einer Wirtschaftskrise. Die Agentur registrierte einen rasanten Anstieg der Anzeigen seitens der Unternehmen und hohen Beratungsbedarf wegen sinkender Auslastung. Das Volumen ist noch nicht überschaubar. Besonders zeigte sich die "Dynamik" bei den Neuanmeldungen.

Dies waren 13 397 im Agenturbezirk, 3243 mehr, als im Vormonat und 1469 mehr, als im Januar 2008.

Dramatisch sind die sinkenden Stellenmeldungen von Betrieben und Verwaltungen. Sie gingen auf 1337 zurück, ein Minus zum Januar 2008 von 19 Prozent. Im Schnitt kommen derzeit 20 Anwärter auf eine gemeldete Stelle. Bei den technischen Berufen sind es acht, bei den Dienstleistern 23 und bei den Bauleuten 43! In der Kategorie "Arbeitssuchende"

sind 94 647 gemeldet.

Auch bei der ARGE Leipzig ergab sich ein Anstieg der Arbeitslosengeld-II-Empfänger zum Dezember um 1113 auf 30 054. Dieser ist deutlich höher, als in den letzten Jahren.

Wenn es nicht gelingt, die neuen Arbeitslosen bald wieder zu beschäftigen – wo sollten Stellen auch herkommen – kommt der Abschwung nun etwas verzögert auch bei der ARGE an.

Die Arbeitsmarktinstrumente im Überblick:

ABM: 2832 (in diesem Jahr rückläufig), **1-Euro-Jobs: 1304**,

Weiterbildung: 1076 (+132).

Widersprüche zu Hartz-IV gingen im vorigen Jahr 17 600 ein.

Bearbeitet wurden 24 400 das schließt den Überhang von 2007 mit ein.

Die Bearbeitungszeit liegt im Schnitt bei 3,9 Monaten.

Aus der Pressemitteilung der Bundesagentur Nürnberg, geht auch hervor, dass der Anteil des Zuwachses an Arbeitslosen in Ostdeutschland mit 139 000, das sind 36 Prozent an der Gesamtzahl von 387 000 zu hoch ausfällt – was jedoch nicht näher begründet wurde.

• JOACHIM SPITZNER

Nach "Hedda Gabler" in den Landtag?

Die Leipziger Dramaturgin Skadi Jennicke über Premieren, Politik, Parteitage und Privates



Foto: privat

● *Sie sind Jahrgang 1977. Derzeit beschäftigt Sie aber eine Frau, die bereits 1891 in München das erste Mal auf die Theaterbühne trat. Henrik Ibsens "Hedda Gabler". Sie arbeiten nun gemeinsam mit dem Team des Theaters Altenburg-Gera an einer Inszenierung, die am 27. Februar Premiere hat. Wie fremd oder wie nah ist Ihnen "Hedda Gabler"?*

Ibsen wird häufig als Autor der Frauenemanzipation beschrieben. Das trifft für "Hedda Gabler" nur bedingt zu. Er beschreibt eine Frau, die zum Teil auch Züge Ibsens selbst trägt, der es nicht gelingt, einen eigenen Lebensentwurf zu formulieren. Daraus erwächst eine zerstörerische Kraft, an der sie letztlich zugrunde geht.

● *Was kann, was sollte Theater heute leisten?*

Es kann die Erfahrungen von Menschen ernst nehmen, speziell diejenigen, die anderswo übersehen oder überhört werden. Ich denke da auch an meine Doktorarbeit, die jetzt kurz vorm Abschluss steht und sich mit ostdeutschem Theater beschäftigt und der Frage, welche Rolle der Systemumbruch in der Theaterlandschaft, aber auch in der künstlerischen Auseinandersetzung spielt. ...

Theater hat seine eigene Sprache, anders als Belletristik oder Film. Die Bühne kann im zwischenmenschlichen Bereich Dinge sehr subtil darstellen. Auch verstanden als Korrektiv zum medialen Mainstream – all die Dinge, die im Alltag untergehen, wo Leute sich nicht wiederfinden in dem, was in der Zeitung steht oder im Fernsehen gezeigt wird. Theater kann, auch jenseits von Sprache, Menschen das Gefühl geben, ich bin nicht allein mit dem, was ich denke oder fühle.

Manchmal trifft man dort auf menschliche Fossilien. Zum Beispiel Käthe, die Kantinenfrau am Altenburger Theater. Ihre direkte Sprache und ehrliche Art, das ist selten geworden. Dazu gehört auch, dass sie mal "motzt".

● *Greifen wir doch das "Motzen" mal auf. Derzeit gibt es aufgeregte Diskussionen um die Leipziger Stadttheater. Wir dokumentieren in dieser Ausgabe einen Brief an die Stadträte, der jetzt kursiert ...*

Ich war Gast bei einer Veranstaltung des "Freundeskreises Schauspiel". Was ich an der Situation bedauerlich finde: da gibt es scheinbar zwei Lager. Auf der einen Seite die Künstler, die auf den ersten Blick keiner mehr versteht, und auf der anderen Seite eine als traditionell geltende Schar von Zuschauern, die dann oft auch noch als "alt"

beschrieben wird. Diese Polarisierung stört mich, da diese Lager in Reinkultur so nicht existieren. Extremhaltungen führen zu nichts. Ich denke, ein junger Mensch kann auch sehr konventionell an Kunst rangehen oder sie entdecken, wie jemand, der schon älter ist. Alt contra Jung trifft es nicht. So geht die Fähigkeit zur Verständigung verloren ...

● *Sollen sich die angesprochenen Politiker im Rathaus aus diesem Konflikt heraushalten?*

Aus künstlerischen Inhalten haben sie sich rauszuhalten, das ist nicht ihre Aufgabe. Die künstlerisch kompetenten Partner sind nicht die Politiker. Worauf Politik allerdings zu achten hat, ist, dass die Verständigung zwischen Künstler und Publikum funktioniert. Das bedeutet aber nicht, dass das Theater sofort proppenvoll sein muss. Das ist in der ersten Spielzeit eines Intendanten nur sehr selten der Fall. Andere Erwartungen sind überzogen. Es braucht Zeit, bis Künstler eine Sprache für ein bestimmtes Publikum finden. Aber Politik sollte ein Interesse haben, dass der Dialog nicht abbricht. Denn so ein Stadttheater – auch das Leipziger – ist ein Theater für alle Bürger. In diesem Sinn kann Kulturpolitik den Dialog zwischen den beiden Seiten moderieren. Niemand soll sich ausgeschlossen fühlen und ein Stadttheater darf kein Spezialtheater werden.

● *Wo waren Ihre ersten Bretter, die die Welt bedeuteten? Ich habe in Halle angefangen bei Peter Sodann. Mir gefiel die dortige Atmosphäre sehr gut. Ich bekam das Gefühl, dass ich mit und im Theater etwas bewegen kann.*

Inzwischen sorgt mich, dass an den Theatern finanziell so an der Substanz gespart wird, dass sie kaum noch in dieser Art funktionieren. Das schlägt sich natürlich in den Produktionen nieder. Auch Zuschauer spüren das. Theater verändert sich jenseits der großen Häuser im Moment sehr bedenklich.

● *Seit wann interessiert sie Politik?*

Politik allgemein – seit der Pubertät. Aber die politische Sicht auf unsere Gesellschaft verschärfte sich entscheidend, als ich 2004 mein erstes Kind bekam. Ich habe vorher eigentlich nur im Theater gelebt, diese Institution verlangt es auch, dass man kaum ein alternatives soziales Umfeld hat. Inzwischen halte ich das für ein Problem...

In dem Moment, als ich eine Familie hatte, sind diese Welten erst mal kollidiert. Das funktionierte nicht mehr. Von da an hat sich mein Blick auf diese Gesellschaft verändert, weil ich Ausgrenzung gespürt habe. Da gab es die ganz banalen Dinge des Alltags, wo ich als junge Mutter einfach im Nachteil war. Um es allgemeiner zu sagen: Diese Gesellschaft macht es einem überhaupt nicht leicht, mit Kindern sein Leben zu leben und zu meistern. Da habe ich begonnen zu sagen, das geht jetzt so nicht mehr. Ich muss was tun. Und das war der Beginn des Weges in die aktive Politik.

● *Wollen Sie sich etwas beweisen?*

So denke ich nicht. Ich will niemandem etwas beweisen, das ist für mich der falsche Ansatz.

Ich setze mich dafür ein, dass gesellschaftliches Zusammenleben anders funktionieren kann als jetzt. Mich stört fehlende Solidarität untereinander und fehlende Achtung voreinander. Man muss verschiedene Lebensarten respektieren und tolerieren. Das erlebe ich so nicht, und das stört mich massiv. Es ist heutzutage keineswegs so, dass sich jeder nach seinen Möglichkeiten entfalten kann. Das macht mich wütend. Es gibt viele Menschen, und da meine ich nicht nur Hartz-IV Empfänger, die nicht so leben können wie sie wollen. Aber wenn man sie ließe, wäre das eine unglaubliche Bereicherung für die Gesellschaft.

● *Mir haben Leute unterschiedlichsten Alters gesagt, dass Ihre Art des Redens und der Argumentation überzeugt und zum Nachdenken anregt. Eine nicht ganz unwichtige Voraussetzung, wenn man sich in Leipzig um ein*

Landtagsmandat in Dresden bewirbt?

Ich spürte das auf Parteitage, was mich sehr freute. Ich habe Respekt vor den älteren Genossen, weil ich Respekt vor gelebtem Leben habe. Und wenn ich dann spüre, die empfinden meine Argumentationen als produktiv, oder sie sprechen mich auf konkrete Inhalte an, dann bestärkt mich das, weil ich mir von einem Politiker wünsche, dass er integrieren kann.

Ich erlebe andererseits, dass jüngere Leute in politischen Diskussionen und Foren abgelehnt werden, entweder, weil sie nicht überzeugen, oder weil sie einfach nur jung sind. Das ist mitunter schwer zu erkennen und zu unterscheiden ... hätte mir ebenfalls passieren können.

● *Politik ist ein steinigtes Pflaster. Man kann hart aufschlagen ...*

Ich habe da eine Notbremse. Ich würde nie meine Familie aufs Spiel setzen, um in der Politik Karriere zu machen. So etwas habe ich am Theater oft beobachtet. Ohnehin profitiere ich in meiner gegenwärtigen politischen Arbeit enorm von den Erfahrungen im Sozialkosmos Theater.

● *Merken Sie, wenn einem Leute nach dem Munde reden?*

Ja, das merke ich. Weil das am Theater auch häufig vorkommt. Der Grad der eigenen Beliebtheit wächst da mitunter, je enger der Kontakt zur Macht ist. Ich bin dafür sensibilisiert. Ich versuche immer rauszufinden, wie jemand denkt ... Liebedienerei interessiert mich menschlich nicht.

● *Wie ist das mit persönlichen Verletzungen?*

Solange ich zu dem stehe, was ich sage und meine, und das wird auch so bleiben, können mich politische Angriffe nur schwer verletzen. Ich weiß aber, dass es persönliche Verletzungen gibt und bin mir bewusst, dass niemand davor gefeit ist. Ich bin in diesem Punkt nicht blauäugig. Ich würde sehr verletzt sein, wenn mich jemand angreift, dem ich vertraue.

● *Dieses Jahr ist nun ein Superwahljahr ...*

Ich habe vor, richtig zu kämpfen, nicht nur dieses angesprochenen Zieles wegen, sondern um Chancen zu nutzen, im Wahlkampf – nicht gerade das schönste Wort – mit unterschiedlichsten Menschen ins Gespräch zu kommen. Es gibt selten so bewegte Zeiten, wie während des Wahlkampfes. Wenn es dann klappt mit dem Landtag, ist es gut, aber im Moment ist die Vorphase für mich das Wichtige und Interessante.

Als ich wegen der Kandidatur gefragt wurde, dachte ich vier oder fünf Tage darüber nach. Das "Ja" habe ich natürlich mit meinem Mann besprochen.

● *Sie haben berufliche Erfahrungen. Gleich nach dem Abitur in den Landtag, wäre das erstrebenswert gewesen?*

So etwas gibt es ja. Das mag für den Einzelnen vielleicht ok sein, ich bin froh, dass es bei mir nicht so ist. Für mich ist jetzt dieses schwierige Eintauchen ins Feld der Politik der absolut richtige Zeitpunkt. Ich war fünf Jahre berufstätig, habe viel freiberuflich gearbeitet, das finde ich sehr wichtig. Es war nicht immer einfach, weil man Dämpfer einsteckt, sich austobt und zurechtfinden muss. Diese Erfahrungen nimmt mir nun keiner ...

● *Leben Sie in der für sie richtigen Zeit?*

Ja, das empfinde ich absolut so. Man kann sich das ja auch kaum aussuchen – außer man sitzt im Theater. Die Begegnung mit anderen Lebenswelten – denen von Autoren oder Bühnenfiguren – setzt ja immer auch die Reflexion des Eigenen in Gang. Das hat meinen Blick für gesellschaftliche Konflikte geschärft. Ich hoffe sehr, dass ich die Situation von Hedda, kein Ziel vor Augen zu haben, nicht erleben werde. Ich habe ein Ziel, nicht nur persönlich, sondern auch gesellschaftlich – und das setzt Energien frei

INTERVIEW MICHAEL ZOCK

MEIN ERSTER WUNSCH LAUTET: Wenn Mes notwendig sein sollte, dass wir uns in einem Jahr an dieser Stelle wieder treffen, dann hoffe ich darauf, dass in diesem Haus keine Nazis mehr sitzen, weil viele Menschen an den Wahlen teilgenommen und die NPD aus dem Landesparlament abgewählt haben.

ZWEITENS WÜNSCHE ICH MIR, dass bei aller berechtigten Trauer über die Opfer des 13. Februar 1945 niemals vergessen wird, dass die Tausenden Toten in Dresden letztlich auch Opfer des von den Faschisten angezettelten 2. Weltkrieges waren, denn dieser ging nun einmal von Deutschland aus und kehrte am Ende hierher zurück. Dieser Fakt darf weder vergessen noch verschwiegen werden.

Vor gut zwölf Monaten, am 27. Januar 2008, war es Romani Rose, der Vorsitzende des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma, der hier im Landtag die offizielle Gedenkrede für die Opfer des Nationalsozialismus gehalten hat.

Dieser Auftritt von Romani Rose war alles andere als selbstverständlich, denn bekanntlich gehört die von ihm geführte Organisation zu jenen NS-Opferverbänden, die in einer spektakulären Austrittswelle Anfang 2004 ihre Mitwirkung in der Stiftung Sächsische Gedenkstätten aufkündigten.

Die massiven Vorbehalte der Opfer der Nazi-Diktatur hatte seinerzeit der Zentralrat der Juden in Deutschland prägnant auf den Punkt gebracht, als er am 21. Januar

Sechs Wünsche vor dem Landtag

von Dr. André Hahn, Vorsitzender der Linksfraktion, bei "GehDENKEN" am 14. Februar in Dresden

2004 erklärte: "Durch die Konzeption der sächsischen Landesregierung, die auch bundespolitische Signalwirkung in der Gedenkstättenförderung hinsichtlich einer Re-Nationalisierung des Gedenkens entfaltet, wird geschichtspolitisch die Zeit nach 1945 unter dem Stichwort 'doppelte Vergangenheit' einer 'Waagschalen-Mentalität' ausgesetzt - mit den nationalsozialistischen Verbrechen in der einen und den kommunistischen Verbrechen in der anderen Waagschale."

Mit dem Bild von der Waagschale verdeutlichte der Zentralrat der Juden den Kern des Problems: Es wird ein vermeintliches geschichtliches Kontinuum von 1933 bis 1989 suggeriert, bei dem die fundamentalen Unterschiede zwischen dem NS-Terrorregime und der DDR-Zeit und dem dort begangenen Unrecht eingeebnet und nivelliert werden.

Zwar wurde insbesondere auf Druck der

SPD in der aktuellen Koalitionsvereinbarung die "Singularität des Holocaust" eingeräumt, aber diese Feststellung ist leider oftmals ein rituelles Lippenbekenntnis, wenn man sich die Praxis im Freistaat etwas genauer anschaut.

Von daher sage ich in aller Deutlichkeit: Die scheinbar unendliche Geschichte des Streites mit den NS-Opferverbänden muss möglichst bald ein Ende haben.

DESHALB MEIN DRITTER WUNSCH: Wir brauchen hier bei uns in Sachsen endlich ein neues Gedenkstättengesetz, das die Singularität der Nazi-Verbrechen auch in den Gremien der Stiftung eindeutig klarstellt.

Bei aller berechtigten Kritik an der DDR und dem unbestrittenen Anspruch von Opfern des Stalinismus auf die Darstellung ihrer Verfolgung, darf es bezüglich der Einzigartigkeit des Holocaust keinerlei

Relativierung geben.

Vor zwei Tagen ist durch eine Anfrage der LINKEN im Landtag herausgekommen, dass die Zahl antisemitischer Straftaten im vergangenen Jahr sprunghaft angestiegen ist, und zwar von 69 im Jahr 2007 auf nunmehr 102, wobei Dresden mit 33 Fällen bedauerlicherweise an der Spitze lag.

ICH WÜNSCHE MIR DAHER VIERTENS, dass die dafür Verantwortlichen mit aller Härte bestraft werden und dass wir in einem Jahr konstatieren können, dass derartige Straftaten deutlich zurückgegangen sind.

DEN FÜNFTEN WUNSCH HÄTTE ICH MIR GERN ERSPART, aber ich muss ihn dennoch formulieren: Ich hoffe sehr - sofern es notwendig sein sollte, dass wir uns in einem Jahr wieder treffen müssen -, dass dann die Oberbürgermeisterin dieser Stadt und die hiesige CDU keine separaten Veranstaltungen mehr durchführen, sondern sich am partei- und konfessionsübergreifenden Bündnis der Demokraten beteiligen.

MEIN SECHSTER UND LETZTER WUNSCH IST, dass wir alle standhaft bleiben. Wir dürfen uns nicht damit abfinden, dass die NPD und ihre Schergen das Gedenken in dieser Stadt dominieren. Was anderswo gelang, muss auch hier möglich sein: Lassen wir es nicht zu, dass die Nazis die Opfer und die Trauer der Hinterbliebenen verhöhn. 2010 wird dann ein gutes Jahr, wenn wir gemeinsam verhindern, dass die Rechten wieder durch unsere Stadt marschieren.

27. Januar

Leipzig: Die Deutsche Bahn AG will gegen das Urteil auf Schadenersatz für Restaurantbetreiber am Leipziger Markt in Revision gehen. Das Oberlandesgericht Dresden hatte die Bahn zu Schadenersatz für Umsatzeinbußen verurteilt, weil beim Bau des City-Tunnels die Lärmgrenzwerte erheblich überschritten wurden. - Er sehe das Vorgehen der Bahn gelassen, sagte dazu Andreas Ringel, Rechtsanwalt der Restaurantbetreiber. Das Urteil des Oberlandesgerichts sei gut begründet.

28. Januar

Dresden: Der Nordostdeutsche Fußballverband hat erneut Ermittlungen gegen Dynamo Dresden aufgenommen. Grund sind Ausschreitungen mehrerer Fans in Halle. Dynamo Dresden hatte gegen die zweite Mannschaft des Halleschen FC ein Freundschaftsspiel absolviert. Rund 30 verummte Dynamo-Anhänger stürmten dabei den Platz. Zehn von ihnen wurden vorübergehend festgenommen.

Hoyerswerda: Der Stadtrat hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, den Alkoholgenuß auf öffentlichen Straßen und Plätzen zu verbieten, wenn zu erwarten ist, dass andere Personen belästigt werden oder fremdes Eigentum beschädigt oder zerstört wird. Dafür wurde die Polizeiverordnung entsprechend ergänzt.

2. Februar

Dresden: In Dresden sind vermehrt 20-Euro-Blüten im Umlauf. Allein im Januar habe man 61 falsche Scheine sichergestellt, so die Polizei. Das seien doppelt so viele wie im gesamten Jahr 2007. Die meisten der Blüten tauchten in Einkaufsmärkten auf. Sie hatten alle die gleiche Seriennummer und stammten aus dem Ausland. Die Blüten sollen im gesamten Bundesgebiet im Umlauf sein.

SACHSEN-CHRONIK Daten und Fakten

Freiberg: Eine Ausstellung zu Sachsen als Bergbauregion mit jahrhunderte alter Tradition wurde im Bergarchiv Freiberg im Schloss Freudenstein eröffnet. Die Gewinnung von 14 Bodenschätzen wie Silber, Eisenerz, Kaolin, Kobalt oder Uranerz wird in ihrer historischen Perspektive gezeigt. Das Bergarchiv verwendet zur Illustration Dokumente aus seinem reichen Fundus. Die Einrichtung verfügt unter anderem über einen Bestand an 4.800 laufenden Metern Akten und Amtsbüchern, über 100.000 Karten und Pläne sowie zahlreiche Archivalien.

5. Februar

Neumark: Der Vogtlandexpress von Plauen nach Berlin wird Mitte des Monats eingestellt. Wie der Geschäftsführer der Vogtlandbahn mitteilte, machten die zuletzt erheblich gestiegenen Kosten einen Weiterbetrieb unmöglich. Bei Gesprächen mit Kommunen über eine Beteiligung konnte keine ausreichende Finanzierung sichergestellt werden. Damit fällt die letzte direkte Bahnverbindung zwischen dem Vogtland sowie Chemnitz und der Hauptstadt weg.

6. Februar

Leipzig: Forscher des Leipziger Max-Planck-Institutes haben das Erbgut des Neandertalers entschlüsselt. Das Team um Svante Pääbo will das Genom in der kommenden Woche auf der Jahrestagung der amerikanischen Gesellschaft zur Förde-

rung der Wissenschaften in Chicago vorstellen. Die entschlüsselte DNA stammt aus einem 38.000 Jahre alten Neandertalerknochen, der in Kroatien gefunden worden war.

9. Februar

Leipzig: Das Amt für Umweltschutz lässt seit heute eine rund fünf Hektar große Fläche im südlichen Auwald fluten. Dafür wurde das Paußnitzziel, die Verbindung zum Elsterflutbett, geschlossen. Durch den Rückstau kann das Gebiet überflutet werden. Das alles geschieht im Rahmen eines seit 1993 laufenden Pilotprojektes. Dabei wird die Tier- und Pflanzenwelt in Flutungsgebieten erforscht. Die bisherigen Untersuchungsergebnisse zeigen, dass sich die Flutungsfläche langfristig verändert. So wandern zunehmend feuchtigkeitsliebende Tiere, wie verschiedenen Schnecken- und Käferarten, ein.

Morgenröthe: In der Raumfahrtausstellung Morgenröthe-Rautenkranz ist am Montag eine neue Sonderschau unter dem Thema "Blick ins All" eröffnet worden. Darin werden mehr als 40 spektakuläre, mit dem Weltraumteleskop "Hubble" geschossene Foto-Aufnahmen aus den Weiten des Universums gezeigt. Die Sonderausstellung ist bis Mai zu sehen.

11. Februar

Eilenburg: Der Eilenburger Tierpark wird um eine Attraktion reicher. Auf dem Gelände werden seit Mittwoch mehrere

Container aufgebaut, in denen ab April eine Insekten-Schau zu erleben ist. Dort werden wirbellose Tiere wie Spinnen, Käfer, Wanzen, Krebse oder Ameisen gezeigt.

Limbach-Oberfrohna: Anlässlich des 100. Geburtstages von Heinrich Mauersberger öffnet am Mittwochabend im Esche-Museum Limbach-Oberfrohna eine Ausstellung. Zu sehen sind frühe Erzeugnisse des "Malimo"-Erfinders wie Kleider oder Strandmäntel. Mauersberger ließ sich 1949 das Verfahren zur Herstellung von Kettenstichware patentieren. Später wurde daraus in Anlehnung an den Namen des Erfinders und dessen Wohnort Limbach-Oberfrohna die Marke "Malimo".

12. Februar

Dresden: Der Kulturpalast Dresden wird in diesem Jahr das Festival "Goldener Rathausmann" wiederbeleben. Dieses Festival für sächsische Nachwuchskünstler gab es zum letzten Mal 1989. Eine Jury und Prominente werden die Nachwuchskünstler beurteilen. In Radebeul und in Großenhain werden Vorausscheide stattfinden. Am 16. September ist dann traditionell auf großer Bühne das Finale geplant, wo sich die 10 bis 15 besten Künstler präsentieren können. Das Nachwuchsfestival ist ausgeschrieben für junge Künstler von 10 bis 30 Jahren.

13. Februar

Leipzig: Die Verbundnetz Gas AG bleibt offenbar unabhängig. Die zwölf kommunalen Aktionäre am größten ostdeutschen Konzern haben ihr Angebot erhöht. Sie wollen die zum Verkauf stehenden Anteile der Stadtwerke Halle für 90,8 Millionen Euro übernehmen. Das Gebot von EWE lag lediglich bei 90 Millionen Euro. Damit bleibt die Sperrminorität der ostdeutschen Kommunen erhalten.

Bruch mit dem Stalinismus

Zum Erscheinen der Geschichte der KPD in vier Bänden

Die neue linke Geschichtswissenschaft in Deutschland meldet sich nachdrücklich zu Wort: vier Bände zur Geschichte der KPD vom 31.12.1918 bis zum 20. April 1946 liegen vor. Die Autorinnen und Autoren, geleitet von Klaus Kinner, haben in der DDR ihre Ausbildung und ihre Sozialisation erhalten. Sie wurden nach 1989 verjagt aus wissenschaftlichen Funktionen, von Lehrstühlen, aus dem akademischen Lehrbetrieb, ihre Forschungsprojekte wurden zertrümmert. Der Artikel 5 des Grundgesetzes von der Freiheit der Wissenschaft und des Wortes galt nicht für sie.

Hier schreibt nicht mehr eine Altgarde in machtgeschützter Innerlichkeit, sondern die nächste Wissenschaftlergeneration. Stalins Tod 1953 haben sie nicht beweist. Sie waren zu jung. Bereichert wird diese Gruppe durch Frau Ruth Stoljarowa und Günter Benser.

Das Bild, das wir heute von der KPD haben, ist anders als etwa jenes aus dem Jahr 1970: Wir wissen vom Ende der Partei. Wir haben ungleich mehr Quellen aus den Archiven zur Verfügung. Massiv werden neue Fragen an die Geschichte dieser Partei gestellt.

Einen zentralen Raum nimmt die Rekonstruktion des Selbstverständnisses der KPD ein. Welches Bild machten sich die Kommunisten vom aktuellen Kapitalismus? Welche Handlungsspielräume ergaben sich daraus? Das Oszillieren im Erkenntnisprozess der KPD zwischen Realitätsverbundenheit und Wirklichkeitsferne, zwischen Revolutionsutopie und schmerzhaft fühlbar wachsender Kraft des Faschismus wird sorgfältig nachgezeichnet.

Diese Geschichtsdarstellung bricht radikal mit dem Stalinismus in der Parteigeschichtsschreibung. Es geht nicht ohne Schmerzen ab, wenn der Leser präsentiert bekommt, welche furchtbaren Wirkungen der Stalinismus auf die deutsche Arbeiterbewegung hatte, wie er diese strategisch völlig fehlorientierte, wie er viele ihrer Kader verfolgte, moralisch verlumpete und ermordete. Der Abschnitt über den Hitler-Stalin-Pakt lässt die Haare sträuben. Diese Darstellung verabschiedet sich von allen nur denkbaren Mythen und Verdikten. Namen wie Paul Levi tauchen wieder auf, Anton Ackermann wird grundsätzlich gewürdigt, Herbert Wehners Verabschie-

dung aus der kommunistischen Bewegung sachlich dargestellt, ebenso die Arbeit von Paul Merker und August Thalheimer. Nein, der Thälmann-Ernst wird nicht demontiert. Er wird als kämpfender, irreder, strategisch überforderter, dem Stalinismus dienender, leidender, standhafter, 1939 überraschter, der Haft Tribut zollender, als von Stalin und seinen Gesellen gedemütigter und schließlich vorsätzlich fallen gelassener gezeichnet. Er ist keine Ikone mehr. Er ist uns zurück gegeben worden. Das ist viel.

Die Darstellung erkennt keinen glatten, einem selbstverständlichen Aufstieg folgenden Weg der Partei "in Kontinuität". Wenn in der alten Parteigeschichtsschreibung Widersprüche auftauchten, so in aller Regel dort, wo sie als überwunden angesehen wurden. Die neue Geschichtswissenschaft sucht und nutzt den Widerspruch, "der in den Dingen liegt" (Brecht), auf selbstverständliche Weise. Nicht nur der als Gegner erkannte wird verantwortlich gemacht für Nichterreichtes, sondern die eigene Strategie, die eigene Intelligenz und Wirkung werden nüchtern in Anschlag gebracht. Auch von der berüchtigten stalinistischen Strukturierung von Parteigruppierungen Mitte, Linksradikal, Rechts haben sich die Autoren getrennt. Dies kommt frisch und unkonventionell herüber.

Die Geschichte des Antifaschismus der Partei wird höchst differenziert geschildert. Vor uns entfaltet sich eine Partei, deren Widerstand nie erlosch. Es wird deutlich, was es kostete, "die Anstrengung, mitten im Dröhnen, Geschrei und Röcheln auszuhalten." (Peter Weiss). Namen wie Knöchel, Kunz bleiben fest verankert; in Saefkows Gruppe wird eine tiefer gehende theoretische Diskussion registriert. Die schwere Niederlage 1933 wurde von der KPD-Führung als einschneidender, grundlegender Umbruch verkannt. Es entsteht ein Bild verzehrender Unfähigkeit, den Faschismus adäquat zu erfassen. Die deutsche Sektion der Kommunistischen Internationale, einer Weltpartei, hielt an ihrer Generallinie, für die Revolution und ein Sowjetdeutschland zu kämpfen, auch nach dem 30. Januar 1933 verbissen fest. Schritt für Schritt verfolgen die Autoren, ob und wie sich die Strategie der Führung veränderte.

Immer wieder zeigt sich, wie in der aufopferungsvoll kämpfenden Partei wirklichkeitsfremde, irrige und absurde Orientierungen durchbrachen und Oberhand gewannen. Das gilt besonders für die SPD als ausgemachter Dauergegner. Noch im November 1939 wurde die deutsche proletarische Revolution angestrebt. Die Autoren würdigen auch bemerkenswerte Politikansätze, etwa um das Jahr 1935. Sie sehen in 1935 indes "eine verlorene Wende".

Freilich, manchmal wollte es dem Rezensenten scheinen, dass die Stärke der Autoren, die Theorieanalyse, überdehnt wurde. Es soll deshalb mit Goethe festgehalten werden: Am Anfang stand nicht das Wort, sondern die Tat! Es gab sehr viele Kommunisten, die noch nie etwas von den Analysen etwa eines Varga oder Günther gehört hatten. Sie warfen dennoch ihr Leben in die Schanze - nicht weil sie die Faschismustheorie bereichern wollten, sondern weil sie die einzigartige Gefährlichkeit des deutschen Faschismus erkannt hatten. Weil sie schlicht für Menschlichkeit waren, wurden sie mit ihrem Schädel an die Wände des KZ Hohnstein geschlagen.

Berührt kann der Leser noch einmal aufnehmen, welche Namen mit Klang mit dem Volksfrontgedanken verbunden waren: Heinrich Mann, Leonhard Frank, Lion Feuchtwanger, Karl Böchel, Willy Brandt, Konrad Heiden u.v.a.m. In diesem Prozess des Suchens nach antihitleristischen Alternativen entstand die Idee von der neuen demokratischen Republik nach Hitler. Aber das Scheitern der Volksfronten in Spanien und Frankreich, der Ausbruch des großen Terrors in der UdSSR, mit dem in der Volksfront anerkannte Funktionäre wie Müntzenberg in die Optik des Stalinschen Terrors gerieten, vor allem aber der Hitler-Stalin-Pakt führten dazu, dass die Volksfrontidee Schiffbruch erlitt. Die Politik der KPD war selten so weit von der Realität entfernt wie in der Paktzeit. Grundpositionen des Antifaschismus wurden von der Moskauer Führung der KPD gnadenlos aufgegeben.

Diese KPD-Geschichte löst sich von dem Märchen, dass die antifaschistische Arbeit der Kommunisten im Lande von einer klugen Parteiführung in Moskau gesteuert

wurde. Ein außerordentlich differenziertes Bild entsteht. Besonders wertvoll hierzu ist der Exkurs von Hans Coppi über die Rote Kapelle. Methodisch werden Ergebnisse der kollektivbiographischen Forschung und des Netzwerkgedankens aus der Soziologie genutzt.

Der antifaschistische Widerstand, so marginal er war, zeigte den Horizont für ein demokratisches Deutschland nach Hitler.

Der Band 4 stammt aus der Feder des Altmeisters der Geschichtsforschung zu den vierziger Jahren, Günter Benser. Er zeichnet ein faktenmäßig opulentes Bild von der KPD als nunmehr gestaltender Kraft. Er zieht in den Neubeginn die "Altlasten" mit ein: den Blutzoll, den die KPD nicht nur den Nazis entrichtete. In den Opfern der politischen Emigranten u.a. in der Sowjetunion "erblickt er das dunkelste Kapitel der deutschen kommunistischen Bewegung". Dieses blieb ob des Vertuschens eine "Zeitbombe im Gepäck" der KPD. Der Autor präsentiert eindrucksvoll die umfassenden Anstrengungen der KPD zur Neugestaltung. Hier ist viel Neues zu holen! Listig umgeht Benser das bekannte Ulbricht zugeordnete Wort, wonach alles demokratisch aussehen solle, und rückt hingegen Ackermanns Wort vom Juni 1946 "Undemokratisches wird sich rächen" ins Zentrum. Er verdeutlicht vorbildlich Förderndes, Kreatives und Hemmendes, der kommunistischen Lagermentalität Verpflichtetes in der Parteiarbeit jener Jahre 1945/46.

Diese Parteigeschichte ist ein wirkungsvoller Beitrag zum Bruch mit dem Stalinismus. In der linkssozialistischen Bewegung mögen diese packend geschriebenen Bände den Sinn für Realität und für Perspektive und nicht zuletzt für die Gewissenspflicht des einzelnen verstärken helfen.

• ROLF RICHTER

(redaktionell gekürzt)

Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität 1918/1919 bis 1946 in 4 Bänden. Herausgegeben von Klaus Kinner. Karl Dietz Verlag Berlin 1999, 2005 u.2009

Zum Internationalen Frauentag

Sonntag, 8. März 10.00 Uhr

Buchvorstellung und Gespräch
"Jenny Marx oder: Die Suche nach dem aufrechten Gang"
 Mit dem Herausgeber
 Jörn Schütrumpf,
 Karl-Dietz-Verlag Berlin

Moderation:
Prof. Dr. Manfred Neuhaus

Rosa-Luxemburg-Stiftung,
 Harkortstraße 10

Buchvorstellung und Diskussion

Freitag, 13. März 15.00 Uhr

Alexander Vatlin:
Die KOMINTERN. Gründung, Programmatik, Akteure
 W. Hedeler und A. Vatlin (Hrsg.):
Die Weltpartei aus Moskau.
 Der Gründungskongress der Kommunistischen Internationale 1919

Moderation:
Prof. Dr. Hans Piazza

Rosa-Luxemburg-Stiftung,
 Harkortstraße 10



Buchvorstellung und Diskussion

"Alex Bär, Paradies und Wirklichkeit"

Einführung

Annika Michalski,
Kunsthistorikerin

Freitag, 13. März 17.00 Uhr

Rosa-Luxemburg-Stiftung,
 Harkortstraße 10



Felix Mendelssohn-Bartholdy (1809-1847) wurde 1835 Direktor der Gewandhauskonzerte. Repr.: LN

Felix Mendelssohn-Bartholdy zählte erst 26 Jahre, als er im Oktober 1835 dem Ruf des Leipziger Gewandhauses folgte und die Leitung der damals so bezeichneten wöchentlichen Abonnementskonzerte im Winterhalbjahr übernahm. Bis dahin hatte der Gewandhauskapellmeister nur die Chorwerke zu dirigieren. Die instrumentalen leitete der erste Geiger als Konzertmeister von seinem Pult aus. Der junge Mendelssohn übernahm aber die Leitung aller Werke und verwendete dazu zur Überraschung der Konzertbesucher einen kleinen Taktstock.

Die Berichte Robert Schumanns bezeugen, welche enorme Verbesserung der Klangkultur und der Präzision und damit des musikalischen Ausdrucks erreicht wurde. Die Sinfonien von Beethoven, Mozart und Haydn bildeten den Kern der Programme. Uraufführungen waren aber noch immer etwas Selbstverständliches. Vor allem die von Robert Schumann in Wien entdeckte große C-Dur-Sinfonie von Franz Schubert, von Werken Mendelssohns und des jungen dänischen Komponisten Niels Wilhelm Gade ließen aufhorchen. Ebenso die eingeführten historischen Konzerte mit damals kaum noch bekannten Werken aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, beginnend mit Bachs Suite D-Dur mit dem Air. 1841 versetzte die erste Wiederaufführung der Bachschen Matthäus-Passion in der Thomaskirche wie 1829 in Berlin die Zuhörer in Staunen. Mit seinem Brief vom 8. April 1840 an den Kreisdirektor von Falkenstein – einem diplomatischen Meisterstück – gab er den letztlich entscheidenden Anstoß zur Gründung des Leipziger Konservatoriums, des ersten in Deutschland. Auch als der 1840 auf den Thron gelangte preußische König Friedrich Wilhelm IV. den Künstler mit großen Versprechungen nach Berlin berief, gab Mendelssohn seine Leipziger Stellung nicht auf. 1845 kehrte er enttäuscht von den Berliner Verhältnissen ganz nach Leipzig zurück. Sein Gesundheitszustand veranlasste ihn allerdings, seine Leipziger Stellung im Frühjahr 1847 aufzugeben. Der Tod seiner geliebten, wie er musikalisch hochbegabten Schwester Fanny Hensel erschütterte seine Gesundheit weiter. Als er am 4. November des gleichen

Ein universeller Künstler

Leipziger Mendelssohn-Festtage im Sommer

Jahres in seiner Leipziger Wohnung starb, war er der nach Beethoven und Schubert berühmteste und beliebteste Komponist in Deutschland.

Mendelssohn war aber schon eine europäische Berühmtheit, als er 1835 nach Leipzig kam. 1829 hatte die Londoner Philharmonic Society den erst 20-Jährigen zum Ehrenmitglied ernannt. Rom und Wien waren bald gefolgt. Die um zehn Jahre jüngere englische Königin Victoria hatte ihn wie einen Gleichrangigen empfangen und ihm eines seiner Lieder vorgesungen. Düsseldorf berief ihn 1833 zum Leiter des Niederrheinischen Musikfestes und anschließend zum städtischen Musikdirektor. 1835 aber folgte er dem Ruf hellhöriger, musikliebender Leipziger Kaufleute ans Gewandhaus, weil er in diesem Orchester die größeren künstlerischen Potenzen erkannte.

Was der 17-Jährige mit seiner Ouvertüre zu Shakespeares "Ein Sommernachtstraum" geschaffen hatte, war nur mit den Wunderwerken des jungen Mozart vergleichbar. Welch unermüdliche und harte Arbeit dem aber voran gegangen war, welch gründlichen musikalischen Unterricht er und seine Schwester Fanny neben einer umfassenden allgemeinen Bildung in strengem Hausunterricht erhalten hatten, wurde erst richtig erkennbar, als in den 1950er Jahren die zwölf Studiensinfonien für Streicher und andere Frühwerke zugänglich wurden. Nach Mendelssohns Tod aufkommende kritische Stimmen konnten der Musik dieses auch als Zeichner und Maler begabten Künstlers auf die Dauer ebenso wenig anhaben wie das Aufführungsverbot für alle Werke von Komponisten jüdischer

Herkunft unter der Herrschaft Hitlers. Ganz verstummt Mendelssohns Musik auch in dieser furchtbaren Zeit nicht. Mutige Chorvereinigungen sangen Mendelssohns Chöre als Volkslieder. Im häuslichen Musizieren erklangen die beliebten "Lieder ohne Worte" und die Lieder für Singstimme und Klavier.

Wer Werke wie "Die erste Walpurgisnacht", die Oratorien "Paulus" und "Elias", die Sinfonien, das Violinkonzert, die Streichquartette, besonders das späte in f-Moll, die Klaviertrios, Motetten mit wachen Sinnen hört, erkennt schnell den ganz eigenen Charakter dieser Musik, ihre Vielschichtigkeit, ihren emotionalen und gedanklichen Reichtum.

Bis Mendelssohns Werk umfassender erschlossen wurde, verging allerdings noch etliche Zeit. Zum 150. Geburtstag am 3. Februar 1959 war erstmals eines der inzwischen im Druck erschienenen Jugendwerke, das Konzert für zwei Klaviere und Orchester in E-Dur zu hören. Dogmatiker in der DDR-Kulturpolitik verhinderten allerdings, dass in der insgesamt verdienstvollen Eterna-Schallplatten-Edition, die erstmals auch alle zwölf vom Gewandhausorchester unter Kurt Masur eingespielten Studiensinfonien des Knaben Mendelssohn herausbrachte, das großartige Oratorium "Paulus" und eine größere Anzahl von weit über konfessionelle Grenzen hinausgehende Kirchenmusiken aufgenommen wurden.

Der langjährige Leipziger Gewandhauskapellmeister Kurt Masur erwarb sich in jüngster Zeit die größten Verdienste um Mendelssohns Musik. Er sorgte ohne größere Unterstützung der Leipziger Stadtverwaltung dafür, dass für Mendelssohn in Leipzig von Jo Jastram wieder ein ganzfigürliches Denkmal errichtet wurde, das im Mendelssohn-Foyer des Gewandhauses steht. Und er schaffte es

auch, dass mit weltweiter Unterstützung der von ihm gegründeten Internationalen Mendelssohn-Stiftung zum 150. Todestag am 4. November 1997 die trotz aller Kriegswirren erhalten gebliebene letzte Wohnung des Komponisten in der Leipziger Goldschmidtstr. 12 vorbildlich restauriert als Gedenkstätte errichtet wurde. Im Oktober 2008 wurde auch das nach Fotos rekonstruierte, 1936 von den Nazis demontierte und zerstörte Mendelssohn-Denkmal beziehungsreich vor der Thomaskirche aufgestellt.

Den 200. Geburtstag feierte das Gewandhaus mit einem vom jetzigen Orchesterchef Riccardo Chailly geleiteten Sonderkonzert. Der chinesische Pianist Lang Lang als bravouröser, sozusagen himmelstürmender Solist des Klavierkonzertes g-Moll löste Begeisterungsstürme aus. Riccardo Chailly führte das Orchester zu einer bis zum Bersten gespannten, ausdrucksdichten Aufführung der Schottischen Sinfonie.

Mit den Mendelssohn-Festtagen 2009, die am 21. August ganz im Sinne des Komponisten mit einer Uraufführung beginnen und am 18. September mit dem Oratorium "Elias" unter Leitung von Kurt Masur ausklingen, wird der 200. Geburtstag noch ausgiebig gefeiert.

• WERNER WOLF



Mendelssohn-Denkmal vor dem Gewandhaus, das 1936 über Nacht entfernt wurde. Foto:LN Archiv

Im Jahre 1409 verließen deutsche Professoren und Studenten Prag, um am 2. Dezember die Universität Leipzig zu gründen. Wir beginnen unsere Veröffentlichungen zum 600. Jahrestag mit einer Dokumentation vom Jubiläum vor 50 Jahren.

Rektor Professor Dr. Georg Mayer

Zur 550-Jahr-Feier der Karl-Marx-Universität Leipzig

Auszüge aus dem Beitrag in der Festschrift von 1959



ablehnend gegenüber. *Christian Thomasius*, der führende Kopf der deutschen Aufklärung, der an der Leipziger Universität zum ersten Male ein Kolleg in deutscher Sprache gehalten hatte, musste Leipzig verlassen, weil ihm hier 1690 das Lehramt entzogen wurde; schon dem Studenten *Gottfried Wilhelm Leibniz* (1653 in Leipzig immatrikuliert) war hier das Doktorat verweigert worden. Im 18. Jahrhundert wirkten an der Universität Leipzig *Johann Christoph Gottsched*, der „Erzieher der deutschen Dichtkunst“, und *Christian Fürchtegott Gellert*, der besonders dem Gedanken der gemeinsamen Forschungsarbeit von Professor und Student erhöhte Aufmerksamkeit schenkte. *Gothold Ephraim Lessing* und *Friedrich Gottlieb Klopstock* wurden 1746 an der Leipziger Universität immatrikuliert, 1765 *Johann Wolfgang Goethe*, 1767 der bedeutende russische revolutionäre Demokrat *Alexander Raditschew*, und 1781 begann *Jean Paul* hier seine Studien.

Als eine der ältesten und ruhmreichsten Universitäten Deutschlands feiert die Karl-Marx-Universität ihr 550-jähriges Bestehen.

Ihre Gründung erfolgte 1409 als Reaktion auf das Erwachen des Nationalbewusstseins der slawischen Völker, das seinen mächtigsten Ausdruck in der revolutionären Hussitenbewegung in Böhmen fand. Allem Neuen gegenüber feindlich, erfüllte sie den Klassenauftrag des Adels, der katholischen Kirche und des Patriziats und damit der herrschenden Kräfte der Feudalordnung.

Wie an den übrigen Universitäten, die dem Kreis der älteren deutschen Hochschulgründungen zuzurechnen sind, dominierte an ihr der feudal-kirchliche Geist des Hochmittelalters, der in der christlich-scholastischen Theologie seinen Ausdruck fand.

Erst um das Jahr 1500 begann an der Leipziger Universität der offene Kampf zwischen der Scholastik und dem Humanismus, jener Bewegung, die die Befreiung der Menschheit von den Fesseln kirchlicher Dogmatik sowie die Verteidigung der Rechte der Persönlichkeit auf ihre Fahnen geschrieben hatte und den geistigen Auffassungen des frühkapitalistischen Bürgertums entsprach. Die bekanntesten Humanisten an der Leipziger Universität waren *Aesticampeanus*, *Crocus* und *Mosellanus*. Der deutsche Humanismus mündete ein in die großen Kämpfe der Reformation. In der Matrikel der Leipziger Universität sind als die klangvollsten Namen jener Zeit *Thomas Müntzer* (Wintersemester 1506) und *Ulrich von Hutten* (1507) verzeichnet.

Als nach Jahrzehnten des Niederganges der deutschen Universitäten mit der Aufklärung den feudal-klerikalen Auffassungen bewußt bürgerliches Denken entgegengestellt und die vom Humanismus eingeleitete Befreiung des Bildungswesens von kirchlicher Bevormundung weitergeführt wurde, trat man an der Universität Leipzig dem Neuen anfangs wieder

In den Jahrzehnten nach den Freiheitskriegen – in Leipzig war es der Vertreter des deutschen Frühliberalismus *Traugott Wilhelm Krug*, der 1813 die Studenten gegen die Napoleonische Fremdherrschaft aufgerufen hatte – kämpften auch an der Leipziger Universität fortschrittliche Kräfte um die Beseitigung der rückständigen deutschen politischen Verhältnisse. Allerdings konnte sich in Leipzig die 1818 gegründete Burschenschaft gegen die reaktionären Studentenverbindungen nur schwer durchsetzen. Im Jahre 1820 wurden im Gefolge der Karlsbader Beschlüsse gegen sie Untersuchungen eingeleitet, und schließlich kam es zu ihrem Verbot. Jedoch vermochte es die Reaktion nicht, geheime Burschenverbindungen auszuschalten. 1839 wurde die „Kochei“ gebildet, eine unter der geistigen Führung von *Robert Blum* stehende burschenschaftliche Organisation; 1841 erfaßte die politisch fortschrittliche studentische Progress-Bewegung große Teile der Studentenschaft. Ihren Höhepunkt erreichte diese Entwicklung in der Teilnahme revolutionärer Leipziger Studenten am Dresdner Mai-Aufstand 1849.

Wie an allen deutschen Universitäten, brachte die schnelle Entwicklung des Kapitalismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch an der Universität Leipzig einen Aufschwung der exakten Naturwissenschaften mit sich. In dieser Periode wurden das Chemische Laboratorium, die landwirtschaftlichen Institute, die Tierklinik, das Pathologisch-Anatomische Institut, die Psychiatrische und Nervenklinik und das Zahnärztliche Institut eröffnet, um nur einige der Neugründungen jener Zeit zu nennen. Gelehrte wie *Hermann Kolbe*, *Paul Flechsig*, *Wilhelm Ostwald* trugen zum wissenschaftlichen Ansehen der Universität wesentlich bei. In ihren politischen Anschauungen jedoch waren Lehrkörper und Studentenschaft im wesentlichen reaktionär. Die Leipziger Uni-

versität war zu einer Einrichtung des junkerlich-bourgeois Staats geworden und entfaltete sich zu einer Stätte der Verbreitung reaktionärer Ideologien. Die Beschäftigung mit dem wissenschaftlichen Sozialismus war verboten und führte gegen eine Reihe von Studenten zu Disziplinarverfahren. Dass sich *Franz Mehring*, *Karl Liebknecht* und *Hermann Duncker*, die an der Leipziger Universität studierten, zu hervorragenden Führern des deutschen Proletariats entwickelten, ist nicht das Verdienst der Universität.

Auch im ersten Weltkrieg und in der Novemberrevolution stand der überwiegende Teil des Lehrkörpers und der Studenten auf der Seite des deutschen Militarismus und der Konterrevolution. Nur eine kleine Gruppe sozialistischer Studenten verteidigte gemeinsam mit bewußten Kräften der Leipziger Arbeiterschaft die auf dem Hauptgebäude der Universität am 26. November 1918 gehisstete rote Fahne und trat auch in den folgenden Jahren der Konterrevolution entgegen.

Als das deutsche Monopolkapital 1933 die faschistische Diktatur errichtete, wurden als erste die kommunistischen Studenten von der Universität Leipzig ausgeschlossen; 21 Professoren und Dozenten, unter ihnen *Anton Arland*, *Eduard Erkes*, *Erwin Jacobi*, *Felix Skutsch* und *Georg Sacke*, wurden entlassen und gemaßregelt. Der Hitlerfaschismus machte Lehre und Forschung seinen menschenfeindlichen Zielen dienstbar und lähmte weitgehend das geistige Leben an den deutschen Universitäten. Eine unter der Führung kommunistischer Studenten stehende antifaschistische Widerstandsgruppe bewies jedoch, dass in der Zeit Deutschlands tiefer Erniedrigung die Idee des Humanismus und des gesellschaftlichen Fortschritts trotz allen Terrors auch an der Leipziger Universität ungebrochen weiterlebte.

Mit der Vernichtung des Hitlerfaschismus war 1945 der Weg frei, die deutschen Universitäten und Hochschulen als höchste Forschungs- und Bildungsstätten der Nation dem Volke zu eröffnen. Eine solche Entwicklung wurde an der Universität Leipzig jedoch zunächst von den amerikanischen Besatzungsbehörden hintertrieben, und erst mit der unschätzbaren materiellen und geistigen Hilfe unserer sowjetischen Freunde gelang es den antifaschistischen Kräften, die Leipziger Universität am 5. Februar 1946 neu zu eröffnen und ihre demokratische Umgestaltung einzuleiten.

Es waren insbesondere die kulturpolitischen Forderungen der Kommunistischen Partei Deutschlands, an denen sich die fortschrittlichen Kräfte im Hochschulwesen, gestützt auf den bewussten Teil der Arbeiterklasse, bei der demokratischen und humanistischen Erneuerung unserer Universität orientierten. Es galt, die alte Forderung der Arbeiterklasse nach Brechung des Bildungsprivilegs der Besitzenden in die Tat umzusetzen. Hierfür war die Einrichtung von Vorstudienanstalten, die 1946 der Universität angegliedert und

1949 als Arbeiter-und-Bauern-Fakultät in ihren Verband aufgenommen wurden, ein entscheidendes Instrument. Werkstätige aus Industrie, Landwirtschaft und Verwaltung, denen es früher versagt war, ihre Fähigkeiten zu entwickeln, wurden zum Hochschulstudium geführt. Damit änderte sich grundlegend die klassenmäßige Zusammensetzung der Studentenschaft. Hefig wurde in diesen Jahren um den gesellschaftlichen Fortschritt, um die Demokratisierung unserer Universität gerungen. Unter der Führung der Parteiorganisation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und mit Unterstützung der demokratischen gesellschaftlichen Organisationen führten diese tiefgreifenden politischen Auseinandersetzungen zum Sieg der demokratischen Kräfte an unserer Universität. Die weitere Entwicklung der Universität wurde durch die demokratische Hochschulreform bestimmt, deren Aufgabe darin bestand, das Hochschulwesen den gewandelten politischen und ökonomischen Erfordernissen anzupassen, die sich nach der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik und mit dem ersten Fünfjahrplan ergaben. Die demokratische Hochschulreform bewirkte ein zielbewußtes und planmäßiges Studium im Zehn-Monate-Studienjahr und die Einführung des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums an allen Fakultäten. In dieser Zeit setzte auch, gefördert durch die große materielle Hilfe der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, in breitem Umfang die Beseitigung der Kriegsschäden an den Gebäuden der Universität ein; neue Kliniken, Institute und andere Einrichtungen wurden errichtet, bestehende ausgebaut und modernisiert. Neue Fakultäten und Institute entstanden. Die naturwissenschaftliche Forschung zeitigte bedeutende Erfolge; an einer Reihe von gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten und Instituten wurde die wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse, der Marxismus-Leninismus, zur Grundlage der gesamten wissenschaftlichen Arbeit. So erschöpft sich die demokratische Hochschulreform nicht in einer Änderung von Organisation und Struktur der Universitäten und Hochschulen, sie beinhaltet darüber hinaus die Umgestaltung aller Bereiche des akademischen Lebens, der Forschung, der Lehre und des Studienbetriebes.

Die großen Erfolge, die die Karl-Marx-Universität in den letzten Jahren auf dem Gebiete der Forschung und Lehre zu erzielen vermochte und die ihre staatliche Anerkennung durch Verleihung des Nationalpreises und anderer Auszeichnungen an Mitglieder ihres Lehrkörpers fanden, haben ihr neues Ansehen gewonnen und ihren Ruf weit über die Grenzen Deutschlands hinausgetragen. Zahlreiche Gelehrte aus den Ländern des sozialistischen Lagers wie auch aus dem kapitalistischen Ausland überzeugten sich persönlich von dem regen geistigen Leben unserer Universität und vor allem von der Lernbewegung unter unseren Studierenden, deren Breite und Tiefe bis dahin unbekannt war.

Zwischen Festkonzert und "Achterbahnfahrt"

Leipziger Musikleben nicht nur in Hochstimmung

Neben dem Festkonzert des Gewandhauses am 200. Geburtstag Felix Mendelssohn Bartholdys erweckte nach längerem Ausbleiben ausländischer Spitzenorchester das Gastspiel des London Symphony Orchesters mit einem Beethoven-Programm besondere Aufmerksamkeit. Mit der selten gespielten, scharf und hart akzentuiert gebotenen Ouvertüre "König Stephan" unter der herausfordernden, suggestiven Leitung Sir John Eliot Gardiners wurden die Erwartungen auf die Interpretation der "Siebenten" noch höher geschraubt als sie ohnehin waren. Die Besucher des ausverkauften Konzertes erlebten denn auch eine energiegeladene, ja energieüberladene Aufführung, die den Atem stocken ließ. Wenn man nach dem Konzert über das Gehörte nachdenkt, überwiegt aber die spieltechnisch-artistische Wirkung fast die emotionale. Die emotionale kam beim Klavierkonzert c-Moll mit der portugiesischen Pianistin Maria Joao Pires zumal im langsamen Satz stärker zur Geltung.

*

Geburtstagsfeiern in Sälen und Kirche

Nicht nur das Gewandhaus feierte in diesen Tagen den Geburtstag Felix Mendelssohn Bartholdys. Die vom Jubilar vor 165 Jahren begründete und dessen Namen tragende Hochschule für Musik und Theater stand nicht zurück. Ihrer heutigen Struktur entsprechend wurde nicht nur Sinfonisches - die unter Leitung Ulrich Windfuhrs mit dem Hochschulorchester lebendig und temperamentvoll gespielte "Italienische" - geboten, sondern auch Theatermusik. Der 1826 für den Konzertsaal komponierten einzigartigen Ouvertüre zu Shakespeares

"Sommernachtstraum" folgte die 17 Jahre später für das Theater geschriebene Bühnenmusik. Wolf-Dieter Rammler und Studenten der Fachrichtung Schauspiel sprachen zur Musik gehörende Texte. Viel Beifall im Großen Saal.

Der Universitätschor würdigte den Ehren doktor der Alma mater lipsiensis mit einer stark bewegenden Aufführung des Oratoriums "Paulus" in der Thomaskirche. Ihr ganz eigenes Gepräge erhielt die Interpretation des Werkes unter der inspirierenden Leitung des Universitätsmusikdirektors David Timm durch das Zusammenwirken des Chores mit dem auf historischen Instrumenten musizierenden Mendelssohnorchester. Der weichere, farbenreiche, aber anders als der heutiger Instrumente gefärbte Klang gibt der Musik Mendelssohns einen stärker verinnerlichten Charakter. Die Wirkung ist umso nachhaltiger.

Im Kammermusiksaal der Mendelssohn-Hochschule gedachte auch der Richard-Wagner-Verband Leipzig in seinem, diesjährigen Bayreuth-Stipendiatenkonzert des Jubilars. Im Wechsel von Chören und Sologesängen Mendelssohns und Wagners zeigte sich, dass unbeschadet der persönlichen Mißverständnisse beider Komponisten das Gemeinsame wesentlicher ist als das Trennende. So kann es nur heißen Mendelssohn und Wagner, besonders in Leipzig.

*

Konzertbesucher blieben aus

Zwischen all diesen Konzerten hatte es das MDR-Sinfonieorchester erneut schwer, für sein 4. Rundfunkkonzert mit Werken von Alexander Zemlinsky und Peter Ruzicka im ersten Programmteil

eine größere Zuhörerschaft anzulocken, auch wenn außerdem die "Zweite" von Brahms im Programm stand. Das war um so bedauerlicher, als mit dem 1935 unter dem Eindruck der faschistischen Herrschaft in Deutschland von Alexander Zemlinsky vertonten, tief bewegenden 13. Psalm "Herr, wie lange willst du mein vergessen" und dem "Recherche (- im Innersten)" benannten aufwühlenden Portrait des von den Faschisten verfolgten Dichters Paul Celan von Peter Ruzicka unter Leitung des Komponisten zwei gewichtige Werke des 20. Jahrhunderts erklangen.

*

"Achterbahn" im Opernhaus

Ach, und dann gab es in der Oper Leipzig noch die Neuinszenierung von Mozarts "Don Giovanni" - nach der gelungenen, mit einhelliger Zustimmung aufgenommenen Inszenierung von Janáček's "Jenufa" wieder ein Abstieg auf der Achterbahnfahrt des Hauses. Es gibt zwar keine Ärgernisse wie im "Fliegenden Holländer", aber was der Regisseur Werner Schröter szenisch vorführen lässt, besitzt kein Profil. Von intensiver Personenführung und Partnerbeziehungen ist wenig zu spüren. Da bleiben nur die sängerischen und orchestralen Leistungen anziehend, obwohl mit dem weitgehend aus Gastsängern bestehenden Ensemble unter Leitung des Gastdirigenten Sébastien Rouland nicht die Ausgewogenheit und Intensität erreicht wird, die in früheren Jahrzehnten Leipzigs Mozart-Interpretationen auszeichneten. Auch dem Gewandhausorchester fordert der Dirigent nicht ab, was es zu leisten fähig ist.

• WERNER WOLF

Der besondere Klang: LeipJAZZig Orkester im UT Connewitz

Der unverwechselbare Charme des alten Kinos wird Anfang März mit Jazzklängen aufpoliert.

Vormerken sollten sich Jazz-Freunde Mittwoch, den **4. März** ab 20 Uhr. Da werden u.a. **Stephan Königs** neue Bearbeitungen von Kompositionen der Band "Yellowjackets" für Jazzorchester zu hören sein. Im speziellen LeipJAZZig-Orkester-Sound erklingen u.a. die Russel-Ferrante-Kompositionen "Homecoming", "Freedomland" und "Revelation". Außerdem werden Auszüge aus der zweiten CD des LeipJAZZig-Orkesters vorgestellt.

*

Am Donnerstag, den **5. März** ab

20 Uhr gastiert aus Berlin

Botanica & Malenkij Wolk.

Ein paar knappe Gitarrenakkorde, Minimal-Schlagzeug, Wurllitzer E-Piano, eine raue, ausdrucksstarke Stimme zwischen John Cale, Elvis Costello und Matt Johnson- und schon ist man drin im Botanica-Sound. Lange Sätze, kurze Strophen, Schönheit, Zweifel, Gott und die Welt und ein Himmel voller Kippen. Botanica zelebrieren düstere, staubtrockene, epische und beißende Musik, die weder vor politischen Themen noch romantischen Spielereien Halt macht. Anfangs waren Malenkij Wolk zwei Brüder: Clemens und Philipp Scholtysik. Heute handelt es sich um ein "Rudel" von acht Musikern, die sich mehr oder weniger eng um Clemens Scholtysik als Songwriter und Kopf der Band gruppieren. Der Leitgedanke, alles Unwesentliche wegzulassen trifft auf ein mittlerweile weitläufiges Spektrum an Instrumenten.

Fast setzte diese politisch brisante Filmproduktion Staub an, denn die ARD tat sich mit einem Sendetermin zunächst schwer. Der Afghanistan-Film "Willkommen zu Hause" sollte ursprünglich am 23. Oktober 2008 ausgestrahlt werden. König Fußball machte da einen Strich durch die Programmplanung.

In der Zwischenzeit war auch der neue Sendetermin 5. November wieder abgesetzt worden, weil den Programmstrategen einfiel, dass die ARD gerade am Abend dieses Tages live über den Ausgang der US-Präsidentenwahl berichten werde. Nun kam die Produktion endlich am 2. Februar ins Erste, mit der Nebenwirkung, dass tags zuvor zur gleichen Sendezeit Hauptdarstellerin Ulrike Folkerts schon einmal als Tatort-Kommissarin zu sehen war. Nun gut, das war zu verschmerzen.

Sechs Jahrzehnte nach Wolfgang Borcherts Kriegsheimkehrerdrama "Draußen vor der Tür" leben wieder Soldaten mitten in Deutschland, die Schreckliches erlebt haben. Ein junger Mann kommt in diesem Fall nach drei Monaten aus Afghanistan zurück. Den „alten Weltenbummler“ begrüßt man schulterklopfend am Flughafen. Er wird gefeiert. Er ist „Ben, der Held“. Die Freundin macht Pläne, denkt an Kin-

FF dabei DER FILM- UND FERNSEH-LINK

der. Die Eltern sind einfach nur stolz und froh. Und am Hinterausgang des Flughafens liegt sein Kamerad im Sarg, auf den der Leichenwagen zurollt.

Wer Koch lernt,

weiß, dass es an seinem Arbeitsplatz heiß hergeht. Wer Polizist wird, muss wissen, dass er die kriminellen Seiten des Lebens

erleben wird. Und wer sich das Soldatsein zum Beruf wählt, der sollte davon ausgehen, dass er in seiner Ausbildung das Schießen nicht übt, um Schützenkönig zu werden. "Soldaten werden ausgebildet zum Töten." - schrieb dieser Tage eine Zeitung. Rund 3 600 Bundeswehr-Angehörige leisten derzeit ihren Dienst in Afghanistan. Bis zu 4 500 können es entsprechend dem aktuellen Mandat des Bundestages im Laufe des Jahres 2009

werden. 30 deutsche Soldaten starben, rund hundert wurden verletzt.

Dieser ARD-Film hat nun Afghanistan zum ersten Mal aus den Nachrichtensendungen und Dokumentationen - meist zu schläfriger Stunde ausgestrahlt - auf die beste Sendezeit, die gemeinhin der Unterhaltung vorbehalten ist, geholt.

Während des Sehens kamen mir andere Filmbilder in den Sinn, die inzwischen vor über 40 Jahren gedreht wurden: Zum einen "Die Abenteuer des Werner Holt" zum anderen "Die Brücke". Gleichzeitig erinnerte ich mich eines Gesprächs mit einem Onkel, der mir gestand, dass nach 1945 keiner mit ihm über seine "seelischen Verwerfungen" sprechen konnte und wollte, die ihm oft schlaflose Nächte und unruhige Träume bescherten.

Kriegsheimkehrer

von
Michael Zock

Übrigens: Der Leitende Arzt der Abteilung für Neurologie und Psychiatrie am Hamburger Bundeswehrkrankenhaus Karl-Heinz Biesold hat die Recherchen für diesen Afghanistan-Film unterstützt. Was kaum jemand weiß: Rund 700 Soldaten mussten innerhalb von zehn Jahren nach Auslandseinsätzen wegen posttraumatischer Belastungen behandelt werden. Die Hauptrolle in "Willkommen zu Hause" spielt der zweifache Grimme-Preisträger Ken Duken. Das bewegende, leise Psychodrama verdankt seine Wirkung vor allem der Schauspielkunst dieses knapp 30-jährigen Hauptdarstellers, der übrigens beim Bund ausgemustert wurde. Millionen Zuschauer sahen ihn als Heimkehrer Ben Winter, der nichts vergessen kann: nicht den Geruch von verbranntem Menschenfleisch, nicht die ständige Angst vor Anschlägen bei Autofahrten.

PS.

Ein Zuschauer schrieb ins Internet: "Wie es den Rückkehrern geht, wird in den nächsten Jahren noch ein ganz großes Thema für die deutsche Gesellschaft. Wie wenig Soldaten sich anschließend in den Heimat-Alltag einfinden können, zeigen die Erfahrungen in den USA."

ES IST FREITAGABEND, eigentlich beste Theaterzeit, doch das Große Haus in der Bosestraße ist, sehr wohlwollend geschätzt, nur zu einem Drittel gefüllt. Das versammelte Publikum ist in der Tat jugendlich, doch beim genauen Hinhören wird offenbar, es sind viele zum Theaterbesuch verdonnerte Schüler. Auf dem Programm steht Peter Handkes "Publikumsbeschimpfung" in der Regie von Sebastian Hartmann. Handkes Stück spielt mit den scheinbar stetigen Publikumserwartungen, experimentiert mit den Theatergrundfesten, gibt Raum für Improvisation.

Sebastian Hartmann, der für Regie, Bühnenbild und Kostüme verantwortlich zeichnet, greift - wenig überraschend - in die Kiste des freien Theaters: Stroboskoplicht, Nebelschwaden, hektische Videokamera und Theaterblut. Was in alten Werkhallen und kantigen Probebühnen subversiv wirkt, mutiert auf der Stadttheaterbüh-



Foto: Rolf Arnold/Centraltheater

ne zur Langweiligkeit. Enttäuschend ist wieder einmal Thomas Lawinky, der seine üblichen Aus- und Anfälle hat. Am besten spielt Peter Rene Lüdicke, der selbstironisch zwischen Gefühlsexplosionen und Sanftmut taumelt. Wenigstens kann man einen kleinen Blick in die westdeutsche Theaterhistorie werfen, wo die Uraufführung 1966 unter der Regie von Claus Peymann einen Skandal auslöste. Eine intellektuelle Gefährdung des Publikums bleibt leider im Jahr 2009 aus. Stattdessen wird es für die Zuschauer physisch nicht ganz ungefährlich: So wird ein großes, metallenes Trittgitter über die Köpfe des Publikums geleitet. Die Hände des Publikums geleiten es kreuz und quer durchs verdunkelte Auditorium. Nicht auszumalen, wenn ältere oder körperlich ungeschickte Besucher nicht zugreifen können. Aber diese gehören anscheinend nicht mehr zur Zielgruppe des Centraltheaters. • D. M.

MIT EINER SPEKTAKULÄREN AUSSTELLUNG lockt das Städel-Museum Frankfurt am Main derzeit die Besucher aus allen Teilen Europas an: Der Meister von Flémalle und Rogier van der Weyden stehen im Mittelpunkt der Exposition, die erstmals seit Jahrhunderten die Hauptwerke dieser Malerwerkstatt wieder vereint. Gleichzeitig soll ein Rätsel gelöst werden. Wer verbirgt sich hinter dem Meister von Flémalle? Verbirgt sich der Künstler Robert Campin dahinter? Leihgeber aus der ganzen Welt - Eremitage St.Petersburg, National Gallery London, Metropolitan Museum of Art New York - ermöglichen einen kunsthistorischen Diskurs, der erstmals unmittelbare Vergleiche anhand der Originale zulässt. Eine sichere Zuschreibung wird allerdings weiter die Forschung beschäfti-



Foto: Städel-Museum

gen. Freunde des Leipziger Museums der bildenden Künste werden von der Weydens "Heimsuchung Mariens" im Städel vermissen. Vom Main zieht die Ausstellung dann weiter an die Spree. Diesmal mit dem Leipziger Gemälde.

• D. M.

Für Interessenten:
noch bis 1. März,
Städel-Museum Frankfurt am Main
sowie 20. März bis 21. Juni,
Gemäldegalerie Berlin

Abbildung:
Der Meister von Flémalle:
"Madonna an der Rasenbank",
Eichenholz, 40,2 x 28,5 cm,
Staatliche Museen zu Berlin

Karl Gass Tod mit 91

12. Februar 1917 Mannheim
29. Januar 2009 Kleinmachnow



Der Dokumentarist 1970 in Leipzig

Gass war 1955 Mitbegründer der Leipziger Dokfilmwoche und der späteren Nationalen Dokumentarfilmwochen der DDR. Von ihm beeinflusst wurden u. a. die Regisseure Volker Koepp und Gitta Nickel, Winfried Junge und Eduard Schreiber. Konrad Weiß nannte ihn einen "redlichen Filmemacher, der seine schützende Hand über uns hielt".

International erfolgreich war Gass 1985 mit seiner Dokumentation "Das Jahr 1945", mit der er mehrere Preise gewann. Den Film über die letzten 143 Tage des Zweiten Weltkriegs besuchten im Premierenjahren zwei Millionen Zuschauer. Er wurde damit zum erfolgreichsten DEFA-Film des Jahres. Hochbetagt war Karl Gass öfter Ehrengast in Leipzig bei Retrospektiven.

Phantasien in Farbe



Die Bilder von Karl-Heinz Schmidt bewegen sich zwischen Realität und Imagination. Die überwiegend in Acryl gemalten Motive sind mitunter Landschaften oder Still-Leben, meist zeigen sie jedoch Menschen, die in

anonymen Bildräumen handeln. Seine Akteure sind in erster Linie Sinnträger ohne individuelle Züge. Das Erzeugen ständig neuer emotionaler Facetten mittels Farbe hat für ihn den Reiz des Abenteurers.

Werkstatt für
Kunstprojekte
lädt ein

**Ausstellung
Karl-Heinz
Schmidt**

Leipzig
6. bis 29. März
Karl-Heine-
Straße 46

Mi bis Fr 15 - 19
Sa 14 - 18 Uhr

Vernissage:

**Do 5. März
19.30 Uhr**

Abbildung:
Wettkampf

Kurt Demmler Freitod

12. September 1943 Posen
3. Februar 2009 Berlin

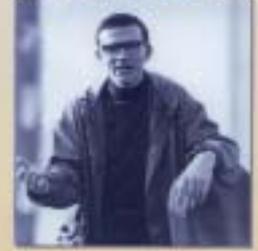
Die Nachricht verbreitete sich am 3. Februar rasch: "Kurt Demmler tot in der Zelle der Untersuchungshaftanstalt in Berlin-Moabit entdeckt." Tags darauf sollte sein Prozess wegen mehrfachen Vergehens an Schülerinnen zwischen 10 und 14 Jahren fortgesetzt werden. Wer diese Fakten bis dato nicht kannte und nicht wusste, dass der 65-Jährige in Haft saß und die Staatsanwaltschaft intensiv gegen den Liedermacher und Texter ermittelte, war schockiert.

Der Sohn eines Arztehepaares wuchs in Cottbus auf, absolvierte von 1962 bis 1963 ein Praktikum als Hilfskrankenschwäger in Schöneck und studierte von 1964 bis 1969 Medizin an der Karl-Marx-Universität. Er erhielt seine Zulassung als Arzt und arbeitete bis 1976 in einer Leipziger Poliklinik. Danach begann eine beispiellose DDR-Karriere als Texter und Sänger der leisen, sensiblen und unverwechselbaren Art. Demmler wirkte u.a. im Leipziger Louis-Fürnberg-Ensemble und gehörte dem legendären Oktoberklub an. 1971 erschien seine erste LP. Er war in den 1970er und 80er Jahren der erfolgreichste, kreativste und wohl auch finanziell reichste Liedermacher der DDR. 600 Titel umfasste sein Repertoire. 1985 nationalpreiswürdig. Fast jeder kannte ihn.

Mein Herz muß barfuß gehn

Thesenreihe

KURT DEMMLER



Die letzte CD von 2001

Demmler gehörte 1989 zu den Mitunterzeichnern der Resolution der Rockmusiker und Liedermacher für Demokratisierung und Medienfreiheit in der DDR. Irgendwann verstärkten sich private und offenbar auch gefühlsmäßige Lebensbrüche, gepaart mit Verzweiflung und Haltlosigkeit. Im November 2008 erhob die Berliner Staatsanwaltschaft Anklage wegen sexuellen Missbrauchs in über 200 aufgelisteten Fällen.

Am frühen Morgen des 3. Februar 2009 wurde Kurt Demmler nach einem Suizid tot in der Untersuchungshaftanstalt aufgefunden. Er hinterlässt eine Frau und zwei erwachsene Kinder.

• MIZO

Diskographie:

1971 Kurt Demmler – Lieder
1974 Verse auf sex Beinen
1979 Komm in mein Gitarrenboot
1982 Jeder Mensch kann jeden lieben
1985 Die Lieder des kleinen Prinzen
1989 Kerzenlieder
1990 Wind, Sand- und Sternlieder
2001 Mein Herz muss barfuß gehn

Mein Freund der Wald ...

Die im Jahr 2008 gegründete Bürgerinitiative "Pro Wald" meldet sich zu Wort.

Sage mir, wo Du wohnst, und ich sage Dir, wie es um das Verhältnis zu Natur und Umwelt steht. In den letzten Jahren, lässt sich dieser Gedanke nicht immer und sofort auf einen Nenner bringen. Großstädter beobachten sehr wohl und sind sensibilisiert dafür, was – wenn schon nicht mit dem Wald vor der Stadt – wenigstens mit dem Baum vor der Haustür passiert. Die zuständigen Ämter informieren deshalb sehr genau, wie das jüngste Leipziger Beispiel belegt:

Am Montag, dem 9. Februar, beginnen in der Holbeinstraße, Brockhausstraße, der Oeserstraße und der Köhneritzstraße Baumschnittarbeiten. Sie sind notwendig, um Gefährdungen für Passanten und Anwohner sowie mögliche Sachschäden durch Bäume mit eingeschränkter Stand- und Bruchsicherheit zu vermeiden. Im Rahmen der Arbeiten müssen in der Brockhausstraße zwölf Robinien gefällt werden, die älter sind als hundert Jahre. Ihre Wurzeln und Stämme sind von holz-zersetzenden Pilzen weitgehend zerstört worden. Dafür sollen acht junge Robinien neu gepflanzt werden. Des Weiteren werden an einer Vielzahl von Bäumen Kronenpflege-schnitte bzw. Rückschnitte durchgeführt. Während der Arbeiten, die durch eine Baumpflegefirma im Auftrag des Amtes für Stadigrün und Gewässer erledigt werden, ist das Parken eingeschränkt.

Gegenüber der Leipziger Pferderennbahn "Scheibholz" erstreckt sich das Waldgebiet „Die Nonne“ (nach dem Nonnenkloster St. Georg). Jogger und andere Schnellgeher – in der Nähe befindet sich ein beliebtes Freizeitsportzentrum – staunen, wie dort seit Wochen riesige alte Baumstämme und Holzmengen aus dem Wald geholt werden. Diese Arbeiten werden nun Ende Februar beendet sein. Sie müssen aus forstwirtschaftlichen Gründen in der kalten Jahreszeit vonstatten gehen. Gedacht als "Nachwuchs" für die Spanplatten- und Papierindustrie.

LEIPZIGS NEUE berichtete schon mehrfach über die Dübener Heide und deren Entwicklungstendenzen. Wie ist es derzeit allgemein um die sogenannte "forstliche Nachhaltigkeit" bestellt?

Wir baten Förster SIEGFRIED JAHN aus Reuden um neueste Informationen und Hintergründe über einen Industriezweig, der nicht jeden Tag die Schlagzeilen bestimmt ...

DER ROTHIRSCH, unsere größte einheimi-

sche Wildart, mit einer möglichen Schulterhöhe von 1,25 m und einem Gewicht bis zu 160 kg, durchstreift mit kräftiger Halsmähne und vielsprossigem Geweih die Dübener Heide. Sein kräftiges Geweih, je nach Alter kann es bis zu acht und ausnahmsweise bis zwölf Kilogramm schwer werden, wird jährlich abgeworfen und bald danach beginnt das neue, mit einer samtartig behaarten Haut überzogen, zu sprossen.

Anders ist es bei unseren Waldbäumen. Es ist eine Besonderheit der Forstwirtschaft, dass wir bei den einheimischen Laub- und Nadelbäumen Produktionszeiträume von ca. 100 bis 250 Jahren haben und bei den meisten unserer Holzarten müssen wir nach der Ernte dieser Bäume Neupflanzungen vornehmen, nur bei einigen Baumarten gibt es Stockausschläge, die man nutzen kann.

Weil nunmal der Wachstumsprozess der Waldbäume nicht gleich zu setzen ist mit dem jährlichen Wachstum des Geweihs beim Rothirsch, muss die Beachtung der "forstlichen Nachhaltigkeit" Basis aller Entscheidungen sein.

Die Einhaltung dieses Prinzips bewahrt den Fortbestand des Waldes auch für kommende Generationen und sichert zugleich die Vielfalt und Schönheit der Natur.

Dabei gilt es immer daran zu denken, dass diese gewachsenen Reichtümer nicht allein naturwissenschaftliches Merkmal oder eine Rechengröße der forstlichen Planung sind, sondern eine Norm für den verantwortungsbewussten Umgang des Menschen mit den Ökosystemen. Das Prinzip der "forstlichen Nachhaltigkeit" muss also zukunftsorientiert sein.

Es ist somit das Streben nach Dauer, Stetigkeit und einem Höchstmaß an allseitiger Aufgabenerfüllung des Waldes für die Gegenwart und im steigenden Maße für die Zukunft. Das bedeutet, dass wir die heutige Waldnutzung für die kommende Generation zu begrenzen haben.

Ein Blick zurück sei mir gestattet:

In der DDR mit einer Bewaldung von 27,3 Prozent wurden jährlich ca. 10 bis 11 Mio. Festmeter eingeschlagen. Der Bedarf lag bei 20 Mio. Festmeter. 10 Mio. Festmeter wurden deshalb jährlich aus der Sowjetunion eingeführt.

Allein 1988 wurden in der ehemaligen DDR 23 600 Hektar aufgeforstet, davon 3.200 Hektar in Rauchschadensgebieten. Auf 126 400 Hektar wurden im gleichen Jahr Kultur-, Jungwuchs- und Jungbestände und auf 68.000 Hektar mittelalte Bestände ohne die waldzerstörende Technik "Harvester" (Vollernter) mit hoher Bodenverdichtung gepflegt. Im gleichen Jahr wurden 52 000 Hektar gedüngt



Der "Harvester" ruiniert bei der Arbeit 20 Prozent des Holzbodens und erntet nur die gewünschten Sortimente. Der Waldboden wird zerstört. Foto: H.J. Graumann

Die Stockwerke des Waldes

Der Wald ist in verschiedene Schichten aufgeteilt. Die unterste Schicht ist die Moos- oder auch Bodenschicht. Dazu zählen auch niedere Blütenpflanzen wie Sauerklee und Haselwurz. Die Mooschicht ist Lebensraum für Insekten, Spinnen, Reptilien und Kleinsäuger (Maus, Igel). Sie dient als Unterschlupf und Nahrungsquelle.

Auf die Mooschicht folgt die so genannte Krautschicht, die sich bis in ein Meter Höhe erstreckt. Sie setzt sich vor allem aus Gräsern, Farnen, Jungbäumen und Blütenpflanzen zusammen. In Licht durchfluteten Wäldern mit Kiefern und Lärchen ist sie stärker ausgeprägt als in Schattenwäldern aus Buche, Fichte und Tanne. Die Krautschicht bietet vor allem dem Wild Äsung.

Es folgt die Strauchschicht, die bis in drei Meter Höhe geht. In ihr findet man vor allem Holunder, junge Bäume (Nachwuchs), Hasel, Weißdorn etc. Insbesondere am Waldrand, wo viel Licht einfällt, ist die Strauchschicht sehr vielfältig ausgeprägt. Sie bietet einer Vielzahl von Tieren Unterschlupf und Nahrungsquelle, z.B. der Haselmaus, Zwergspitzmaus, vielen Vogel- und Insektenarten.

Die letzte Schicht und auch die größte, ist die Baumschicht. Sie bestimmt mit dem mehr oder weniger kräftigen Laubwerk, wie viel Licht auf den Boden einfällt. Der Lichteinfall wiederum bestimmt die Zusammensetzung und den Artenreichtum der anderen Schichten. Je mehr Licht einfällt, desto mehr Arten finden sich in den Schichten. Die Baumschicht ist Lebensraum für viele Vogelarten (Meisen, Raubvögel), Säugetiere (Eichhörnchen, Baumrarder) und Insekten. (infos. www.wald.de)



Die Kiesgrube Oppin in der Dübener Heide wurde ca. 18 Jahre ausgebeutet, ohne die Böschungen wieder aufzuforsten. Foto: Studio Kirsch



Nutzung ohne Aufforstung, ein sich ständig wiederholendes Bild. Diese Entwicklung wird sich bei weiterem Holzbedarf fortsetzen. Foto: Studio Kirsch



Holzwerk der Stadtwerke Leipzig in Piesteritz. Zur Zeit lagern dort 30 000 Festmeter "Restholz". Foto: Studio Kirsch



Großflächige Holzeinschläge ohne Wiederaufforstung. Auf diese Art und Weise wird die Struktur des Waldes zerstört. Foto: Studio Kirsch

Hier waren auch die etwa 700 Beschäftigten und 200 Lehrlinge des ehemaligen Staatlichen Forstwirtschaftsbetriebes der Dübener Heide eingeordnet. Jährlich wurden durch sie über 300 Hektar aufgeforstet und gepflegt. Der Einschlag lag auf einer Betriebsfläche von 41 000 Hektar bei 95 000 Festmeter jährlich.

In der Bundesrepublik Deutschland liegt das Bewaldungsprozent im Durchschnitt bei 30 Prozent. Der Holzeinschlag wurde 2008 mit ca. 70 Mio. Festmeter ausgewiesen. Experten gehen in den nächsten Jahrzehnten von einem Bedarf von 100 Mio. Festmeter aus. Das ist eine gefährliche Tendenz, weil die "forstliche Nachhaltigkeit" diese Menge pro Jahr in Deutschland nicht zulässt. Das gleiche Bild zeigt sich auch in Sachsen-Anhalt. Über zwei Mio. Festmeter Holz wurden dort jährlich aus den Wäldern geholt. Bereits 2007 reichte im Land das Holz nicht aus. In den Nachbarbundesländern das gleiche Bild. Allein das größte Zellstoffwerk Mitteleuropas in Anneburg bei Stendal benötigt täglich 200 LKW und sechs Güterzüge beladen mit Holz.

Jetzt wurde vermeldet, dass das Holzkraftwerk der Stadtwerke Leipzig in Piesteritz seinen Probetrieb aufgenommen hat. 140 000 Festmeter nicht sägefähiges "Restholz" sollen jährlich verbrannt werden. Bei 40 LKW Ladungen täglich mit einem Einzugsgebiet von vorerst 200 Kilometern darf man nicht nur den zusätzlichen Kohlendioxid-Ausstoß der LKW mit den notwendigen Leerfahrten in Ansatz bringen, sondern die Holzverbrennung setzt ebenfalls Kohlendioxid frei. Gemäß der molekularen Massenverhältnisse von Kohlenstoff und Sauerstoff werden aus der in Piesteritz eingesetzten Holzmenge von ca. 140 000 Festmeter ca. 125 000 Tonnen Kohlendioxid freigesetzt, eine Menge, die die Natur kaum noch verkraftet. Beim "Restholz" handelt es sich um bei Fällarbeiten anfallende Teilstücke eines Baumes oder Holzreste aus dem Kronenbereich, welches keine Verwendung in der Wirtschaft findet und von der Holzklassensortierung nicht erfasst wird. Es muss jedoch angemerkt werden, dass es nicht dem Wald dient, wenn er ausgefegt wird. Das schwache Material sollte für den Verrottungsprozess im Wald verbleiben, um unseren Waldböden Humus zuzuführen.

Die im Jahr 2008 gegründete Bürgerinitiative "Pro Wald" versucht, die Bevölkerung in Stadt und Land auf die Tatsache aufmerksam zu machen, dass zur Zeit in Deutschland die Axt im Wald regiert. Gegenwärtig werden mit dem positiven Begriff Bioenergie alle noch vorhandenen Bedenken weggeholt. Viele Bemühungen laufen darauf hinaus, den Waldschutz für den Klimaschutz zu opfern. Aber ich sage es deutlich, die Waldvernichtung kommt uns in Zukunft teurer als die Finanzkrise. Das weiß eine Studie der Europäischen Union aus. Die Verluste durch die Finanzkrise (Ifo Wall Street) werden zurzeit mit 1,5 Billionen Dollar ausgewiesen, aber die Welt verliert im Jahr ca. vier bis fünf Billionen Dollar an "Naturkapital". Die gesamten Verluste beruhen auf den Schwund der Holzressourcen, von Trinkwasser, sauberer Atemluft. Ein Hektar Wald speichert zehn Tonnen Kohlendioxid im Jahr.

In Deutschland sind es täglich über 100 Hektar land- und forstliche Fläche, die zubetoniert und zugebaut werden. Es ist also höchste Zeit, sich über die Aufforstung neuer Waldgebiete Gedanken zu machen, denn unbewirtschaftete Flächen gibt es genügend. Durch diese zusätzlichen länderübergreifenden Aufforstungen könnten Klimaschutzwälder entstehen.

Regelmäßig informiert die Bürgerinitiative "Pro Wald" über diese Tatsachen. Neben vielen Gesprächen in den Städten der Dübener Heide und des Fläming gab es auch sehr gut besuchte Veranstaltungen und Foren in Leipzig.

Wir nutzten auch die Gelegenheit, unsere Standpunkte und Sichten zur gegenwärtigen Waldsituation im Mitteldeutschen Rundfunk vorzustellen. Auch die Chinesische Botschaft informierte sich ausführlich über unsere Arbeit. Und wir hatten Gelegenheit, bei einer Anhörung zu Problemen des Waldes im Deutschen Bundestag unsere Sichten zu äußern.

Im letzten Jahr ist es auch gelungen, mit Unterstützung der Sparkasse Wittenberg, auf einer Fläche der Kommune Rotta, Gemarkung Reuden, eine umfangreiche Aufforstung durchzuführen. In den zurückliegenden Monaten wurden Initiativen zur Vorbereitung einer weiteren Aufforstung im gleichen Bereich entwickelt. Die notwendigen Unterlagen sind zusammengetragen und wir hoffen, auch diese Zielstellung im jetzigen Frühjahr realisieren zu können.

Ausgestattet mit Standpunkten und Meinungen von Waldbesitzern, Forstleuten und Touristen der Dübener Heide übergaben wir auch dem verantwortlichen Ministerium in Magdeburg die Forderung für ein neues Waldgesetz. Darin sind unter anderem zu finden: Gedanken zum Allgemeinwohl, zur dienenden Funktion des Waldes, aber auch Standpunkte zur Waldpflege. Zum Einsatz des "Harvesters" (Vollerntemaschine) als Waldvernichter in jung- und mittelalten Beständen gibt es klare Standpunkte. Die unwiderbringliche Arbeit der Forstingenieure für alle Eigentumsformen, die notwendige Forsteinrichtung auch im Privatwald, sowie Schulungen der Waldbesitzer wurden in Vorschlägen für ein neues Waldgesetz angemahnt. Ebenso gab es eindeutige Aussagen zur Sicherung des Wasserhaushaltes durch den Wald und zur Wirkungsweise der Holzkraftwerke.

Unseren Standpunkt zum neuen Waldgesetz konnten wir auch mit mehreren Luftbildaufnahmen (LN dokumentiert), die wir beim Überfliegen des Fläming und der Dübener Heide machen konnten, belegen.

Es wurde darauf verwiesen, dass bei der Erarbeitung eines neuen Waldgesetzes unbedingt die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, der BUND, der NABU und die Bürgerinitiative "Pro Wald" einbezogen werden müssen.

Der Wald ist ein unbezahlbarer Schatz für das Leben auf der Erde.

Es geht nicht nur darum, die Frage zu beantworten, wie lange das Erdöl, die Kohle und andere Rohstoffe noch reichen, sondern es geht darum, die Frage zu beantworten, wie viel Zeit uns noch bleibt, unseren Planeten auch mit Hilfe des Waldes zu retten.

„Zeitgeist, ich habe keinen großen Respekt vor Dir.“

Ein Nachruf auf den im Januar 2009 verstorbenen Historiker Helmut Hirsch



Das geschichtsträchtige Jahr 1989 begann an der Karl-Marx-Universität Leipzig mit einem akademischen Paukenschlag, der auch im anderen deutschen Staat aufmerksam wahrgenommen wurde. Am 31. Januar wurde wohl erstmals in der deutschen Geistesgeschichte mit 56jähriger Verspätung einem Doktoranden die Promotionsurkunde überreicht. Für seine Ende 1932 an der Alma Mater Lipsiensis eingereichte, aber nach dem Machtantritt der Nazis nicht mehr verteidigte Dissertation "Karl Friedrich Koepen. Der intimste Berliner Freund Marxens" erhielt der Düsseldorf Historiker Helmut Hirsch im Alter von 81 Jahren in einem bemerkenswerten Akt nachholender Gerechtigkeit die ihm zustehende Würdigung. In einem knapp drei Jahre später im Neuen Deutschland erschienenen Interview bezeichnete Hirsch die von den Leipziger Geschichtswissenschaftlern Hans-Jürgen Friederici und Manfred Neuhaus mit hohem diplomatischen Geschick eingefädelte Ehrung als "eine sehr bewegende, unvergeßliche Situation, ein Höhepunkt meines Lebens und speziell meiner Rückwanderung".

Den Nazis hatte der am 2. September 1907 in Barmen geborene Verfasser der Koepen-Biografie gleich dreifach als verdächtig gegolten: als Sohn eines aktiven Funktionärs der Arbeiterbewegung, als Intellektueller jüdischer Abstammung und als Verfasser einer Dissertationsschrift über einen Freund von Marx. Folgerichtig mußte Hirsch sofort nach dem 30. Januar 1933 ins Exil, das insgesamt ein Vierteljahrhundert währen sollte. Nach mehreren Zwischenstationen auf dem europäischen Festland, landete er unter Mithilfe von Thomas Mann, den er im berühmten Pariser Lutetia-Ausschuß näher kennengelernt hatte, 1941 in den USA. Hier mußte er als Träger von Mehl- und Zuckersäcken zunächst ganz von vorn anfangen. Dank des ihm eigenen kämpferischen Naturells, gepaart mit Ausdauer und viel Humor, gelang ihm in der neuen, wenn auch schwer errungenen zweiten Heimat, der Sprung an die Roosevelt University von Chicago, wo er nach einem weiteren Studium von 1942 bis 1945 als Lehrkraft wirkte. In seinen 1994 in Leipzig unter dem Titel "Onkel Sams Hütte. Autobiografisches Garn eines Asylananten in den USA" erschienenen Buch hat Hirsch mit einem guten Schuß Selbstironie ein Bild jener Jahre gezeichnet.

1957 verzichtete Hirsch auf seine Lebensstellung in Chicago als Professor für europäische Geschichte und kehrte nach Deutschland zurück. "Ich wollte das Gefühl haben: Hitler hat den Krieg nicht gewonnen. Wir haben ihn gewonnen", begründete Hirsch die Remigration ins Land der Täter. Einen Ruf an eine Universität erhielt der ausgewiesene Fachmann für die Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung aber keineswegs. Ganz im Gegenteil: Die neue Heimat "begrüßte" den Ankömmling mit einem geradezu kafkesken Verwaltungsakt. Für seine Flucht

aus Hitlerdeutschland erhielt Hirsch als Wiedergutmachungsleistung exakt 29,28 DM zugebilligt - der Gegenwert einer Bahnfahrkarte zweiter Klasse von Wuppertal nach Paris im Jahre 1933.

Entsprechend seiner Lebensdevise "Ein rollender Stein setzt kein Moos an", hielt sich Hirsch mit ausländischen Gastprofessuren und freier publizistischer Tätigkeit in den folgenden Jahren finanziell eher mühsam über Wasser. Dann aber folgte der Durchbruch als Autor und Wissenschaftler, indem er in steter Regelmäßigkeit für die geradezu legendären Rowohlt-Bildmonografien zahlreiche Bestseller über die großen Persönlichkeiten der deutschen sozialistischen Bewegung verfaßte: über Marx und Engels, Bebel und Lassalle, aber auch über Bettina von Arnim und Sophie von Hatzfeldt. Unbestritten nimmt Rosa Luxemburg in seinem Schaffen die Schlüsselrolle ein. Deren Biografie erlangte nach ihrem erstmaligen Erscheinen 1969 schnell Kultstatus und wurde in den folgenden Jahrzehnten weit mehr als 100 000 mal verkauft.

Der Erfolg von Hirschs Büchern beruhete nicht zuletzt darauf, daß der Autor die deutsche Sprache meisterlich beherrschte und seine Leser bereits mit dem ersten Satz zu packen und in den Bann seiner Darstellung zu ziehen vermochte. Was er im ersten Satz über seine Helden schrieb, galt für den Autor oftmals selbst: "Nichts wirkt derartig phantastisch, wie das tatsächlich Geschehene", beginnt seine Engels-Biografie. Der erste Satz seiner Monografie über Luxemburg lautet: "Das wahre Land der unbegrenzten Möglichkeiten ist - ein Menschenleben". Über dieses Buch, das zweifellos eine Zäsur in der Luxemburg-Rezeption der BRD markierte, kam die Zusammenarbeit mit Margarethe von Trotta zustande, die für ihren

auch in der DDR sehr erfolgreichen Luxemburg-Film von Hirsch und der Ostberliner Historikerin Annelies Laschitzka beraten wurde.

Dreimal verheiratet, wußte Hirsch auch mit Frauen jenseits der Politik umzugehen. Mit seiner dritten Frau Marianne verkehrte der Gelehrte allerdings per Sie, in dritter Person, wie der Autor dieser Zeilen bei seinem gemeinsamen Besuch mit dem damaligen ND-Redakteur Holger Becker im Herbst 1991 in Düsseldorf bei Hirsch erstaunt feststellen konnte. "Meine Liebe, würden Sie so gut sein, mir noch eine Tasse Kaffee zu reichen", war eine beliebte Formel des Mannes, der im Alter von 79 Jahren mit regelmäßigem Bodybuilding begonnen hatte und als Frühaufsteher jeden Morgen im Park von Schloß Kalkum joggte, jenem Ort, an dem sich einst Sophie von Hatzfeldt und Ferdinand Lassalle trafen.

Hirsch zählte neben Hans Mayer, Stefan Heym und Sebastian Haffner zu den letzten jüdischen Deutschen, die noch aus eigenen Anschauungen über die Spätzeit der Weimarer Republik und die Jahre des Faschismus berichten konnten. Diese Erfahrungen verbitterten ihn allerdings keineswegs, sondern führten zu Abgeläutheit und Altersweisheit. Er hatte daher auch keine Mühe, die Zeitenwende von 1989 optimistisch zu verarbeiten und an der Berechtigung von Utopien für eine gerechtere Welt mit dem folgenden Credo festzuhalten: "Dem sogenannten Zeitgeist muß ich also sagen: Ich habe keinen großen Respekt vor Dir." Am 21. Januar starb Helmut Hirsch im gesegneten Alter von 101 Jahren. Die ihm gewidmete Traueranzeige ist mit seinen Worten "Kommentar, Protest, Meinungsverschiedenheiten, Liebe - das ist das Leben" überschrieben.

• VOLKER KÜLOW

Vor 55 Jahren: Gravierende Änderung des Grundgesetzes

Vom 25. Januar bis 18. Februar 1954 fand in Berlin eine Konferenz der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, der UdSSR und der USA statt, in deren Mittelpunkt die Deutschlandfrage und die europäische Sicherheit standen. Die UdSSR schlug die Bildung einer provisorischen Regierung vor, mit der die Siegermächte den Friedensvertrag mit Deutschland abschließen und dass danach die Durchführung von gesamtdeutschen freien Wahlen erfolgt. Die westliche Seite legte den nach dem britischen Außenminister benannten Eden-Plan vor. Dieser beinhaltete, zunächst freie Wahlen durchzuführen, der die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung und der Abschluss eines Friedensvertrages erfolgen sollte. Damit lagen prinzipiell unterschiedliche Pläne zur weiteren Nachkriegsgestaltung Deutschlands vor. Angesichts dessen, dass die BRD durch den am 19. März 1953 durch den Bundes-

tag ratifizierten Generalvertrag längst in das westliche Bündnis eingegliedert worden war und somit die Weichen für die beabsichtigte Aufnahme in die NATO gestellt waren, endete die Berliner Außenministerkonferenz zur deutschen Frage ergebnislos und blieb vorerst die letzte Zusammenkunft dieser Art.

Um verfassungsrechtlich die weitere Eingliederung der BRD in das westliche Bündnis abzusichern, erfolgte bereits wenige Tage nach der gescheiterten Berliner Außenministerkonferenz, am 26. Februar 1954, eine Änderung des Grundgesetzes. Gegen die Stimmen der SPD wurde der Artikel 12 a (Militärische und zivile Dienstpflichten) in das Grundgesetz aufgenommen, der den Aufbau von militärischen Streitkräften und die Einführung der Wehrpflicht für Männer ab dem 18. Lebensjahr ermöglichte. Bald darauf begann der Aufbau von militärischen Truppeneinheiten. Es folgten am 5. Mai

1955 die Eingliederung der BRD in die NATO und am 6. März 1956 der Bundestagsbeschluss zum Soldatengesetz, mit dem die Bezeichnung Bundeswehr eingeführt wurde. Bereits am 2. Januar 1956 nahmen die ersten Lehrkompanien für die westdeutschen Streitkräfte, die künftige Bundeswehr, ihren Dienst auf. Ab 21. Juli 1956 galt in der Bundesrepublik die allgemeine Wehrpflicht. Das alles geschah trotz der Proteste und vielfältiger Aktionen von Millionen Menschen in ganz Deutschland gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik.

Damit waren ihrerseits die UdSSR und die DDR gezwungen, darauf zu reagieren. Am 18. Januar 1956 beschloss nunmehr die Volkskammer der DDR die Schaffung der Nationalen Volksarmee auf der Basis der Freiwilligkeit. Die allgemeine Wehrpflicht wurde in der DDR erst am 24. Januar 1962 eingeführt.

• WINFRIED STEFFEN

Hintergrund:

Der Parlamentarische Rat hat am 23. Mai 1949 in Bonn am Rhein in öffentlicher Sitzung festgestellt, dass das am 8. Mai des Jahres 1949 vom Parlamentarischen Rat beschlossene Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der Woche vom 16. bis 22. Mai 1949 durch die Volksvertretungen von mehr als Zweidritteln der beteiligten deutschen Länder angenommen worden ist.

Auf Grund dieser Feststellung hat der Parlamentarische Rat, vertreten durch seinen Präsidenten, das Grundgesetz ausgefertigt und verkündet.

Das Grundgesetz wird hiermit gemäß Artikel 145 Absatz 3 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht.



Die Gedenkstätte für die Opfer des Kapp-Putsches auf dem Südfriedhof

Am Volkstrauertag 2008 wurde wie jedes Jahr der „Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ gedacht, aber nicht nur der Opfer des Bombenkriegs, sondern auch, wie Kränze an Kriegerdenkmälern beweisen, der Gefallenen beider Weltkriege. Nur einer Opfergruppe wird niemals gedacht – der Toten des Kapp-Putsches von 1920.

Zur Erinnerung: Als laut Versailler Vertrag die Reichswehr auf 100 000 Mann reduziert und die berüchtigten Freikorps aufgelöst werden sollten, marschierte am 13. März 1920 die Freikorpsbrigade Ehrhardt

Die vergessenen Opfer

Eine Spurensuche auf Leipzigs Friedhöfen

in Berlin ein. Die Regierung floh nach Stuttgart, der erzkonservative Politiker Kapp, der Kopf der Putschisten, löste das Parlament auf und setzte die Verfassung außer Kraft. Während die Reichswehr nicht eingriff, riefen Gewerkschaften und linke Parteien, die befürchten mussten, dass eine Militärdiktatur errichtet wird, zum Generalstreik auf, dem sich auch Teile der Beamtenschaft anschlossen.

Während der Tage des Kapp-Putsches kam es an verschiedenen Orten zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen den Putschisten und bewaffneten Arbeitern. So auch in Leipzig, wo vor allem die Zeitfreiwilligen eine unrühmliche Rolle spielten. Deren Verbände, vorwiegend aus Studenten, Gymnasiasten und ehemaligen Soldaten bestehend und von der Reichswehr bewaffnet und ausgebildet, hatten die strategisch wichtigen Punkte der Innenstadt besetzt. Als sich ein Demonstrationszug dem Augustusplatz näherte, schossen die Zeitfreiwilligen in die unbewaffnete Menge - 40 Tote und etwa 100 Verletzte waren das Resultat dieses Massakers.

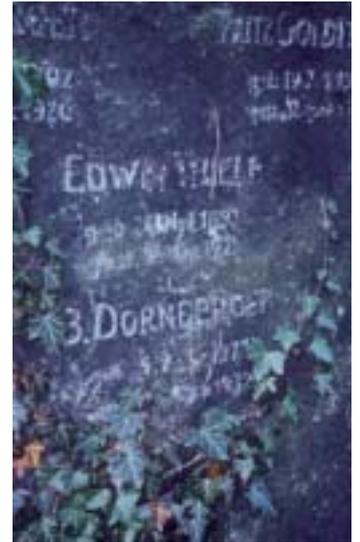
Daraufhin bewaffneten sich die Arbeiter und errichteten Barrikaden. Immer wieder kam es zu Schießereien mit Toten und Verletzten auf beiden Seiten, bis schließlich der Putsch am 17. März 1920 zusammenbrach.

Am 18. März 1920 genehmigte der Rat der

Stadt einen Antrag der KPD, auf dem Südfriedhof in der XIX. Abteilung eine zentrale Gedenkanlage für die gefallenen Kämpfer gegen Kapp zu errichten, und übernahm auch die Kosten dafür. Am 19. März fand die zentrale Trauerfeier für die „Märzgefallenen“ statt, an der ca. 10 000 Personen, meist auf dem Damm des Völkerschlagdenkmals stehend, teilnahmen und Vertreter der USPD, der KPD und verschiedener Gewerkschaften der Toten gedachten. 1922 wurde ein Gedenkstein mit der Inschrift „Den gefallenen / Kämpfern / aus den Kapptagen / Das dankbare Proletariat“ aufgestellt. Insgesamt waren hier 38 Gefallene in Gräbern mit einfachen Holzkreuzen bestattet.

In den Jahren der Weimarer Republik war diese Gedenkstätte mehrmals Ziel der stets getrennten - Demonstrationszüge von SPD und KPD. Und in den Anfangsjahren des Faschismus kam es sogar bei Trauerfeiern für verstorbene Arbeiterführer zu „stillen Friedhofsdemonstrationen“, die auch an der Gedenkstätte für die Märzgefallenen vorbeiführte.

Und heute? Der Gedenkstein auf dem Leipziger Südfriedhof ist, wenn auch efeuüberwachsen, noch gut lesbar. Die 38 Grabstellen sind längst eingeebnet, nur 38 stark verwitterte, zum Teil auch efeuüberwucherte Gedenktafeln erinnern noch an die einst hier Bestatteten. Zwar ist die



Der Gedenkstein auf dem Friedhof im Leipziger Stadtteil Leutzsch.

Rasenfläche gepflegt, aber es fragt sich, ob es nicht eine Ehrenpflicht linker Kräfte sein müsste, dafür zu sorgen, dass diese Gedenkstätte wieder in einen würdigen Zustand versetzt wird und am Volkstrauertag hier ein Kranz niedergelegt wird ...

Übrigens steht auf dem Friedhof Leutzsch ebenfalls ein efeuüberwuchertes Findling, der an drei beim Kapp-Putsch ums Leben Gekommene und einen 1932 in Volkmarisdorf von der Polizei erschossenen Arbeiter erinnert ...

• CLAUD UHLRICH

Was sich hinter LEIPZIGER STRASSENAMEN verbirgt (69)

Eine der ganz wenigen Straßen die nach Einem in der DDR aktiven Politiker benannt wurden und nach der Wende ihren Namen behielt, ist die große Ausfallstraße nach dem Süden, die Bernhard-Göring-Straße. Natürlich gab es 1991 und dann nochmals 1997 Forderungen nach der Umbenennung. Die meisten derjenigen die die Umbenennung forderten taten das mit der Begründung, dass ein Politiker der DDR nicht würdig sei, mit einer Leipziger Straße geehrt zu werden. Da kümmerte auch der Lebenslauf dieses Gewerkschaftsfunktionärs wenig. Da auch noch das „Haus der Demokratie“ an dieser Straße seinen Sitz hatte, war es nicht einfach, den Namen „zu retten“. Doch letztlich siegte die Vernunft.

Bernhard Göring wurde am 21.11.1897 in Berlin geboren. Nach dem Besuch der Volksschule schloß er 1914 eine kaufmännische Lehre ab und erwarb gleichzeitig die mittlere Reife. Danach arbeitete er als Verkäufer, Lagerist, Einkäufer und Buchhalter in der Metallindustrie und schließlich als Abteilungsleiter in der Treuhandgesellschaft Berlin. 1916 trat er der SPD und dem Zentralverband der Handlungsgehilfen bei. Im Zentralverband der Angestellten wurde man auf ihn aufmerksam und so wurde er 1921 in den Hauptvorstand berufen und hier einer der Sekretäre, der Geschäftsführer und Prokurist der Vermögensverwaltung. Von 1922 bis 1930 war er als Sekretär des Vorstandes des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (AfA) tätig. Bereits 1919 gehörte er zu den



Blickrichtung Stadtzentrum: linkerseits das "Haus der Demokratie" mit Kinobar "Prager Frühling"

Foto: Eiltzer

Bernhard-Göring-Straße

Gründungsmitgliedern des Bundes religiöser Sozialisten. Beides, christliches Engagement und Gewerkschaftsarbeit, bildeten fortan für Bernhard Göring eine Einheit. Er wurde Schriftführer des Bundes religiöser Christen und stand damit praktisch an der Spitze der vorwiegend in Norddeutschland entstandenen Ortgruppen des Bundes. Schließlich wurde er 1928 Vorsitzender des Landesverbandes Preußen und 1931 Erster Vorsitzender des Bundes der religiösen Christen Deutschlands. Er war federführend bei der Erarbeitung der Richtli-

nien für den Verband. Sie bestimmten den Platz der religiösen Christen in der „Klassenfront der sozialistischen Arbeiterschaft“ und forderte von den Mitgliedern, „den Klassenkampf als einen der Arbeiterschaft aufgezwungenen Kampf mitzukämpfen“. Strikt wendete er sich gegen jedwede antimarxistische Propaganda im Bund. Nach dem Einsetzen der Weltwirtschaftskrise mobilisierte er seine Mitglieder zum Kampf gegen den Abbau sozialer Errungenschaften, für den Ausbau des Arbeiterschutzes, der Invaliden- und Kran-

kenversicherung, der Arbeitslosenunterstützung und der Verkürzung der Arbeitszeit.

1933 organisierte er den Widerstand der AfA gegen die Nazis. Er nahm Verbindungen zu Wilhelm Leuschner, zu illegalen Gruppen der Gewerkschaft und der SPD auf und knüpfte bei Besuchsreisen nach Amsterdam und Kopenhagen solche zu Gewerkschaften in Westeuropa. Mehrmals verhafteten ihn die Nazis kurzzeitig. 1934 wurde er selbständiger Gewerbetreibender in Berlin und von 1941-1945 arbeitete er als Abteilungsleiter in der Wirtschaftsgruppe Elektroindustrie. Er hatte enge Bindungen zu den Männern des 20. Juli, besuchte dabei Leipzig und traf sich mit OBM Goerdeler und Wolfgang Heinze und war nach dem Putsch als Chef der Gewerkschaften vorgesehen.

Nach dem Kriegsende gehörte Bernhard Göring zu den Mitbegründern des FDGB. Im Februar 1946 wurde er auf dem Ersten Kongreß des FDGB zum Zweiten Vorsitzenden gewählt und gab die theoretischen Zeitung der Einheitsgewerkschaft „Die Arbeit“ heraus. Er setzte sich auch für die Einheit der Arbeiterparteien ein und die Parteitage delegierten wählten ihn in den Parteivorstand der SED. Mit der Gründung der DDR wurde Bernhard Göring Mitglied der Provisorischen Volkskammer der DDR. Am 1. Dezember 1949 erlag der Politiker, erst 52-jährig, in Dresden einem Herzinfarkt.

• DIETER KÜRSCHNER

Ich habe in meiner Sportjournalistenlaufbahn einiges erlebt, aber um Zeuge zu werden, wie sich jemand selbst überrundet, mussten über 80 Lebensjahre ins Land gehen. Die Affäre Goldmann habe ich hier schon einige Male erwähnt. Deshalb begnüge ich mich mit ein paar Stichworten: Einer der erfolgreichsten deutschen Leichtathletiktrainer war zum Jahresende vom Verband aufs Arbeitsamt geschickt worden, weil das ZDF einen Zeugen vorgeführt hatte, der beschwor, dass ihm Goldmann irgendwann vor Jahrzehnten Dopingpillen verabreicht habe. Niemand hatte die Pillen gesehen, alles basierte auf Hörensagen. Nun hat das Dauerfeuer, das seit Beginn 2009 auf die DDR zielt, zu einem Rohrkrepierer geführt: Der ZDF-Zeuge war IM beim MfS gewesen! Stasi kontra Stasi! Was tun? Ausgerechnet "Sport-Bild" lieferte den Skandal. Wortlaut: "Gerd Jacobs? Richtig. Er ist der Kronzeuge, der vergangenes Jahr seinen ehemaligen Trainer Werner Goldmann verpöfift ... Und jetzt entlarvt SPORT BILD diesen Gerd Jacobs, Goldmanns Verräter, ein Stasi-Spitzel. ... Sein Stasi-Geständnis ist sportpolitisch brisant. Immerhin ist Jacobs der einzige Zeuge, auf den sich die unabhängige Kommission des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) stützte, als sie 2008 Goldmanns Entlassung empfahl."

Es lohnt nicht, das Skandalblatt weiter zu zitieren. Der Fall ist eindeutig: Die Denunzianten von heute sind einem Denunzianten von gestern aufgesessen. Damit mich niemand missversteht: Diese Feststellung richtet sich allein gegen die Kommandeure des antikommunistischen DDR-Feldzugs von heute. Sie haben sich - siehe oben - selbst überrundet!

Selbst die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" warf am 2. Februar das Handtuch und gestand unter dem Titel "Doper, vereint Euch!": "Die Stasi macht den Unterschied aus. Sie hat alles aufgeschrieben. Das ganze staatliche Doping der DDR, Zahlen, Daten, Namen. Auch deshalb stehen Trainer wie Werner Goldmann jetzt am Pranger. Nur die Wessis nicht. Dabei war die Anabolika-Einnahme auch im organisierten Sport der freieren Deutschen weit verbreitet und Teil eines Systems. Namhafte Athleten, bekannte Trainer, berühmte Ärzte, gefürchtete Kontrollreue und starke Funktionäre (sowie wohl auch einflussreiche Politiker) haben es heimlich genutzt, geduldet, kaschiert, gefördert. Über die Wahrheit aber reden nur wenige.

Der Olympiasieger macht keine Umstände. Erster Kontakt, erstes Gespräch, direkte Ansage: "Nennen Sie mei-

nen Namen?" Nein. Denn es geht nicht um Personen, es geht um die Frage, ob es ein Doping-System gab in der Bundesrepublik. "Keine Ahnung", sagt der Goldmedaillengewinner von 1984, "ich weiß nur eines, sie haben es alle gewusst." Sie? Das sind seine Kollegen gewesen, dazu der Heimtrainer, der Chef der Nationalmannschaft, der Verbandsboss. "Es war klar, dass es nicht ohne Pillen

waren, weil der Ost-West-Konflikt die Leistungsfetischisten stützte: Medaillen brauchte das Land. Offenbar um jeden Preis.

Auch im Namen der Bundesrepublik ist zum Wohle der Leistungsbilanz am Athleten geforscht worden. Olympiarzt Professor Joseph Keul leitete in Freiburg eine 1986 begonnene multizentrale Studie über die Wirkung von Testosteron auf die Regeneration und Ausdauerleistungsfähigkeit bei Spitzensportlern. Sein bis zum Tode im Jahr 2000 von ihm vehement verteidigtes Ergebnis: "Testosteron bringt nichts." So antwortete auch die Bundesregierung 1991 mit Keul-Diktion auf die kleine Anfrage empörter Parlamentarier.

298 500 Mark hatte der Steuerzahler investiert, um dem Freiburger und seinen namhaften Professoren-Kollegen Heinz Liesen (Paderborn) und Wilfried Kindermann (Saarbrücken) den Einsatz verbotener Substanzen im Sport im Sinne der Wissenschaft zu ermöglichen. Schon damals zweifelten Athleten. Die eingeladenen Langläufer des damaligen C-Kaders, Stefan Alraun und Peter Schlickerrieder, verzichteten lieber auf das Honorar in Höhe von 1000 Mark: "Wir haben nicht teilgenommen, weil wir nicht ausschließen konnten, dass verbotene Substanzen eingesetzt wurden, deren Nichtwirksamkeit man zwar in der Studie beweisen wollte. Aber aus meiner Sicht stellte das ein inakzeptables Unterfangen dar", schreibt Schlickerrieder, heute Vizepräsident im Deutschen Ski-Verband. ...

Ich verzichte auf die folgenden umfangreichen Geständnisse, mit denen die FAZ einräumt, dass in der BRD intensiv gedopt worden war. Verzichte darauf, weil ich weiß, dass schon der Marathon-Olympiasieger von 1904 gedopt worden war. Mit Strychnin und Cognac. Und damals lud man den dopernden Trainer noch ein, auf einer wissenschaftlichen Tagung seine Erfahrungen auszubreiten. Später begann man zu schweigen.

Bis 1990. Da begann das in Bonn ausgelöste große Geschrei: Die DDR hat gedopt und zwar nur die DDR und in der DDR tat das natürlich die Stasi! Prozesse wurden inszeniert, die Meinungen der ärztlichen - aus den alten Bundesländern geholt - Gutachter ignoriert und den nach dem Sachverhalt nicht zu Verurteilenden "Deals" angeboten: Eine Geldstrafe und wir vergessen die ganze Sache. Viele ließen sich darauf ein, weil sie Sorge hatten, einen Prozess von ihren Straffrenten nicht bezahlen zu können. Aber nun haben sie sich selbst überrundet. Wo ist der Richter, der entscheidet, welcher "Agent" glaubwürdiger ist? Wir sind gespannt ...

Sportkolumne Überrundet



Von KLAUS HUHN

ging. Bei denen im Osten schien es etwas kontrollierter gewesen zu sein. Im Grunde waren wir auf gleichem Niveau. Was die Pillen betraf." Damals im Kalten Krieg der Achtziger, als hüben wie drüben das Hohelied auf den sauberen Sport gesungen wurde. "Ich werde nicht genannt?" Nein. "Na, dann kann ich ja sagen, dass bei der sportärztlichen Untersuchung auch geschaut wurde, ob die Leberwerte in Ordnung waren. Manchmal", sagt der muskelbepackte Sportpensionär, "wurde ich vom Doc aufgefordert, etwas Gas rauszunehmen."

Ärzte haben mitgemischt. Nach den offenen Plädoyers manch renommierter Sportmediziner für den kontrollierten Einsatz von Anabolika, ihren Beteuerungen, die Kraftpillen schaden nicht, vererbte die Debatte nach 1977 schlagartig. Athleten, die gestanden hatten, um Doping mit vereinten Kräften loswerden zu können, zogen sich, verleumdet, beleidigt und ausgeklammert von der Sportfamilie, zurück. Es blieben Grundsatzklärungen gegen Doping, die das Papier nicht wert

SinnBILDlich

FÜR LEIPZIGS NEUE UNTERWEGS: GERD EILTZER



Augenblick

Es scheint auf den ersten Blick nicht klar, wo unser Fotograf auf den Auslöser drückte :

Es war dieser Tage mitten im Leipziger Stadtzentrum. Dieses SinnBILDliche "Behütet sein", heute durchaus keine Selbstverständlichkeit, verführte die Redaktion, nach weiteren "Kindermotiven" zu suchen ...

Die Kinder den Mütterlichen, damit sie gedeihen.
Bertolt Brecht (Der kaukasische Kreidekreis)

Kind - eine Art Lebensversicherung - die einzige Art der Unsterblichkeit, derer wir sicher sein können.
Peter Ustinov, englischer Schriftsteller u. Schauspieler

Kinder- die lebenden Botschaften, die wir einer Zeit übermitteln, an der wir selbst nicht mehr teilhaben werden.
Neil Postman, amerikanischer Medienkritiker

Ein Kind ist eine sichtbare Liebe.
Novalis

Nur wer erwachsen wird und Kind bleibt, ist ein Mensch!
Erich Kästner

Das Kind ist das Teuerste, was die Nation hat.
Bertolt Brecht (Flüchtlingsgespräche)

Der "Verlust der Mitte"

Offener Brief an die Ratsversammlung der Stadt Leipzig

Schlaft nicht, während die Ordner der "Kunst" geschäftig sind. Seid mißtrauisch gegenüber ihrer Macht, die sie vorgeben, für Euch erwerben zu müssen. Wacht darüber, dass Eure Herzen nicht leer sind, wenn mit der Leere Eurer Herzen gerechnet wird ... (nach Günter Eich).

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte aller Fraktionen der Stadt Leipzig,

alle die Zeiten überdauernde Kunst spiegelt letztendlich unser Leben mit seinen unendlich vielen Facetten wider. Trauer, Freude, Gier, Heiterkeit, Eros, Sexualität, Verzweiflung, Verzicht, Erhabenheit, Einsamkeit, Angst und Würde stehen beispielhaft hierfür. Mit dieser Kunst in ihrer unterschiedlichen Betonung gilt es, sie immer wieder neu befragend, sorgsam umzugehen. Sie gehört zu unserem unverzichtbaren Bildungsgut, das wesentlich unsere Zivilisation mitbestimmt. Diesem Anspruch, all diese Gefühle in uns auszulösen, ist insbesondere die Bühnenkunst verpflichtet; ein Regisseur hat die wunderbare Aufgabe, nicht Diener des Publikums zu sein, sondern eine spannungsreiche Dreierbeziehung zwischen ihm selbst, dem Werk und dem Publikum herzustellen.

Substanz in neuer Form ist gewöhnungsbedürftig und kann Besucher verunsichern, die nicht mitdenken wollen. In jedem Fall aber steht das Werk im Mittelpunkt. Uns sind davon viele moderne Inszenierungen in guter Erinnerung, z.B. "La Bohème" von Peter Konwitschny.

Auch zu DDR-Zeiten gab es ideologisch gewagte Stücke, in denen sich die Besucher wiederfanden und ermutigt wurden. Zu erinnern sei an "Der Meister und Margerita" (Bulgakow) und an "Die Richtstatt" (Aitmatow). Nur wurde das hohe Wort der "Freiheit der Kunst" nicht so platt und verantwortungslos verwendet wie gegenwärtig in Leipzig. Da stellen wir an der Oper Leipzig und besonders am Schauspiel Leipzig mit Unverständnis und mit Sorge fest, dass die den Bühnenwerken immanente Widerspiegelung aller Lebensfacetten durch sich auf "Freiheit der Kunst" berufende Regisseure verletzt wird und fast ausschließlich unser Leben verhöhnend und verneinende Aspekte dominieren. Das zu interpretierende Werk gilt nicht mehr als Vorlage, sondern ausschließlich nur noch als Idee des Regisseurs. Großen Teilen des Publikums wurde die Partnerschaft gekündigt: es wurde als dumm, spießhaft und krank verunglimpft wie z.B. nach der Premiere von "Der Fliegende Holländer". Das darf sich nicht

wiederholen!

Im Schauspielhaus stellt sich gegenwärtig die Situation noch extremer dar, weil der Intendant/ Regisseur das dortige Geschehen mit seiner – sehr gelinde ausgedrückt! – eigenwilligen Sichtweise beherrscht. Gleichgültig, welche Werke in die Hand genommen wurden; das Ergebnis war bisher im Wesentlichen Gebrüll, Ekel und Genitalexhibitionismus. Wir sehen darin einen Missbrauch von "Freiheit der Kunst".

Das Publikum bleibt angesichts der Verletzung von Werk und der Menschenwürde in Scharen aus. Die an der Leipziger Oper gefährdete und die am Schauspiel bereits weitgehend zerbrochene Partnerschaft mit Werk und Publikum ist nicht hinnehmbar! Wir wollen keine lebensfremde Gartenlaubenromantik, aber auch nicht permanenten Bühneneckel. Wir möchten an der Oper eine moderne, spannungsvolle Einheit von Musik und Szene erleben und wünschen nicht, dass am Schauspiel die Sprache der Dichter mit Füßen getreten wird. Wir wollen, dass Werte vermittelt werden, die beim Publikum positive Kräfte freisetzen. Wir sind also nicht bereit, den an der Oper gefährdeten und im Schauspiel bereits eingetretenen "Verlust der Mitte" (Hans Sedlmayr) und unsere Ausgrenzung hinzunehmen. Leipzig besitzt nun einmal nur ein Opernhaus und ein Schauspielhaus. Sie werden von unser aller Steuergelder kommunal finanziert und müssen die spannungsvolle "Mitte" für breite Publikumschichten aller Altersgruppen realisieren! Zunehmend gewinnen wir zudem den Ein-

druck, dass insbesondere der Intendant des "Centraltheaters" die wirtschaftlichen und die positiv öffentlichkeitsrelevanten Aufgaben seines ihm vom Stadtrat in die Hand gegebenen Amtes bisher nicht sehen wollte oder nicht sehen kann.

Wir möchten mit unserem Offenen Brief jene Stadträtinnen und Stadträte, die deshalb bis hin zu Konsequenzen gehende Veränderungen verlangen, öffentlich unterstützen.

**Dr. Andreas Creuzburg,
Matthias Klemm**

Mitunterzeichner:

Marianne Albrecht, Dr. Anette Drechsel, Harald Fugger, Winnie Gerber, Wolfgang Gerber, Dr. Ute Göbel, Dr. Horst Görlt, Christa Gottschalk, Dr. Uta Heinze, Siegbert Heinze, Henning Holberg, Prof. Dr. Heinz Mättig, Dr. Wolf-Ulrich Mättig, Dr. Siegbert Rummel, Erika von Scheven, Prof. Gerda Schriever-Drechsel, Prof. Arnd Schultheiss, Prof. Ingrid Schultheiss, Helga Sylvester, Prof. Gerd Wunderlich, Sonja Wunderlich

Liebe Leipziger Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wenn die von uns Unterzeichnern geforderten Veränderungen an Oper und Schauspiel auch Ihr Anliegen sind, können Sie sich, wenn Sie möchten, ebenfalls an die Stadtratsfraktionen wenden (Neues Rathaus, Martin-Luther-Ring 4-6, 04109 Leipzig).

Vormundschaftliche Vereinigung

Zum Thema in LN 01 / 09

Der 9. Oktober 1989 ist als Wendemoment in die Geschichte eingegangen. Die Euphorie von einst und die vielen unerfüllten Hoffnungen, sollten uns zum Nachdenken anregen. "Der 9. Oktober, Jahrestag der Friedlichen Revolution, soll zu einem städtischen Gedenktag in Leipzig werden." Dafür hat sich Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) ausgesprochen. Insgesamt will die Stadt für die Feierlichkeiten rund 400 000 Euro zur Verfügung stellen.

Ein wenig mehr Bescheidenheit würde es ganz gut tun. Weniger ist manchmal mehr!

Der 9. Oktober 1989 unterliegt einer ständig parteipolitischen Geschichtsdeutung. Dabei werden die Motivationen der damals Beteiligten, auch gern nach parteipolitischen Interessen, hin- und her gewendet.

20 Jahre später sollte auch mal genauer nach den Motiven der damals Beteiligten gefragt werden, auch nach den Hoffnungen und den Erwartungen, welche diese erneuernde geschichtsbildende Kraft damals getragen hatten.

Der Spruch "Wir sind das Volk" stellt zugleich die Frage, als was empfinden wir uns heute? Ein Volk geteilt in Wendegewinner und Wendeverlierer? Ein Volk der Ossi und der Wessi? Ein vereintes Volk? Sind wir das Volk, welches die Volksherrschaft, auch bekannt unter dem Begriff Demokratie, errungen hat? Damit ist zugleich die Demokratiediskussion eröffnet. Erst die gewonnene politische Freiheit

lässt die Frage nach Möglichkeiten zur Demokratisierung der Demokratie präzise stellen.

Vor allem die negativen Begleiterscheinungen der heutigen Errungenschaften, wie Arbeitslosigkeit, Kinderarmut, Altersarmut, Hartz IV, Computerüberwachung, Postüberwachung, wie in Hamburg zum G8 geschehen, all dies sollte uns zum Nachdenken anregen: War da noch was?

Nachdem nun gewonnenen historischen Abstand bleibt die Frage: Melancholie über uneingelöste Hoffnungen oder Stolz auf die Ereignisse um und nach dem 9. Oktober 89?

Heute sind wir mündige Bürger! Wir sind noch immer das Volk und sollten uns auch heute wieder mehr denn je bewusst sein, der Möglichkeit des zivilen Widerstandes, als eine unberechenbare und somit einer von Zeit zu Zeit erneuernden geschichtsbildenden Kraft. So auch als Mittel und Weg zur Demokratisierung der Demokratie, von unten.

In diesem Sinne sollte, auf das historische Ereignis verweisend, uns dies Anlass und Stoff zum Nachdenken über das damalige Geschehen und der Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Bedingungen von heute geben.

Kerzen, Demo - Bilder, große Reden die uns in diesem Herbst allerorten begegnen. War das alles? Oder war da noch was?

RICHARD GAUCH, Leipzig

Israel oder was wäre, wenn?

Zum Kommentar in LN 01 / 09

Was wäre, wenn alle Flüchtlinge, die nach 1945 aus Schlesien, Vorpommern nach Deutschland kamen, noch heute in Flüchtlingslagern säßen? Von internationalen Organisationen mit Nahrungsmitteln, Medikamenten und Bildung versorgt. Aber ohne Arbeit.

Was wäre, wenn aus einem Nachbarland auf einmal "Spaßraketen" auf Dresden fielen und dort Kinder stürben?

Was wäre, wenn unsere Medien nicht nur über die schreckliche humanitäre Situation in Gaza berichten würden, sondern auch über die traumatisierten Kinder im Kinderheim Neve Hanna in Kirjat Gat, Israel?

Was wäre, wenn der "Zentralrat der

Juden" bei jeder Hamas-Aktion die UNO anriefe oder Demonstrationen in Deutschland organisierte?

Was wäre, wenn die Hamas keine Waffen aus dem Ausland bekäme und wenn die Familien von palästinensischen Selbstmordattentätern nicht mehr finanzielle Unterstützung, auch aus EU-Mitteln erhielten?

Ich kann all diese Fragen auch nicht sofort beantworten. Aber ich stelle Sie mir und meinen Freunden, damit wir uns vor einseitigen Schuldzuweisungen hüten und damit vielleicht auch helfen, ein fast unlösbares Problem zu lösen. Peace now - yes, we can

ANNETTE BOEHNHEIM, Leipzig

SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V.,
Sparkasse Leipzig,

Konto: 11 50 11 48 40

BLZ 860 555 92,

Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima
Geschenk für
Freunde und Bekannte

Leider unterschlug der Computer in LN 1 beim "Verfilmen" der Druck-Datei die Unterschrift eines Briefes. Das sei hiermit nachgeholt: HORST SCHNEIDER, Dresden.

Die auf dieser Seite veröffentlichten Zuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein. Für deren Inhalte stehen die Unterzeichner.

Die Redaktion

Bestellschein

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname
 Straße, Hausnummer
 PLZ, Ort
 evtl. Telefon

ANSCHRIFT UND KUNDEN-NR. des Werbers* bzw. Geschenkgebers*

* Nichtzutreffendes bitte streichen
 Kundennummer
 Name, Vorname
 Straße, Hausnummer
 PLZ, Ort

Ich bitte um Rechnung

- Probe-Abo (3,00 Euro für ein Vierteljahr)
- Normal-Abo (10,80 Euro im Halbjahr)
- Studierenden-Abo (10,80 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises
- Internet-Abo (15,00 Euro im Jahr)

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis zusätzlich 5,00 Euro.

bitte ausgefüllt schicken an:
 LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

- Ich bezahle durch Bankeinzug
- Geldinstitut
- BLZ
- Kontonummer
- Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers
Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.
 2. Unterschrift des Auftraggebers

Die Zeitung erscheint monatlich und wird über die Postle-mail zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor Bezugsende** in der Redaktion kündigt.

BUCHHANDLUNG RIJAP

GbR

Literatur für SIE

Im März neu bei uns:

- Franziska Kleiner: *Was von der DDR blieb.* Eulenspiegel, 14,90 Euro
- Egon Krenz: *Gefängnis-Notizen.* edition ost, 14,90 Euro
- Ralph Hartmann: *DDR-Legenden.* edition ost, 14,90 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch. Wir liefern in Leipzig frei Haus! In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet
 ☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71
 www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der
Filiale Axispassage
 04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum
 04129 Wittenberger Str. 83
Filiale Büchermarkt Mockau Center
 04357 Mockauer Str. 123

Initiative Christliche Linke

9.3., 18 Uhr, Gemeindesaal der Nikolaikirche Leipzig, Vortrag von M. Gerathewohl: *50 Jahre kubanische Revolution – eine Hoffnung für Lateinamerika.*

Theatrium

Leipzig, Miltitzer Allee 52

27.2., 20 Uhr: Gastspiel *Der Elastik-Mann.*

10.3., 10 Uhr: Premiere *Papas Geheimnis.*

SZM

Stadtteilzentrum Messemagistrale Leipzig, Straße des 18. Oktober 10a

26.2., 15 Uhr: Café zum Thema *Seniorenhilfen*

2.3., 16 Uhr: *Kulinarische Reise um die Welt – Vietnam.*

5.3., 15 Uhr: *Gedächtnistraining für Senioren*

14.3., 14 Uhr: *Familiennachmittag für Kinder und Eltern und Seniorencafé*

16 Uhr: Puppenbühne Schmidt zeigt für die Kleinen *Kasper und der Osterhase.* Eintritt: 2,50 Euro

Diese Zeit braucht diese Tageszeitung



TESTABO / ABO

- Ja, ich teste die **junge Welt** für 3 Wochen kostenlos
Probabo endet automatisch
- Ja, ich abonniere die **junge Welt** für mindestens ein halbes Jahr

Frau Herr

Name/Vorname Leipzig

Telefon

Straße/No.

PLZ/Ort

E-Mail (bei Bestellung des Internetabos erforderlich)

Ich bestelle das

- Normalabo (mtl. 28,90 Euro),
- Solidaritätsabo (mtl. 37,10 Euro),
- Sozialabo (mtl. 22,10 Euro).

Das Abo läuft mindestens ein halbes Jahr und verlängert sich um den angekreuzten Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 30 Tage vor Ablauf (Poststempel) bei Ihnen kündigt.

Coupon einmenden an: Verlag B. Mai GmbH, Torstr. 6, 10119 Berlin, oder faxen an: 0 30/53 63 55-44

Ich bestelle zusätzlich das

- Internetabo (zum vergünstigten Preis von mtl. 1,80 Euro)

Ich bezahle das Abo

- monatlich (nur mit Banktransfer)
 - vierteljährlich (3 % Rabatt),
 - halbjährlich (4 % Rabatt),
 - jährlich (5 % Rabatt).
- per Einzugsermächtigung Rechnungslage

Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:

Kontoinhaber

Geldinstitut

Bankleitzahl

Kontonummer

Datum/Unterschrift

Als Dankeschön für den Abschluss eines Jahresabos erhalte ich folgende Prämie:



Ein Jahresabo von Lunapark ist zeitweise zur Kritik der globalen Ökonomie

Mitversende auf eine Prämie



☎: 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 24. Februar, 18 Uhr, Leipzig

Vortrag und Diskussion: *Mythologie und Vernunft in der Geschichtsphilosophie des späten Schelling*. Mit Dr. Werner Wittenberger.
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 25. Februar, 18.30 Uhr, Leipzig

Vortrag und Diskussion: *Mit Tschingis Aitmatow auf dem Jahrhundertweg – eine Nachlese zum 80. Geburtstag*. Mit Dr. Adelheid Latchinian, Leipzig.

Klub Gshelka, An der Kotsche 51

Mittwoch, 25. Februar, 19 Uhr, Dresden

Was passiert nach der Krise? Diskussion von Alternativen. Mit Andreas Öxner, Ökologe und Publizist, Österreich. Kooperationsveranstaltung mit attac Dresden. ***

Haus der Kirche, Dreikönigskirche, Hauptstr. 23

Mittwoch, 4. März, 19 Uhr, Chemnitz

Eröffnung der Rosa-Luxemburg-Ausstellung (bis 31.3.): *Rosa Luxemburg – Jüdin, Polin, Revolutionärin*. Mit Lesung und musikalischer Umrahmung. In Zusammenarbeit mit QUER BEET.

Soziokult. Zentrum QUER BEET, Rosenplatz 4

Sonabend, 7. März, 10 Uhr, Chemnitz

Vortrag und Diskussion: *Kritik des "Eva-Prinzips" von Eva Herman aus sorbischer Sicht*. Mit Heiko Kosel, MdL.

Rothaus e. V., Lohstr. 2

Sonntag, 8. März, 10–13 Uhr, Leipzig

Kaffeeklatsch zum Internationalen Frauentag mit Buchvorstellung und Gespräch: *Jenny Marx oder: Die Suche nach dem aufrechten Gang*. Mit dem Herausgeber Dr. Jörn Schüttrumpf, Karl-Dietz-Verlag Berlin.

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 11. März, 18 Uhr, Chemnitz

Vortrag und Diskussion: *Rosa Luxemburg in Sachsen*. Mit Prof. Dr. Erhard Hexelschneider, Leipzig.

Soziokult. Zentrum QUER BEET, Rosenpl. 4

BUCHVORSTELLUNGEN

ZUR LEIPZIGER BUCHMESSE

Ort für alle Lesungen:

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Donnerstag, 12. März, 18 Uhr

Selbstbefreiung, Illusionen, Vereinnahmung. Das Ende der DDR und die LDPD. Mit dem Autor Prof. Dr. Manfred Bogisch

Donnerstag, 12. März, 19 Uhr

Experiment Kosovo. Die Rückkehr des Kolonialismus. Mit Dr. Hannes Hofbauer, Wien.

Freitag, 13. März, 15 Uhr

Alexander Vatlin: DIE KOMINTERN. Gründung, Programmatik, Akteure, und W. Hedeler und A. Vatlin (Hrsg.): Die Welpartei aus Moskau. Der Gründungskongress der Kommu-

nistischen Internationale 1919. Mit Prof. Dr. Alexander Vatlin, Dr. Wladislaw Hedeler, Peter Heyl, Prof. Dr. Klaus Kinner und Dr. Jörn Schüttrumpf.

Herausgeber und Karl Dietz Verlag laden anlässlich des Erscheinens von Band X der Reihe "Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus" zu einem Empfang. Beginn 18 Uhr. Wir bitten um Anmeldung bis 2. März.

Freitag, 13. März, 17 Uhr

Alex Bär, Paradies und Wirklichkeit. Einführung in das Werk von Alex Bär: Annika Michalski, Kunsthistorikerin.

Sonabend, 14. März, 16 Uhr

Hermann-Peter Eberlein: Bruno Bauer. Vom Marx-Freund zum Antisemiten. Mit dem Autor Dr. Hermann-Peter Eberlein

Sonabend, 14. März, 18 Uhr

Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker: Geschichte der NSDAP 1920–1945. Mit den Autoren Prof. Dr. Kurt Pätzold und Prof. Dr. Manfred Weißbecker

Sonabend, 14. März, 18 Uhr

Gerhard Schumacher stellt vor: Axel Wörner und sein Roman "Der gelbe Wagen" Mit Dr. Axel Wörner und Gerhard Schumacher

Sonntag, 15. März, 10 Uhr

Axel Wörner liest aus seinem Roman "Deutschland, Punkt 12 Uhr".

Sonntag, 15. März, 11 Uhr

Ernst Engelberg: Die Deutschen. Woher wir kommen. Mit dem Herausgeber Dr. Achim Engelberg.

Sonntag, 15. März, 15 Uhr

Michael Zeuske: Von Bolivar zu Chavez – Wieviel Revolution braucht Venezuela? Mit dem Autor Prof. Dr. Michael Zeuske, Historiker

Mittwoch, 18. März, 18 Uhr, Leipzig

Vortrag und Diskussion: *Konjunkturprogramme: Geldsegen und Steuerlast – für wen?* Mit Dr. Barbara Höll, MdB.

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 18. März, 18 Uhr, Chemnitz

Vortrag und Diskussion: *Rosa Luxemburg und die europäische Arbeiterbewegung*. Mit Sabine Pester, Stipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung. ***

Soziokult. Zentrum QUER BEET, Rosenpl. 4

Sonabend, 21. März, 10 Uhr, Chemnitz

Vortrag und Diskussion: *Deutsch-polnische Verhältnisse*. mit Dr. Holger Politt, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Warschau.

Rothaus e. V., Lohstr. 2

Montag, 23. März, 18.00 Uhr, Leipzig

Vortragsreihe 1409 - 2009: 600 Jahre Universität
Vortrag und Diskussion

Europäische Universitäten vom 12. bis 15. Jahrhundert mit Prof. Dr. Wolfgang Geier, Leipzig

Mittwoch, 25. März, 18.00 Uhr

Buchvorstellung und Diskussion: *"Joachim Mitdank: Die DDR zwischen Gründung, Aufstieg und Verkauf"* *** mit dem Autor Dr. Joachim Mitdank, Berlin Moderation: Prof. Dr. Kurt Schneider

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der RLS, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.

Report aus Berlin Die Leipziger Bundestagsabgeordnete Dr. Barbara Höll

berichtet über ihre Arbeit in Berlin

am

12. März 2009

20. Mai 2009

24. Juni 2009

jeweils 18 Uhr

auf dem Dachboden des

Liebknecht-Hauses, Braustr. 15

DIE LINKE.

*Wir gratulieren
unserer Genossin*

Ursula Pörschmann,

die am 22. Februar ihren 80. Geburtstag begeht.

Bereits am 12. Februar feierte unser Genosse

Manfred Schramm

seinen 80. Geburtstag,

während unser Genosse

Hans-Ullrich Sehm

am 5. Februar 65 Jahre wurde.

*Allen Jubilaren herzlichen Glückwunsch
und alles erdenklich Gute auf dem weiteren Lebensweg.*

Eure Genossinnen und Genossen
der Basisgruppe Löbnitz der Partei Die LINKE.

ISOR e. V.

Beratungen für Rentner und angehende Rentner, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren, sowie für diejenigen, die nach der Neufassung des § 6, Abs. 2 AAÜG neu vom Rentenstrafrecht bedroht sind.

Sprechstunden:

jeden vierten Mittwoch,
16–17 Uhr,
im Stadtteilzentrum
Messomagistrade,
Str. des 18. Oktober 10 a

Cineding

Karl-Heine-Str. 83

Ein Geheimnis: 22., 24. und 25.2., 20.15 und 22.30 Uhr, 23.2., 20.15 Uhr

Tadschikischer Filmabend: Vatani Shirin (OV mit engl. UT): 22. und 23.2., 20.15 Uhr

Leipzig Premiere *La Zona* (Spanische OV mit dt. UT): **22. und 26.–28.2., 22.30 Uhr, 24. und 25.2., 20.15 und 22.30 Uhr**

Vicky Christina Barcelona (OmU): 26.–28.2., 20.15 und 22.30 Uhr



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V.,
Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: redaktion@leipzig-neue.de
Internet: www.leipzig-neue.de
Bankverbindung: Sparkasse Leipzig
BLZ 860 555 92 - Konto 1 150 114 840

Sprechzeiten: Mo 10 bis 12 Uhr / Di 13 bis 15 Uhr

Redaktion:

Kurt Schneider, Helmut Ulrich, Michael Zock
(V.i.S.P.)

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung,

Anzeigen, Werbung:
Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice,
Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.
Tel./Fax Redaktion: 0341 / 21 32 345

Druck: Nordost-Druck GmbH & Co. KG Neubrandenburg

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 16. Februar 2009

Die nächste Ausgabe erscheint am 20. März 2009

1-Euro-Gala?

Über eine Provinzposse spöttelte die Presse von hier und fern nach der großen Mendelssohn-Gala im Gewandhaus. Einzelne bekamen ebenso ihr Fett weg wie die ganze Planung und Gestaltung.

Vor allem hechelten einige Autoren über die nicht vorbereitete Moderatorin Sandra Maischberger, die weder mit Opuszahlen noch mit Namen der Preisträger etwas anzufangen wusste.

Das scheint mindestens ungerrecht: Vor einigen Jahren gab es eine hochangesehene Fernsehjournalistin, deren Auftritte im Privatfernsehen zu später Stunde eher als Expertentipps gehandelt wurden. Nur ein kleiner Kreis Auserwählter genoss es, wie die hochtalentierten, bestens vorbereitete Journalistin ihre Partner auf kleiner Flamme röstete – ohne Häme, ohne Nachtreten. Weder Gewerkschafts- noch Wirtschafts-

bosse waren ihr gewachsen. Und sie schonte auch keinen. Allein der Auftritt bei ihr galt als heimliches Privileg. Das ist längst vorbei. Jetzt muss eben eine 1-Euro-Kraft eine Gala moderieren, die am nächsten Tag schon wieder ihre Show im Öffentlich-Rechtlichen hat, und mit der einstigen Fachfrau nur den Namen teilt. Zwischen beiden liegen Welten.

• KUBUS

Mit den Füßen abgestimmt

Bei anderen entdeckt:



In alter Tradition haben die Leipziger wieder einmal mit den Füßen abgestimmt. Allerdings ging es diesmal nicht um so große Themen wie im Herbst '89. Mit einem Relikt aus alten Zeiten hat es trotzdem zu tun – mit den Zooschaufener.

Seit 1976, dem Jahr der Eröffnung, stellt das Zooschaufenster für die Rosentalbesucher einen beliebten Aussichtspunkt dar. Ohne einen Zoobewach einsetzen zu können, ermöglicht es in der Auenlandschaft des Rosentals in beeindruckendem Umfang Tierbeobachtungen, die sonst nicht möglich wären. Die Leipziger und ihre Besucher haben es angenommen und lieb gewonnen.

Mit der Umgestaltung des Leipziger Zoos zum „Zoo der Zukunft“, spätestens mit Einrichtung der Kriwan-Savanne, war es damit

vorbei. Dichte Schlitze verhindern seitdem die Aussicht auf die Tiere der Savanne, und das ist Absicht. „Die Leute sollen den Zoo besuchen und nicht vom Rosental aus anschauen!“, so Zoodirektor Junhold. Das Ergebnis war, dass quer durch die – mit Steuermitteln angelegten – Rosenrabatten von den Besuchern Trampelpfade zu den letzten Einsichtsrückwärtigen in die Savanne getreten wurden.

Unsere diesbezüglichen Anmerkungen in den Waldstraßenviertel NACHRICHTEN (Heft 91) hatten zumindest zur Folge, dass sowohl vom Zoo als auch von der Stadtverwaltung das Thema aufgegriffen wurde. Das Ergebnis ist, dass die Trampelpfade mit Stenopflanz belegt und Abgrenzungszäune geschaffen, die vom Zoo indirekt verursachte Zerstörung also im Nachhinein legitimiert wurde.

Der Zoo als städtisches Unternehmen hat in diesem Fall seine potentiellen Besucher ignoriert und die Stadtverwaltung hat sich dem – zugegebenermaßen erfolgreichen – Unternehmen Zoo gefügt. Wenn dieses Beispiel Schule macht, werden bald alle Graffiti-Schmierereien zu „Volkskunst“ aufgewertet und Handflächen auf den Bürgersteigen zu Beispielen für die „handfreundliche Stadt“ herangezogen.

Uli Basowinski

Faksimile: Waldstraßenviertel NACHRICHTEN, Februarausgabe.2009

Maulstrategen

Der Akteure Eitelkeit Wird zum Hitchcock unsrer Zeit! Aber Kunst kommt von Gedanken Den die "Schönen und die Schlanken" Eben nicht erfassen können, Weil sie durch die Zwiebel flennen. Nur die bröckelnde Fassade Hält die schmierige Pomade. Der Überthriller in meinem Kopf Sucht den wichtigen Killerknopf Und der drückt die Maulstrategen aus Wie eine lästige Stubenlaus.

Friederike Raschke

Stoßseufzer

Viele Männer sind derzeit sehr stark verunsichert. Das erfuh auch LEIPZIGS NEUE aus intimen Kreisen. Reißt doch die Wirtschaftskrise mit der damit verbundenen Insolvenz von "Schiesser" vielen Herren ein durchaus wichtiges Kleidungsstück vom Leibe. Einige schauen nun in Richtung Kanzlerin und hoffen, dass ein weiterer Rettungsschirm die entstandene Blöße vielleicht bedecken könnte.

Ulli Hose

Wer Waren unter Wert kaufen will, darf sich nicht wundern, wenn dafür auch Menschen unter Wert behandelt werden, und zwar nicht in Bangladesch, sondern hier bei uns ...

„Tatort“ - ARD 1.2.

Universitäten wie Oxford oder Cambridge sind keine Stuben für soziale Gerechtigkeit.

DLF 4.2.

Wenn Spiele Kunst sein wollen, sehen sie häufig toll aus, sind aber so kompliziert und wirr, dass kein Mensch sie versteht ...

KulturSPIEGEL Heft 2

Mit Vollgas in Richtung Vergangenheit: alles wie gehabt im Vatikan.

der Freitag 5.2.

Die Gesellschaft für deutsche Sprache hat entschieden: das Wort des Jahres 2008 lautet "Finanzkrise", gefolgt von "verzockt" und "Datenklau". Die Wertung enthält Begriffe, die die öffentliche Diskussion besonders prägen.

Agenturmeldung

Die katholische Kirche sieht sich nach

der umstrittenen Wiederaufnahme des Holocaust-Leugners Richard Williamson mit zahlreichen Austritten konfrontiert. Austritten könne man allerdings nur in Deutschland, Österreich und der Schweiz. "In anderen Ländern ist dies gar nicht möglich, weil die Taufe nicht rückgängig gemacht werden kann."

Radio Vatikan 7.2.

FUNDSACHEN

Die ehemalige Tagesschausprecherin Eva Herman klagt weiter gegen den NDR. Auch nach Zeugenaussagen von Jan Hofer und Jens Riewa gibt es keine Annäherung im Kündigungsstreit nach den umstrittenen Büchern und Äußerungen Hermans.

DLF 7.2.

Was aber tun, wenn die Welt so kompliziert ist, dass der eigene Verstand keine Übersicht schafft und auch Experten nur einen kleinen Ausschnitt überblicken?

ND 7.2.

Unter den deutschsprachigen Ländern hat nur eines seine Muttersprache nicht in der Verfassung festgeschrieben. Und zwar jenes, welches diese Sprache in seinem Namen trägt.

Deutschland-Radio 8.2.

Über eine Million deutscher Arbeitnehmer "dopen" sich am Arbeitsplatz mit verschreibungspflichtigen Medikamenten gegen Stress.

DLF 12.2.

Frank-Walter Steinmeier verzichtet im Wahlkampf auf seinem zweiten Vornamen. Ein kluger Schachzug, oder eher ein symbolisches Eigentor?

Agenturen 15.2.

Die Diskriminierung in Deutschland beginnt heute nicht mehr bei der Hautfarbe, sondern bei den Kosten, die jeder verursacht. Der Mensch wird zum Kostenfaktor degradiert. Und je weniger er kostet, desto wertvoller ist er für einen ökonomisierten Staat.

Heiner Geißler - phoenix 15.2.

GESEHEN, GELESEN, GEHÖRT UND NOTIERT VON SIEGFRIED KAHL

Göttliche Lösung?

Als Pandora ihre Büchse geöffnet hatte, entwichen alle Übel in die Welt, darunter das Geld, der Krieg, die Macht und das Leid.

Nur gut, daß die Hoffnung nicht entwischt ist, sagte der Göttervater Zeus. Schließlich brauchen die armen Sterblichen in all ihrem Unglück auch ein wenig Trost. Weißt du was, Pandora? Geld ist ein häßliches Wort - nennen wir es einfach Freiheit! Krieg soll meinnetwegen Frieden oder Recht oder Kultur oder Fortschritt oder Zivilisation oder sonst wie heißen. Und Macht – das klingt ganz schrecklich: Was hältst du von Demokratie? Blicke noch das Leid, und gibt es dafür einen besseren Namen als – Hoffnung? • R. L.

Sichere Lösung?

Als kürzlich in Leipzigs Partnerstadt Hannover drei Kinder ausbüxten, griff die Polizei sie am Bahnhof auf. Sie wollten nach Afrika, hatten Zahnbürsten und Kuscheltiere eingepackt und erklärten sich zu dieser Fernreise wild entschlossen.

Für Eltern kann es allerdings schon beängstigend sein, wenn die eigenen Knirpse auf solch verwegene Ideen kommen.

Die Überwachungsindustrie lebt allerdings von diesen Ängsten und hat sich eine neue Armbanduhr ausgedacht. Dankbare Eltern können mit deren Hilfe, jetzt ihre Kinder jederzeit orten. Dieser Peilsender ist nicht der erste seiner Art. • MIC

Reinhard Lochners Wahrheiten

Seitdem Orpheus in die Unterwelt einzutreten wagte, sind viele Nachahmer seinem Beispiel gefolgt, mit dem Unterschied, dass sie den Rückweg nicht gefunden haben.

Als ich ein kleiner Junge war, dachte ich manchmal: Wie schön wäre es, im Jahr 2000 zu leben! Nun ist das Jahr 2000 längst vorbei, und manchmal denke ich: Wie schön wäre es, ein kleiner Junge zu sein!

Früher stand Herr X nach seiner täglichen Arbeit nach Bananen an. Heute steht Herr X nach seiner täglichen Banane nach Arbeit an.



LEIPZIGER BUCHMESSE
12.–15. März 2009



- Buchpreis für europäische Verständigung
- Mit Volker Brauns "Meister Flick" auf Arbeitssuche
- Zwischen KMU-Hörsaal 13 und Moritzbastei
- Wolfgang Bittners "Minima Politika"



KRIEGSFIBEL

Vergeßt nicht: mancher euresgleichen stritt
Daß ihr hier sitzen könnt und nicht mehr sie.
Und nun vergrabt euch nicht und kämpfet mit
und lernt das Lernen und verlernt es nie!

(Friedensfibel)

Lernt das Lernen und nicht das Schießen

Brechts "Kriegsfibel" in neuer Ausgabe beim Eulenspiegel Verlag

Im dänischen Exil begann Bertolt Brecht, Ausschnitte aus Zeitungen zu sammeln und diese Bilddokumente mit Versen zu kommentieren. Die entstandene "Kriegsfibel" wurde zum großen Anti-Kriegs-Buch, einen Standardwerk, dessen Aktualität bis heute nicht abnehmen will. Ruth Berlau schrieb im ersten Vorwort: 'Nicht der entrinnt der Vergangenheit, der sie vergißt. Dieses Buch will die Kunst lehren, Bilder zu lesen.' Die erste Ausgabe der "Kriegsfibel" erschien 1955 im Eulenspiegel Verlag, herausgegeben von Ruth Berlau, gestaltet von Peter Palitzsch, in der Redaktion von Günter Kunert und Heinz Seydel.

"Vor allem muß die Kriegsfibel in die Bibliotheken, Kulturhäuser, Schulen usw. (...) Ich wäre gern bereit, an diese Stellen selbst zu schreiben, denn diese tolle Verdrängung aller Fakten und Wertungen über die Hitlerzeit und den Krieg muß bei uns aufhören." Diese Briefpassage vom Sommer 1956 deutet an, dass Brecht sich schon knapp ein Jahr nach Erscheinen der "Kriegsfibel" als Buch um deren öffentliche Resonanz sorgte. Von 10 000 gedruckten Exemplaren waren nach einem knappen Jahr annähernd 3 400 verkauft worden. Die "Kriegsfibel" ist Brechts letztes lyrisches Werk und entwickelte sich bald zum

Kultbuch der frühen Friedensbewegung. Die Texte fügen den gesammelten Fotos mit der Kürze von vier Zeilen eine weitere Betrachtungsebene hinzu. Brecht nannte das "Foto-Epigramme". Sie erklären nicht, sie kommentieren, sie mildern kein Elend, sie verweisen auf dessen Ursache und Kontext. Damit bezeugen sie zeitlose Einsichten in die Maschinerie des Krieges. Die Vierzeiler, die Brecht zu den Zeitungsausschnitten und Kriegsphotografien erdachte, gehören inzwischen zur Weltliteratur und stellen eine damals neuartige Verbindung von Texten und Fotos dar. Nach dem Zweiten Weltkrieg zurückge-

kehrt nach Deutschland schnitt Brecht erneut Bilder aus, für eine angedachte aber nie beendete "Friedensfibel". Die obige Rückseite des Schutzumschlages deutet auf diese Sammlung hin. Seit Jahrzehnten ist der Eulenspiegel Verlag mit der "Kriegsfibel" verbunden. Ihm und dem Bertolt-Brecht-Archiv ist für diese erweiterte Neuausgabe zu danken.

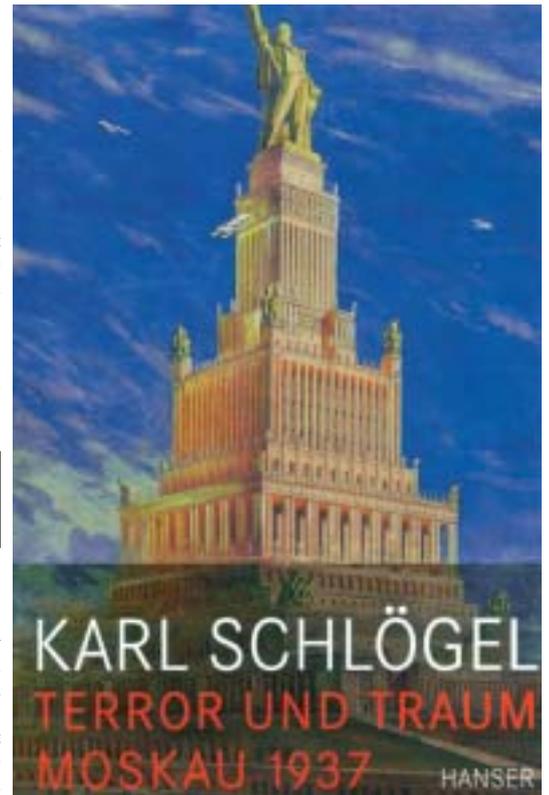
• **MICHAEL ZOCK**
Bertolt Brecht: Kriegsfibel
(Neue Ausgabe).
Eulenspiegel Verlag, Berlin 2008.
Reproduktion der Erstausgabe.
100 S., 24,90 Euro.

Analyse ohne übliche Häme

Schon der Umschlag führt sofort in die Problematik des Buches ein: ein riesiges, terrassenförmiges Gebäude, mit einer 75 m hohen Leninstatue und davor formierten Marschblöcken. Es ist der Projekt gebliebene, aber in den 1930er Jahren bereits in der ganzen Welt virtuell vorgestellte Palast der Sowjets der UdSSR, entworfen von Boris Iofan, Wladimir Schtschuko und Wladimir Gelfreich, der vom Sieg über das alte Zarenregime und dem Triumph der sozialistischen Weltrevolution künden sollte. An dieser herausragenden Stelle stand seit 1887 die

genschweres Jahr für das Schicksal des Weltsozialismus. Dabei macht es der Autor sich und dem Leser nicht leicht, so eingängig auch alles geschrieben ist. Er entwirft kein Schwarz-Weißbild, sondern würdigt die Aufbruchatmosphäre nach der russischen Revolution, die Fortschritte und Schwierigkeiten im Alltagsleben und in der Gesamtentwicklung des Landes. Er macht aus seinen Sympathien für Land und Leute keinen Hehl und analysiert ohne jede heute oft so übliche Häme, wengleich mit tiefer Betroffenheit. Denn Schlögel listet akribisch, mit gründlicher

Faschismus während des spanischen Bürgerkriegs. Und über allem liegt der unerklärliche, rational nicht fassbare monströse Terror, wie er vom zwei Wochen andauernden März-Plenum des Zentralkomitees als Mittel gegen die "apokalyptischen Katastro-



Mit dem Leipziger Buchpreis zur europäischen Verständigung ausgezeichnet – ein ungewöhnliches Buch

russisch-orthodoxe Christi-Erlöser-Kirche, einst im Gedenken an den Sieg über Napoleon 1812 (auch der Leipziger Völkerschlacht wird dort gedacht) errichtet worden, die 1931 gesprengt wurde. Aber das Projekt einer gigantischen sozialistischen Dominante scheiterte mit dem Überfall durch Hitlerdeutschland; jahrzehntelang blieb dort eine riesige Kühle, bis Chruschtschow, anstelle der Baugrube ein Freibad errichten ließ. Nach der russischen "Wende" wurde der Status quo ante wiederhergestellt; Moskaus Oberbürgermeister Lushkow ließ unter gewaltigen materiellen und finanziellen Kraftanstrengungen die Kirche wiedererrichten, in der jüngst Patriarch Kirill I. inthronisiert wurde. Das wechselvolle Schicksal dieses Ortes steht für das Schicksal Russlands im 20. Jahrhundert. Auch die Titel des Buches sind vom Verfasser aussagekräftig gewählt: die Begriffe Terror und Traum markieren jene inhaltlichen Pole, zwischen denen sich die sowjetische Gesellschaft bewegt. Es ist der Traum von einer besseren sozialistischen Gesellschaft voller Gerechtigkeit, es ist Hoffnung auf Besseres und es ist die raue Wirklichkeit der Verfolgungen, des Großen Terrors. Genau diese bipolare Situation untersucht der Kulturwissenschaftler und Osteuropahistoriker Karl Schlögel in seinem umfassenden Werk. Moskau 1937 – der Untertitel – macht den Gegenstand deutlich, bestimmt Raum und Zeit. Es ist ein fol-

Materialkenntnis, die blutigen Spuren des Terrors auf, mit der die regierende Partei der Bolschewiki (nicht etwa allein Stalin!) das Land überzogen hat. Worum geht es in diesem Buch? In 40 Kapiteln werden alle wichtigen Ereignisse des Jahres 1937 behandelt, wengleich die angestrebte chronologische Anordnung nur bedingt erreichbar ist. Aber es werden viele Lebensbereiche und Ereignisse erfasst: der Bau des Autowerks SIL und der Metro und die Strukturveränderungen in der Arbeiterklasse; das "Schaufenster" Moskau und die Versorgungsprobleme des Landes; Sportparaden; Architektur, Radio, Massenlied, Erholungswesen und Luftfahrt; der von Häftlingen erbaute Moskwa-Wolga-Kanal; der 20. Jahrestag der Oktoberrevolution, der 100. Todestag A. S. Puschkins, aber auch der 20. Jahrestag der Tscheka; die drei großen Schauprozesse gegen die Opposition (mit einem erschütternden Bucharin-Porträt); die erst 90 Jahre später ausgewertete sowjetische Volkszählung, die - weil die Ergebnisse nicht den Erwartungen der Parteiführung entsprachen - mit dem Tod der leitenden Statistiker endete; der 17. Internationale Geologenkongress in Moskau usw. Zugleich wird Stalins Generalplan für die künftige Gestaltung Moskaus untersucht, das sowjetische Auftreten auf der Pariser Weltausstellung mit den entsprechenden Projekten, dann aber auch das erste Kräftemessen zwischen Sozialismus und

phen" in der Wirtschaft verstärkt eingeleitet wurde. Als Ausweg aus der Krise wird gegen einen imaginären Feind mobilisiert. Schlögel beschreibt die bestürzende Atmosphäre im Führungszirkel der Partei (auch anlässlich des Selbstmordes von Sergo Ordshonikidse) auf beklemmende Art und Weise. 1937 war ein unglaublicher Einschnitt in der zivilisatorischen Geschichte nicht nur Russlands. Unter der Losung eines sich zuspitzenden Klassenkampfes wurden die russischen Eliten und ihre Sippen ausgerottet (über 20 000 Erschießungen in 15 Monaten allein in Butowo im Süden Moskaus). Aber es traf auch - völlig willkürlich - einfache, in nichts schuldige Menschen aller Nationalitäten, auch die Politemigranten, die in Sowjetrußland Zuflucht gesucht hatten. Ihre Schuld: sie waren zur falschen Zeit am falschen Ort. Die vom Politbüro verfügten hohen Sollzahlen(!) für Verhaftungen und Ermordungen für die einzelnen Verwaltungseinheiten des Landes mussten um jeden Preis erfüllt werden. Recht und Gerechtigkeit gegen jedermann - wie es in der neuen "Stalinschen" Verfassung hieß - blieb ein schöner Traum. Dafür horchte man nachts in den Kommunalwohnungen

und den Wohnheimen, in Baracken und Erdhütten ängstlich auf Schritte und Klopfen, auf das "Verschwinden" der Nachbarn. Ein Land erstarnte in Angst. Jeder, der wie ich einige Zeit in der Sojetunion - allerdings nach dem Großen Terror - verbracht hat, weiß aus eigenem Erleben, dass diese Spur der Gewalt kaum eine Familie verschont hat. In nur einem Jahr wurden zwei Millionen Menschen verhaftet, davon 700 000 getötet, der Rest in den Gulag verschickt. Wer sein Leben mit den sozialistischen Ideen und mit der UdSSR als dem einstigen Hoffnungsträger der Menschheit verbunden hatte, dem wird das Buch wehtun, aber er wird sich schwerlich seiner Beweiskraft verschließen können.

• ERHARD HEXELSCHEIDER

Karl Schlögel: Terror und Traum. Moskau 1937, Carl Hanser Verlag, München 2008. 811 Seiten. 29,90 Euro

Buchpreis zur Europäischen Verständigung

Die Ehrung geht in diesem Jahr an den Historiker Karl Schlögel, geboren 1948 in Hawangen bei Memmingen. Er studierte Philosophie, Geschichte, Soziologie und Slawistik an der Freien Universität Berlin, sowie an den Universitäten in Moskau und Leningrad. In den 1970er Jahren war Schlögel in maoistischen Splittergruppen in West-Berlin aktiv und zählte zu den führenden Mitgliedern. Nach deren Auflösung 1980 war er Mitautor des Buches "Partei kaputt: Das Scheitern der KPD und die Krise der Linken." Nach seiner Promotion 1981 arbeitete Schlögel als freier Autor und Wissenschaftler. Schon zu dieser Zeit galt sein besonderes Interesse der Kulturgeschichte

und insbesondere der Geschichte Osteuropas. Seit 1990 ist Schlögel Professor für Osteuropäische Geschichte, zunächst an der Universität Konstanz, seit 1994 an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder), wo er von 2003 bis 2005 auch Dekan der Kulturwissenschaftlichen Fakultät war. In seinen Arbeiten versucht der Historiker zu zeigen, dass Geschichte immer in einem spezifischen Raum spielt, dessen jeweilige Kontur an ihr mitschreibt. Gegen die Diskurse vom Ende der Geschichte und vom Verschwinden des Raumes setzt Schlögel eine raumbewusste Historiografie, die im Nacheinander geschichtlicher Sequenzen wie im Nebeneinander ihrer Schauplätze gleichermaßen zu Hause ist.

Der Autor Karl Schlögel

TERROR UND TRAUM: MOSKAU 1937, München 2008

SANKT PETERSBURG. Schauplätze einer Stadtgeschichte, Frankfurt a.M. 2007, (Hrsg.)

DAS RUSSISCHE BERLIN: OSTBAHNHOF EUROPAS (Ergänzte und aktualisierte Neuausgabe von Berlin, Ostbahnhof Europas), München 2007

PLANET DER NOMADEN, Berlin 2006

MARIJAMPOLE ODER EUROPAS WIEDERKEHR AUS DEM GEIST DER STÄDTE, Münch. 2005

KARTENLESEN ODER: DIE WIEDERKEHR DES RAUMES, Zürich 2003

IM RAUME LESEN WIR DIE ZEIT: ÜBER ZIVILISATIONSGESCHICHTE UND GEOPOLITIK, München 2003

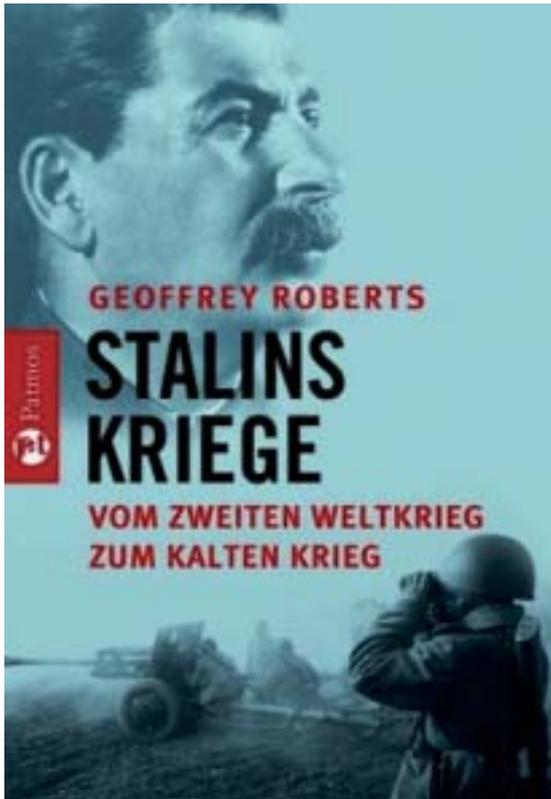
PROMENADE IN JALTA UND ANDERE STÄDTBILDER, München 2001

DIE MITTE LIEGT OSTWÄRTS: EUROPA IM ÜBERGANG, München 2002

PETERSBURG: DAS LABORATORIUM DER MODERNE 1909-1921, München 2002

GO EAST ODER DIE ZWEITE ENTDECKUNG DES OSTENS, Berlin 1995

MOSKAU LESEN, Berlin 1984



... den totalen Krieg überleben.

eines hochtalentierten Diktators, der ein System schuf und kontrollierte, das stark genug war, den ultimativen Teil des totalen Krieges zu überleben." Bei diesem Urteil ist zu beachten, dass G. Roberts

Erfolg zu machen und wollte es nach dem Krieg weiter bewahren". Nicht zuzustimmen ist jedoch G. Roberts Auffassung: "Stalins Herrschaft im Inneren unterschied sich in den Jahren nach dem Krieg stark vom sowjetischen System der Vorkriegsjahre. Sie war weniger repressiv, nationalistischer und in ihrer alltäglichen Funktionsweise nicht so abhängig von seinen Launen." Der Prozess der "Entstalinisierung" habe, so der Autor, bereits begonnen, "während Stalin noch lebte, auch wenn der Personenkult um ihn

mächtigen Politik und Ideologie, die sowohl nach utopischen als auch nach totalitären Zielen strebte. Stalin war ein Idealist, der bereit war, jedwedes Mittel an Gewalt anzuwenden, die ihm nötig erschien, seinen Willen durchzusetzen und seine Ziele zu erreichen." Damit trifft G. Roberts den Kern der Sache. Es bleibt festzuhalten: Josef Stalin ist für den Tod von Millionen Menschen verantwortlich. Sein Name ist aber, und darum geht es letztlich dem Autor, auch untrennbar mit der Befreiung von der

Dieses Buch ist kein Sündenregister Stalins. Sein Ziel ist das bessere Verständnis seiner Person.

nicht den Stalin der zwanziger und dreißiger Jahre und so auch nicht das Terrorjahr 1937 behandelt, sondern eine detaillierte Studie zu dessen militärischer und politischer Führung in

bis zu seinem Todestag ungebrochen blieb".

Wenn auch die von G. Roberts getroffenen Schlussfolgerungen teils heftigen Widerspruch auslösen, so tragen sie doch dazu bei, Stalin in einer größeren historischen Dimension zu beurteilen. "Dieses Bild Stalins als des größten aller Kriegsführer, als eines Mannes, der den Frieden dem Krieg vorzog, und eines Politikers, der den Vorsatz über einen innenpolitischen Reformkurs führte", schreibt G. Roberts, "wird nicht jedem gefallen. Es gibt Betrachter, für die das einzig akzeptable Bild Stalins das des bösen Diktators ist, der der Welt nichts als Übel bescherte." Und er vermerkt, dass er sich bemüht habe, so viele Details, wie er nur konnte, über die verbrecherischen Taten Stalins und seines Regimes beizubringen. "Aber dieses Buch ist kein Sündenregister Stalins. Sein Ziel ist ein besseres Verständnis seiner Person." Es gehe ihm darum, "Stalin wieder auf eine menschliche Größenordnung zurückzuführen".

faschistischen Gewaltherrschaft und dem Aufstieg der UdSSR zur Weltmacht verbunden. Der Schlusssatz seines Vorwortes lautet: "Anstatt den Sieg des Westens im Kalten Krieg triumphal zu verkünden, sollten wir uns mehr an die Rolle der Sowjetunion erinnern, die dazu beitrug, einen langen Frieden nach dem Krieg zu erhalten." Und seine abschließende Zusammenfassung endet mit dem Satz: "Die Geschichte kann uns klüger machen, wenn wir ihr es erlauben." Darum sollten wir uns bemühen.

Nicht unerwähnt soll bleiben, dass G. Roberts sein Buch dem verstorbenen britischen Kommunisten Dennis Ogde gewidmet hat, von dem er sagt, dass ihn dessen unabhängiger, kritischer Geist gegenüber dem sowjetischen Sozialismusexperiment inspiriert hat.

Der Rezensent vermag an dieser Stelle nicht auf die vielfältigen inhaltlichen Betrachtungen G. Roberts, die dem Buch seinen Namen gaben, einzugehen. Es ist vielmehr seine Absicht, auf die brisante Sicht des Autors aufmerksam zu machen.

• KURT SCHNEIDER

Geoffrey Roberts: Stalins Kriege. Vom Zweiten Weltkrieg zum Kalten Krieg. Aus dem Englischen von Michael Carlo Klepsch. Patmos Verlag, Düsseldorf 2008. 501 Seiten mit umfangreichem Kartenmaterial, Personenregister und Zeitafel. 39,90 Euro

Die vom bekannten Weltkriegshistoriker Geoffrey Roberts verfasste Originalausgabe "Stalin's Wars. From World War to Cold War, 1939-1953" liegt seit Dezember 2008 in deutscher Übersetzung vor. Die Darstellung, für die erst seit kurzer Zeit zugängliches sowjetisches Quellenmaterial verwandt wurde, spannt sich vom Hitler-Stalin-Pakt (1939) über die Kämpfe des Zweiten Weltkrieges mit der Schlacht von Stalingrad (1942-1943) und den Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam bis zum Korea-Krieg (1950-1953).

der letzten Phase seines Lebens verfasst hat. Das entspricht dem Strang der englischen Historiographie, die sich mit der Rolle Stalins vor allem in den vierziger Jahren befasst, und das mit Respekt vor Stalin. Winston Churchill schilderte das so: "Als er in Jalta den Konferenzraum betrat, erhoben wir uns alle, buchstäblich auf Kommando. Und, so seltsam es ist, wir legten die Hände an die Hosennaht." Und voller Bewunderung: "Stalin übernahm das Russland des Hakenpflugs und hinterließ es im Besitz der Atomwaffe."

Das Ziel des Buches ist es nicht, wie G. Roberts betont, Stalin zu rehabilitieren, sondern eine differenzierte, zusammenhängende Sicht vorzunehmen, die "vielen Stalins" zu sehen: "den Despoten und Diplomaten, den Soldaten und den Staatsmann, den rationalen Bürokraten und den paranoiden Politiker". Und G. Roberts unterstreicht: "Sie alle zusammen ergeben das komplexe und widersprüchliche Bild

G. Roberts zieht im Ergebnis seiner Untersuchung die Schlussfolgerung, dass Stalin viele Fehler gemacht und eine Politik betrieben hat, die zum Tode von Millionen Menschen führte, "aber ohne seine Führung wäre der Krieg gegen Nazideutschland wahrscheinlich verloren gegangen". Selbst Churchill und Roosevelt seien "als Kriegsherren ersetzbar (gewesen), aber nicht Stalin". Ebenso habe Stalin alles daran gesetzt, "das Kriegsbündnis mit dem Westen zu einem

Hier stockt dem historisch kundigen Leser der Atem. Sicher, die notwendige konsequente Auseinandersetzung mit dem System des Stalinismus hat nicht selten dazu geführt, Stalin aus einer historisch verengten Sicht zu betrachten. Doch G. Roberts zielt tiefer. Für ihn ist "die Herrschaft Stalins nicht eine simple Moralgeschichte über einen paranoiden, rachsüchtigen und blutdürstigen Diktator. Es ist die Geschichte einer



LEIPZIGER BUCHMESSE

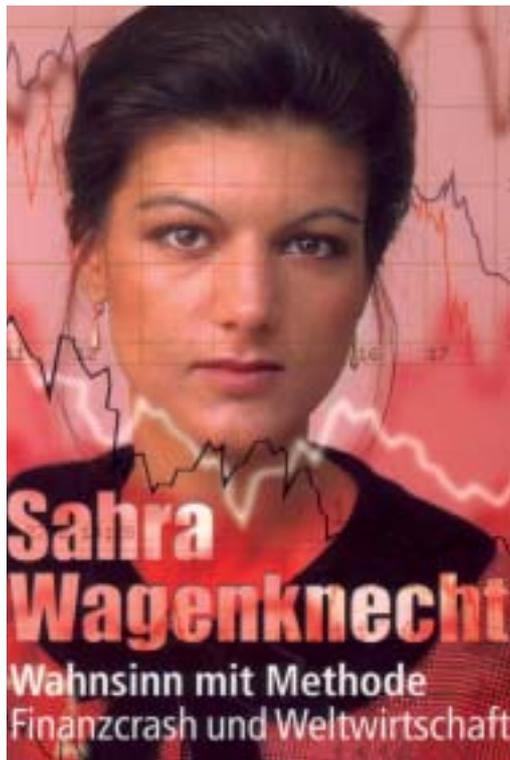
Über 1 900 Veranstaltungen mit rund 1 500 Autoren und mehr als 300 Spielstätten machen die vier Tage im März auch dieses Jahr wieder zum größten Lesefestival Europas.

Auch 2009 zeigt sich der Hörbuchbereich auf der Leipziger Buchmesse gewohnt spannend und attraktiv zugleich – für Fach-

besucher, Journalisten und interessiertes „Hör-Publikum“ aus ganz Deutschland. Mehr als 100 Hörbuchverlage und alle ARD-Anstalten präsentieren sich in dem großzügig gestalteten Ausstellungsbereich in Halle 3.

„3... 2... 1... meins“ – heißt es in diesem Jahr erstmals auf der Messe. Gemeinsam mit dem Team

von Hoerbuch-Seminare.de startet die Buchmesse eine Benefiz-Versteigerung von Hörbuchraritäten. Vom 6. bis zum 15. März 2009 kann jeder Interessent unter www.ebay.de/starsandcharity mitbieten. Das umfangreiche Veranstaltungsprogramm „Leipzig hört“ bietet auch abends in der Innenstadt für jeden Besucher besondere Hörerlebnisse.



Was viele sehen, aber nur wenige durchschauen ...

Der Verlag wirbt für Sahra Wagenknechts neuestes Buch (beendet im Oktober 2008) mit der Feststellung: "Seit Marx hat keiner die Finanzwelt so klarsichtig erläutert wie sie." Das wird sicherlich von manchem als Anmaßung empfunden, doch wem es nicht um Beckmesserei zu tun ist, der wird eingestehen, dass uns die Autorin zum Zeitpunkt des offenen Ausbruchs der weltweiten Finanzkrise souverän Zusammenhänge vor Augen führt, die in dem weithin hilflosen oder vernebelnden öffentlichen Geschwätz über die aktuellen Ereignisse weitgehend im Dunkeln bleiben, die aber Marx für

oft nicht mehr zurückgezahlt werden können, zunächst am Beispiel der Kreditwirtschaft der USA. Durch die Verbriefung der Kredite, das heißt ihre Verwandlung in verkäufliche Wertpapiere, durch ihre Verschachtelungen und Verschleierungen ihres tatsächlichen Wertes wurde die Situation undurchschaubar – teilweise selbst für die Akteure –, und ehe der Schwindel dahinter offenkundig wurde, hatten sich viele solcher Papiere in "finanziellen Sondermüll" verwandelt, den keiner mehr haben wollte. Das wird eingehend erläutert an der wachsenden Zahlungsunfähigkeit amerikanischer Hausbesitzer, aber auch

seine Zeit schon benannt hatte. Das Buch ist gleichermaßen wissenschaftlich fundiert und allgemeinverständlich, und es ist auf jeden Fall viel mehr als eine spontane Reaktion auf die jüngsten Dissonanzen auf den Finanzmärkten, weil jahrelange wissenschaftliche Studien dahinter stehen. Und bei allem Zuschnitt auf die jüngst zutage getretene Situation ist es alles andere als eine Momentaufnahme, vielmehr zeigt es, ausgehend vom Aktuellen, Entwicklungslinien der vergangenen Jahre und Jahrzehnte und wagt Prognosen. Veranschaulicht wird das Jonglieren der großen Banken mit Krediten aller Art, die

anderer Kreditnehmer. Ähnliches vollzieht sich beim Kauf von Firmen oder Firmenanteilen mit geliehenem Geld (*Private equity*, auch "Heuschrecken" genannt) und bei ihrem Verkauf – ein Schneeballsystem zur Umverteilung Tausender Milliarden, bei dem Hunderttausende ihre Arbeit verlieren und Lohneinbußen erleiden. Beginnend mit einer kleinen Historie des Spekulationswahnsinns in den vergangenen Jahrhunderten, wird erläutert, was Finanzblasen sind und wie mit der Aufblähung von Krediten die Nachfrage künstlich forciert und damit extreme Preissteigerungen möglich sind, womit sich zugleich neue Möglichkeiten für Spekulationen eröffnen. Eingehend beschrieben wird der Zustand des globalen Finanzsystems, seine Mechanismen, sein hochspekulativer Charakter und seine weitgehende Verselbständigung gegenüber den realen Wirtschaftsprozessen. "Die Finanzmärkte unserer Tage", so schlussfolgert die Autorin, "tun genau das nicht, was ihre Aufgabe wäre: die Ersparnisse der Gesellschaft in jene Investitionen zu lenken, die die Wirtschaft produktiver, umweltverträglicher oder auf irgendeine andere Art reicher machen." Mehr noch: das heutige Finanzsystem ist gemeingefährlich.

Als entscheidende Ursache für das Stagnieren der Realwirtschaft bei gleichzeitiger Aufblähung der Finanzwirtschaft (durch Staatsverschuldung, Lohndumping mit Nachfrageeinbruch und Konsumentenverschuldung sowie durch Teilnahme am internationalen Finanzmonopoly) zeigt sich das Streben nach hohen Renditen vorrangig nicht der Steigerung der produktiven Investitionen, sondern in der Umverteilung der Einkommen und in immer gewagteren Spekulationen.

Die vier möglichen Entwicklungsszena-

rien, die die Autorin in ihrem abschließenden Ausblick sieht (Voraussagen seien selten so schwierig gewesen wie heute) fasst sie in der Formel zusammen, dass es eine einfache Fortschreibung der Politik der letzten Jahre nicht geben wird. Das wird sehr glaubhaft, wenn sie uns vor Augen führt, wie sich die Dimensionen und der Verlauf der finanziellen Schiefelage in den letzten Jahren entwickelt haben: Die Verschuldung von Verbrauchern und Firmen in den USA ist in den vergangenen zehn Jahren um 13,6 Billionen Dollar (oder von 120 auf 170 Prozent des jährlichen Bruttoinlandsproduktes) gestiegen, und die Staatsschulden betragen mehr als zehn Billionen Dollar. Und in der Eurozone sind die Schulden der Firmen und Konsumenten mit 143 Prozent der Jahreswirtschaftsleistung deutlich angestiegen, wobei die aktuelle Krise diese Verschuldung noch weiter nach oben treibt.

Es soll nicht verhehlt werden, dass es dem Nicht-Fachmann zuweilen einige Mühe bereitet, sich mit einer Reihe neuer Begrifflichkeiten auf dem komplizierten und künstlich verkomplizierten Gebiet der nationalen und internationalen Finanzmärkte zurechtzufinden, aber letztlich versteht es die Autorin, einen Zugang zu diesem verwickelten Thema zu schaffen. Ein mehrseitiges Glossar ermöglicht einen schnellen Zugang zu nicht geläufigen Fachbegriffen.

• GÜNTER LIPPOLD

Sahra Wagenknecht: *Wahnsinn mit Methode. Finanzcrash und Weltwirtschaft*. Verlag Das Neue Berlin 2008. 254 Seiten, 14,90 Euro

Mit Volker Brauns Meister Flick auf Arbeitssuche

Dieser Schriftsteller hat offenbar ein Faible für Buchstabenalgebra: der Held seines ersten Prosabandes aus dem Jahr 1972 heißt Kast, der seines letzten, 2008 erschienenen heißt Flick, beide der Zahl nach so kurz und bündig wie der Familienname Braun. Beide Bücher – "Das ungezwungene Leben Kasts" und "Machwerk oder Das Schichtbuch des Flick von Lauchhammer" – umspannen, geht man von der Datierung der ersten abgedruckten Erzählung "Der Schlamm" aus – ein halbes Jahrhundert in der Lebens- und Schaffenszeit von Volker Braun.

Der Erzählungsband markiert mit den Überschriften "Der Schlamm", "Der Hörsaal" und "Die Bretter" (der Bühne) einige der Lebensstationen seines Autors, die aus der Sicht eines jungen Mannes, der in der letzten Erzählung von 1968 von der Inszenierung eines seiner Theaterstücke berichtet, die unschwer als die Uraufführung von "Hinze und Kunze" (damals noch "Hans Faust" geheißen) zu erkennen ist. Das "Machwerk" genannte "Schichtbuch" dagegen folgt in vier Etappen (es sind vier

kapitelartige "Bücher", die noch einmal in "Kapitel" untergliedert sind) den letzten Lebensjahren jenes Flick genannten Mannes, der sich einst als "Meister" der Havariebehebung in einem Braunkohletagebau einen klangvollen Namen gemacht hat, nach der Stilllegung seines Tagebaus in Lauchhammer aber "freigesetzt" wurde. Kasts Leben: eines in aufsteigender Linie, weitgehend synchron mit den Aufbaujahren in der DDR, Flicks dagegen verliert zuletzt mit dem zunehmenden Sinnverlust, der mit dem Abbau von Arbeitsverhältnissen einhergeht, wie er in den zwei Jahrzehnten nach 1989 zur landestypischen Regel geworden ist. Mit Meister Flick betritt Volker Braun noch einmal das geographisch-literarische Terrain, auf dem er einst im "Schlamm" und auf der Halde ("Die Kipper") begonnen hatte: damals mit Kast, heute mit Flick.

An Flicks vergangener und gegenwärtiger Lebenszeit – einst vom Gebrauchtwerten von Mensch und Maschine bestimmt, jetzt vom Disponibilitätszwang beherrscht, der vom "Amt" ausgeht – exemplifiziert Braun in neuem literarischem Gewand, was mit

der "Wende" der Zeiten über jene gekommen ist, die von Arbeit "freigesetzt" sind und es nicht wahrhaben wollen oder können wie dieser einst unersetzbare Meister aus Lauchhammer, der in diesem Buch mit seinem einstigen Arbeitsethos als ein Unzeitgemäßer zu Grabe getragen wird. Was ihm in seinem Leben gefehlt hat, wird in jenem Kapitel exemplifiziert, worin der Autor "Lesern und auch Nichtlesern Asyl gewährt" und Flick mit seinem Enkel in eine Buchhandlung gerät, wo ihm bewusst wird, dass es in seinem Leben nur Bücher wie die "Briefe zur mechanischen Erziehung des Menschen" gegeben hat und ihm versagt bleiben wird, jene in die Hand zu nehmen, die sein Enkel auf seiner Wunschliste hat: "Rummelplatz" von Werner Bräunig zum Beispiel, der in den sechziger Jahren vergeblich wagte, die Arbeitswelt in der Wismut erzählend zu gestalten. Zuletzt stößt Flick doch noch auf ein Buch mit seinem Namen, das er nicht mehr lesen wird. Es heißt "Die Flicks. Eine deutsche Familiengeschichte über Geld, Macht und Politik".

Der Titel "Machwerk" erweist sich schließlich noch in einem weiteren Sinn, denn es ist aus Wörtern gemacht, die aus vielen Gegenden kommen, solchen, denen noch der Wortschatz der Leute aus der Braunkohle anhaftet, und solchen, die in den heutigen Chefetagen gesprochen wer-

den. Und schließlich die Sprache der Dichter, darunter die eigene, die man aus Brauns Gedichten kennt.

Wie im "Hinze-Kunze-Roman" findet der Leser auch im jüngsten Buch "Nach"-Sätze, die sich direkt an ihn wenden und der Autor in eigener Sache spricht und dazu noch einige erhellende Worte zu Flicks Grablegung beisteuert: "Bei dem Auf- und Ab am Grab konnte man meinen, er hätte ein ganzes Geschlecht beerdigt 'mit ihm ist eine Zeit zuendegegangen', klagt man aufatmend; aber – ja: es sind zu viele Aber in den Kapiteln, als dass ihnen nicht weitere folgen müssten ... Die Fragen überleben die Antworten wie Hunger den Witz, und für die Gar.küche der Zukunft sind keine Rezepte geschrieben, die Roboter, die sich von Menschen ernähren, verrecken auch ... Gewohnt zu scheitern denkt er für sich, die eigentliche Arbeit habe noch gar nicht begonnen, sie wird der Gesellschaft den Atem verschlagen."

• KLAUS SCHUHMANN

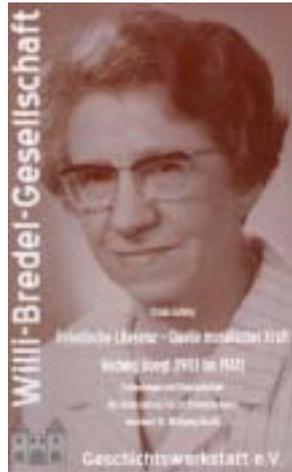
Volker Braun: *Machwerk oder Das Schichtbuch des Flick von Lauchhammer*. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 2008, 221 Seiten, 19,80 Euro

Rebellische Literatur

Hedwig Voegt war schon 49 Jahre alt, als sie 1952 in Jena ihre Dissertation verteidigte. Dass ihre Arbeit, die drei Jahre später unter dem Titel "Die deutsche jakobinische Literatur und Publizistik (1789-1800)" bei Rütten & Loening erschien, grundlegend für einen literaturwissenschaftlichen Forschungszweig werden sollte, dürfte ihr damals kaum in den Sinn gekommen sein. Heute wissen wir: Dass die Schriften jener "Revolutionsmänner" wie Georg Friedrich Hegel, Georg Kerner, Johann Heinrich Merck oder Georg Forster, die nach dem "Donnerschlag der Französischen Revolution ... den ideologischen Kampf um die republikanischen Ideale, um Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aufnahmen", für die Nachwelt gesammelt und erschlossen sind, ist größtenteils ihr Verdienst.

Zwanzig Jahre nach dem Tod dieser bescheidenen Wissenschaftlerin hat Ursula Suhling ihrer mit einer biographischen Skizze gedacht. Wir lesen darin, dass die 1903 in Hamburg geborene Hedwig Voegt schon ein bewegtes Leben hinter sich hatte, als 1948 ihr Wunsch in Erfüllung ging, studieren zu können. Die hanseatische KPD, der sie seit 1925 angehört, delegierte die in den Nazijahren mehrfach inhaftierte Genossin an die Universität Jena zum Studium der deutschen Literatur. Später lehrte sie ein Jahrzehnt an der Karl-Marx-Universität angehende Journalisten deutsche Literaturgeschichte und literarische Publizistik. Zu ihrem wissenschaftlichen Vermächtnis wurde die von ihr besorgte dreibändige Rebmannausgabe, deren Erscheinen (1990 bis 1992) sie nicht mehr erlebte.

• EDMUND SCHULZ



Ursula Suhling: Rebellische Literatur – Quelle moralischer Kraft. Hedwig Voegt (1903 bis 1988). Erinnerungen und Biographisches, 81 Seiten, 4,80 € (Zu beziehen über die Willi-Bredel-Gesellschaft, Im Grünen Grunde 1b, 22337 Hamburg)

Neues über Rosa Luxemburg

Ottokar Luban rückt in seinem Buch über das Wirken Rosa Luxemburgs in der deutschen Novemberrevolution mehrere Momente in den Vordergrund: Ihre politische Konsequenz und die daraus erwachsende autonome Haltung trotz ihrer weitestgehenden Minderheitsposition, häufiger materieller Notlagen und langjähriger Inhaftierungen. Gerade das macht sie in den Augen so vieler Menschen glaubwürdig, anders als die meisten heutigen Politiker. Die große Strahlkraft ihrer Persönlichkeit erwächst aus dem theoretisch-politischen Konzept einer stark basisdemokratischen Orientierung und aus den Ideen eines menschlichen, freiheitlichen Sozialismus, der nur ohne Unterdrückung politisch Andersdenkender wirklich gedeihen kann. Ihre Anziehungskraft auf viele Zeitgenossen besteht in der ständigen Auseinandersetzung mit den Ungerechtigkeiten dieser Welt, mit Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung. Die Gedanken des Verfassers kreisen um die Vorstellungen Rosa Luxemburgs über Demokratie und ihre Meinungsverschiedenheiten mit Lenin, die Luban seit 1904 in grundsätzlichen Unterschieden zwischen Luxemburgs basisdemokrati-

schers und Lenins „ultrazentralistischer“ Parteiauffassung sieht; ihre Verbindungen zu den Massen und ihr Engagement für den politischen Massenstreik; schließlich die Rolle der Spartakusgruppe und der revolutionären Obleute im Weltkrieg und während der Revolution. Etwas gesondert stehen ausführliche biografische Darstellungen von Mitstreitern und Unterstützern, die für den Nichthistoriker von besonderem Interesse sind. Zunächst geht es um die seit Heinz Knoblochs Buch einem großen Publikum bekannte Mathilde Jacob. Mit wesentlich neuen Materialien über ihre revolutionäre Arbeit nach dem Tode Rosas zeigt Luban, dass sie eben – so sein Titel – "mehr als eine Sekretärin" war. Dem Vergessen entrissen wird die ungewöhnliche Sozialistin Fanny Thomas-Jeziarska, die Vertraute vieler Persönlichkeiten der internationalen Arbeiterbewegung. Schließlich folgt ein Aufsatz über Clara Zetkins Einfluss auf die Spartakusgruppe. Die Studie über den Kaufmann und Druckereibesitzer Julius Gerson und über den Kunst- und Kulturhistoriker, Sammler und Schriftsteller Eduard Fuchs widmet sich einem bislang unterschätzten Thema, der Zusammenarbeit der USPD mit Linksinтеллекuellen in

der Revolution. Hier fördert der Autor eine Fülle unbekannter Details zu Tage. Es sind 12 oft bisher weit verstreute, teilweise bereits mehrfach in unterschiedlichen Fassungen seit 1999 publizierte Aufsätze, die hier ergänzt und auf den neuesten Forschungsstand gebracht unter der kundigen Hand des erfahrenen Autors ein homogenes Ganzes ergeben. Plötzlich liest man anscheinend bekannte Sachverhalte wie neu. Luban ist ein Mann der gründlichen Detailforschung und der akribischen Recherchen auch in Quellen, wo man für gemeinhin nicht unbedingt auf Erfolg rechnen muss. Er aber wird fündig, wie etwa die Passagen über den Luxemburg-Liebkecht-Kreis (1915-1918) und dessen personelle Zusammensetzung beweisen. Jeder, der sich mit Luxemburg und der Zeit zwischen 1913-1919 befasst, wird sicher mit Interesse zu diesem Band greifen.

• ERHARD HEXELSCHEIDER

Ottokar Luban: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Ihre Kritik an Lenin und ihr politisches Wirken 1913-1919. Hg. v. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. GNN-Verlag Schkeuditz 2008, 314 S., br., 14,50 Euro.

12. März 2009

15.30–16 Uhr | Lesung und Gespräch
Sachbuchforum Halle 5, Stand A200

Jörn Schütrumpf

Jenny Marx oder: Die Suche nach dem aufrechten Gang

Ein neuer Blick: Jenseits der Legenden und trotzdem nicht reißerisch



18 Uhr | Buchvorstellung und Diskussion
RLS Sachsen e.V., Harkortstr. 10, 04107 Leipzig

Manfred Bogisch

Das Ende der DDR und die LDPD

Nach 20 Jahren beginnt die Diskussion um die Rolle der Blockparteien.
Moderation: Kurt Schneider

13. März 2009

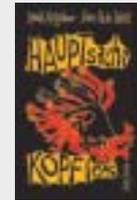
15 Uhr | Buchvorstellung und Diskussion
RLS Sachsen e.V., Harkortstr. 10, 04107 Leipzig

Alexander Vattin

Die Komintern.

Gründung, Programmatik, Akteure

Mit Alexander Vattin, Wladislaw Hedeler, Peter Heyl, Klaus Kinner. Moderation: Hans Piazza



15–15.30 Uhr | Präsentation
Sachbuchforum Halle 5, Stand A200

Harald Kretschmar/Hans-Dieter Schütt

HAUPTache KOPFlos

Der Zeichner und der Feuilletonist werfen einen satirischen Blick auf die Akteure der Nachwendzeit.

14. März 2009

15.30–16 Uhr | Lesung und Gespräch
Sachbuchforum Halle 5, Stand A200

Matthias Krauß

Die Partei hatte manchmal Recht

Die DDR – kein Totalverriß
Ein Buch gegen den triumphierenden und erbärmlichen Zeitgeist.



16 Uhr | Lesung und Gespräch
RLS Sachsen e.V., Harkortstr. 10, 04107 Leipzig

Hermann-Peter Eberlein

Bruno Bauer – vom Marx-Freund zum Antisemiten

Der Mann, dem Marx seine Religionskritik verdankt. Moderation: Jörn Schütrumpf

15. März 2009

11 Uhr | Lesung und Gespräch
RLS Sachsen e.V., Harkortstr. 10, 04107 Leipzig

Ernst Engelberg

Die Deutschen

Woher wir kommen

Hrg. von Achim Engelberg
Der besondere Blick auf die deutsche Geschichte
Moderation: Klaus Kinner



Zum 100. Geburtstag am 5. April 2009



präsentiert zur
Leipziger
Buchmesse:

Freitag, 13. März

Erik Neutsch

"Auf der Suche nach Gatt"

18.00 Uhr

DACHBODEN

LIEBKNECHTHAUS

Sonntag, 15. März

Rechtsanwalt

Friedrich Wolff
Lesung und Gespräch

18.00 Uhr

DACHBODEN

LIEBKNECHTHAUS

Leipziger Buchmesse, 12.–15. März 2009

Halle 5, Stand C-409
www.dietzberlin.de

dietz berlin

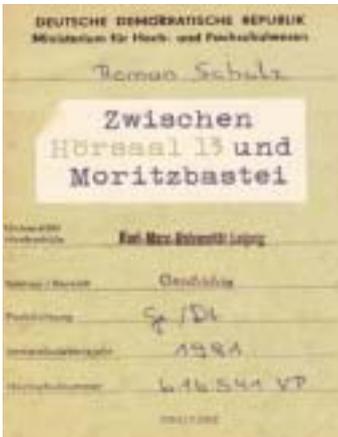
Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.

Harkortstraße 10, 04107 Leipzig,
Samstag 14. März 18.00 Uhr

Axel Wörner liest aus seinem Roman:

DER GELBE WAGEN

Zwischen den Stühlen und zwischen den Generationen



Der Autor, Jahrgang 1960, blickt auf seine Studienzeit an der Leipziger Karl-Marx-Universität (KMU) zurück. Das ist zugleich ein kritischer Rückblick auf die erlebte DDR, die er nicht sonderlich liebte. Er engagierte sich nicht für sie, war aber auch, wie er bekundet, kein DDR-Oppositioneller. Doch dieses Land war ihm zu eng, ihr Staat versperrte ihm den Weg zur Erkundung der westlichen Welt, von der er träumte.

Zu seinen grotesken Erfahrungen gehört, dass zwar seine Bewerbung für ein Medizinstudium wegen schlechter Leistungen

in den Fächern Staatsbürgerkunde und Russisch abgelehnt worden war, ihm aber zu seinem Erstaunen ein Studienplatz in der Fachrichtung "Diplomlehrer für Geschichte und Deutsch" angeboten wurde. Immatrikuliert an der Sektion Geschichte, spielt jedoch der im Titel erwähnte Hörsaal 13 keine Rolle, wie überhaupt der Leser nicht allzu viel über das tatsächliche Studium erfährt. "Das Gefühl, hier im Osten so ziemlich alles verpasst zu haben, trieb uns um", schreibt er über den Kreis der Kommilitonen, der sich zusammengefunden hatte und der sich "des Öfteren auf der falschen Seite geboren fühlte" – "Mit FDJ und SED hatten wir einerseits nicht viel am Hut, aber andererseits mit der Sektion Geschichte nicht gerade einen entideologisierten Fachbereich gewählt." Oft lustlos und passiv habe man reagiert, sei aber keine Opposition gewesen, sondern habe "viele mitgemacht".

Erst als er während der Exmatrikulation im Alten Rathaus zutiefst enttäuscht sein Diplom mit der Note "befriedigend" erhält, verursacht durch die unsinnige Einbeziehung der Russischnote in das Gesamtprädikat, erfährt der erstaunte Leser detailliert, dass er, wie ihm auch die Universitätsabschlussbeurteilung bestätigt, zu den leistungsstärksten Studenten gezählt hatte, der somit auch über mehrere Semester ein Leistungsstipendium erhielt. Die Enttäu-

schung darüber – alle drei Haupt- und Abschlussprüfungen im Hauptfach mit "sehr gut" bestanden – sitzt so tief, dass er am Ende der familiären Feier zum Abschluss des Studiums im "Kiew" seine komplette Zeugnismappe zerreißt und im Sektkübel entsorgt.

Sein Rückblick auf den Lehrkörper der Sektion "Geschichte" ist nicht liebevoll. Lediglich einer – der "Professor", der spätere Autor des Buches "Die erfrorenen Flügel der Schwalbe" – erfährt Anerkennung. Ihn, in dem er den "liberalen Geist" der Sektion zu sehen glaubt, trifft er während der Montagsdemo im Oktober 1989 vor der "Runden Ecke". "Der Professor – Begegnung im Umfeld einer Revolution", heißt ein ganzes Kapitel in seinem Buch. Über die berufliche Tätigkeit als nunmehr akademisch ausgebildeter Lehrer für Geschichte und Deutsch erfährt der Leser kein Sterbenswörtchen. Dafür um so mehr, und das liest sich nicht schlecht, über seine Mitgliedschaft im "Paulinerverein", dem er 2002 unvermittelt beitrifft. Sein Eintreten für den Wiederaufbau der Universitätskirche ist legitim, zumal er das Machbare und nicht das Unmögliche im Blick hat. Seine Haltung zum Umgang mit dem "Marx-Relief" kommt am deutlichsten an einem in den Text eingefügten längeren Brief an den "lieben Karl" zum Ausdruck. In ihm gesteht er, einige seiner Schriften "nahezu verschlungen" zu haben, seine Bücher noch immer zu besitzen "und selbst deinen Namen betone ich bei Erwähnung meines Studienortes, der Karl-Marx-Universität Leipzig".

Zu seinem Lebensweg schreibt er, dass das Studium an der KMU eine Herausforderung gewesen sei, "der wir uns freiwillig

gestellt haben. Keiner hat uns gezwungen, wir hätten zu jeder Zeit gehen können. Geblieben sind wir alle, mit Ausnahme einiger weniger." Und mehr noch ist zu lesen: "Keiner hat sein Studium bereut. Das erlernte handwerkliche Rüstzeug half nicht nur im sich anschließenden Lehrerberuf. Es überlebte die DDR und bildete auch später in vielen Situationen ein hilfreiches Konstrukt. Aus allen Kommilitonen und Kommilitonen, die ich in den zurückliegenden Jahren getroffen habe, ist etwas geworden."

Es ist ein Buch, das vor Augen führt, in welchem Maße sich die Studentengeneration Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre von der unmittelbaren Nachkriegszeit unterschied, die nunmehr ihre akademischen Lehrer waren. Sie hatte an dem Zustandekommen dieser Gesellschaft nicht mitgewirkt, sondern sie als Resultat vorgefunden. Ihr Urteil über sie war anders motiviert. Sie suchten nach Antworten auf Fragen, die sie bewegten, für die wenig Verständnis existierte. Schulz meint über das ungenaue Lebensgefühl, von dem er und sein studentischer Freundeskreis erfasst war: "...wir saßen zwischen den Stühlen und irgendwie auch zwischen den Generationen". Es ist ein Buch, über das sich nachzudenken lohnt.

• **KURT SCHNEDIER**

Roman Schulz: Zwischen Hörsaal 13 und Moritzbastei. Universitätsgeschichten aus drei Jahrzehnten. Militäze Verlag, Leipzig 2009. 159 Seiten, 12,90 Euro

Letzlich siegte die Vernunft

Mit dem Beitritt der DDR zur BRD war das Schicksal der Archive und Bibliotheken der Parteien der DDR, die unersetzliche Quellen für historische, soziologische und politische Forschungen bargen, in hohem Grade ungewiss. Eigentumsrechte wurden angezweifelt, Leute, die von der Beschaffenheit und dem Wert der Sammlungen keine Ahnung hatten, maßen sich an, über sie zu befinden. Von dieser Gefahr und ebenso mancher Begehrlichkeit war insbesondere das Zentrale Parteiarchiv der SED (ZPA) und die mit ihm verbundene Bibliothek des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (IML) betroffen.

Das im ZPA verwaltete und aufbereitete Archivgut reichte von den Anfängen der Arbeiterbewegung bis in die jüngste Vergangenheit. Es umfasste u.a. 270 Nachlässe und Teilnachlässe, darunter Originale aus der Feder von Marx und Engels, Bebel und Wilhelm Liebknecht, Luxemburg und Karl Liebknecht, Kautsky und Thälmann, Pieck und Grotewohl, Herwegh und Freiligrath, das Historische Archiv der KPD, das archiwwürdige Schriftgut des Parteivorstandes bzw. des ZK der SED.

Die Bibliothek des IML, die 1989/90 ca. 700 000 inventarisierte und ca. 100 000 unarbeitete bibliographische Einheiten umfasste, war im Laufe der Jahre zu einer der international bedeutendsten Sammlungen auf dem Gebiet der Sozialwissenschaften und der Arbeiterbewegung angewachsen. Es galt dafür einzutreten, das ZPA und die Bibliothek des einstigen IML geschlossen zu

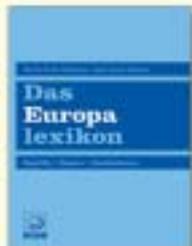
erhalten. In gleichem Maße stand diese Aufgabe auch für die Archive der weiteren vier Parteien und der Massenorganisationen der DDR.

Allen Anfeindungen zum Trotz, siegte die Vernunft!

Es ist Günter Benser zu danken, dass er den schwierigen Weg zur Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, an dem er maßgeblichen Anteil hatte, nachgezeichnet hat. Die gefundene Lösung, so schreibt er, kann "mit Fug und Recht als eine akzeptable, tragfähige und zukunftssträchtige Lösung bezeichnet werden". Der Dokumentenanhang enthält Texte, die das Problembewusstsein, die Motivationen und Argumentationen des Vorgangs widerspiegeln. Eine Übersicht nennt neben den Parteien die insgesamt 26 Organisationen und Verbände, deren Archive in die Stiftung eingebracht worden sind. Angemerkt ist, dass der Aufbewahrungsort für das Archiv der CDU (DDR) das Archiv für christlich-soziale Politik in der Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin, ist. Gleichermaßen wird das Archiv der LDPD im Archiv des Deutschen Liberalismus in der Friedrich-Naumann-Stiftung, Gummersbach, aufbewahrt.

• **K. Sch.**

Günter Benser: Was geschah mit den Archiven und Bibliotheken von Parteien und Organisationen der DDR? Heft 113 der Reihe "hefte zur ddr-geschichte". Helle Panke e.V., Berlin 2008, 62 Seiten. Bestellung: Koppenhagener Straße 76, 10437 Berlin.



Das Europalexikon
Berichte.Namen.Institutionen
352 Seiten, Broschur
18,80 Euro
ISBN 978-3-8012-0385-6

- ▶ aktuelle Internetlinks
- ▶ großer farbiger Kartenteil
- ▶ über 600 Stichwörter
- ▶ alles zu EU-Gesetzen, Richtlinien und neuen Verträgen

Das neue handliche Taschenlexikon zur Europäischen Union!



Wir Europäer
Der schwierige Weg zu Freiheit und Demokratie
222 Seiten, Broschur
14,80 Euro
ISBN 978-3-8012-0387-0

Die Erfolgsgeschichte Europas und die Suche nach den Grundlagen gemeinsamer europäischer Kultur und Identität.



Leipzig NEUE
... lädt ein zum Gespräch mit der Schauspielerin Friederike Raschke



VOM SINN DES WAHNSINNS
Sonntag 15. März 10.30 Uhr
Dachboden im Leipziger Liebknechtthaus.
Ich schrieb dieses Buch für alle, die sich in psychiatrischer Bedrängnis befinden und ermüdete die Kranken, ihre Lethargie zu überwinden.



Verlag J. H. W. Dietz Nachf.
Dreizehnmorgenweg 24 - 53173 Bonn
Tel. 0228/213083 - Fax 0228/234104
www.dietz-verlag.de



Ein Buch aus Wroclaw

Karpacz 1987. Günter Grass, Marian Szyrocki, Klaus Pezold und Norbert Honsza. Teilnehmer neben Klaus Pezold unbekannt. (Bildarchiv: K. P.)

Die polnische Germanistik hat aus naheliegenden Gründen einen großen Anteil an der inzwischen fast unübersehbar gewordenen Sekundärliteratur zu Günter Grass. Nicht nur die Herkunft des Schriftstellers aus Danzig, dem heutigen Gdansk, sondern auch und vor allem der Stellenwert des „polnischen Themas“ in seinem Werk, hat ihn für Literaturwissenschaftler aus unserem östlichen Nachbarland zu einem immer wieder mit kritischer Aufmerksamkeit und viel Sympathie diskutierten Autor werden lassen. Besondere Verdienste um eine kontinuierliche Beschäftigung mit dem Schriftsteller und seinem Schaffen hat Norbert Honsza, von 1970 bis 2003 Leiter des Lehrstuhls

für Deutsche Gegenwartsliteratur an der Universität Wroclaw. 2008 gab er, gewissermaßen als nachträgliches Geschenk zu dessen 80. Geburtstag, gemeinsam mit seiner Nachfolgerin Irena Swiatlowska, einen umfassenden Sammelband „Günter Grass. Bürger und Schriftsteller“ heraus. Er vereint Beiträge vor allem polnischer und deutscher Wissenschaftler und setzt damit eine Tradition fort, die für die Arbeit der Wroclawer Germanisten schon immer charakteristisch gewesen ist. Sie hatten vor 1990 gute Arbeitsbeziehungen sowohl zu ihren Kollegen in der Bundesrepublik als auch in der DDR und haben dies für interessante wissenschaftliche Projekte und Veranstaltungen genutzt. Ein besonderer

Höhepunkt in dieser Hinsicht ist eine von ihnen 1987 in Karpacz veranstaltete Grass-Konferenz gewesen. Dem von Grass sehr geschätzten Barock-Spezialisten Marian Szyrocki und Norbert Honsza war es gelungen, den Autor dafür zu gewinnen, selbst an ihr teilzunehmen, sich eine Woche lang Beiträge von Germanisten aus Polen, der Bundesrepublik und der DDR anzuhören und mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Auch auf den Ausflügen in die Umgebung, u.a. zum Haus Gerhart Hauptmanns im ehemaligen Agnetendorf. Beim Betrachten des neuen Sammelbandes kamen dem Rezensenten, der 1987 als Vertreter der mit der Uni Wroclaw durch Freundschaftsvertrag verbundenen KMU

an der Konferenz teilnehmen durfte, viele Erinnerungen an diese wahrhaft außergewöhnliche Veranstaltung. In Leipzig wäre sie damals leider undenkbar gewesen, die polnischen Kollegen hatten andere Möglichkeiten und haben sie optimal ausgeschöpft. So ist es auch ein Zeichen für die Kontinuität ihrer Bemühungen, wenn einige der Teilnehmer von 1987 wie Alois Wierlacher und Gertrude Cepl-Kaufmann zwanzig Jahre später wieder mit Beiträgen in dem neuen Band vertreten sind. Den Herausgebern ist es aber gelungen, neben Veteranen der Grass-Forschung auch junge Kolleginnen und Kollegen als Autoren zu gewinnen, die offensichtlich erst vor kurzem ihr Studium abgeschlossen haben. So Corinna Kleßmann, deren Beitrag „Literarische Musik über die Shoah“ durch einen interdisziplinären Ansatz auffällt. Aus dem Kreis der heute am Institut für Germanistik der Leipziger Universität arbeitenden Literaturwissenschaftlern ist niemand an dem Wroclawer Band beteiligt, wohl aber mit Marion George, die noch an der Sektion Germanistik und Literaturwissenschaft der KMU promoviert und habilitiert hat, eine ehemalige Leipzigerin. Sie ist jetzt Professorin an der Universität Poitiers und behandelt auf beeindruckende Weise das keineswegs problemlose Thema „Günter Grass und Frankreich“.

Auch das aktuellste heiße Eisen der Grass-Debatte klammert der Sammelband nicht aus. Romy Sabalius, Professorin an der San Jose State University in Kalifornien, schreibt über „Günter Grass und die Waffen-SS“. Seine prägnante Darlegung bezieht deutlich Stellung gegen jene, die nun endlich eine Gelegenheit gekommen sahen, ihrer „lange brodelnden Wut“ auf den „unliebsamen Mahner“ freien Lauf zu lassen „mit der Genugtuung, jetzt selber zu Gericht sitzen zu können.“

• **KLAUS PEZOLD**

Norbert Honsza, Irena Swiatkowska (Hg.): Günter Grass. Bürger und Schriftsteller. Neisse Verlag, Wroclaw - Dresden 2008. 518 Seiten.

Erinnerung kann in Nostalgie umschlagen. Dies gilt nicht nur für manchen persönlichen Rückblick auf das Leben in der DDR, sondern auch – und mit zunehmender Tendenz – für das Feiern von Wende und Wiedervereinigung. Und so ist es nur gut, wenn die Flut der historischen Gedenkveranstaltungen 2009/2010 hin und wieder mit Brocken unverschöner Realität konfrontiert wird. Dafür hat jetzt Günter Grass mit der Veröffentlichung seines Tagebuchs von 1990 gesorgt. Denn sein Text ist ein nachträglich nicht verändertes Dokument aus jener Zeit, in das keinerlei spätere Ein- oder Ansichten eingefügt worden sind. Wer wie der Rezensent punktuell mit dem von Grass Festgehaltenem zu tun hatte, kann und muss dies bestätigen (selbst wenn ihm vielleicht aus heutiger Sicht manches an der eigenen Person von damals nicht mehr so ganz verständlich ist). Dass sich Grass 1990 der allgemeinen Einheits-Euphorie entgegengestellt hat und dafür als „vaterlandsloser Geselle“ diffamiert wurde, ist allgemein bekannt. Doch jetzt kann man genauer nachvollziehen, welche konkreten Erfahrungen ihn, der in jenem Jahr unerträglich im Osten Deutschlands unterwegs war, dazu gebracht haben, die Rolle des „notorischen

"So wird man, selbst ungewollt, zum Fürsprecher"

Günter Grass im Jahr 1990

Schwarzsehers“ zu übernehmen. Im Sommer 1990 stellt er sich selbst die Frage: „Bin ich mit meinen Befürchtungen, Ängsten und Unkenrufen nur voreingenommen, weil von gestern?“ Doch er weiß, was dagegen spricht. Zum Beispiel, „dass von Tag zu Tag mehr abzusehen ist, wem die Produktionsmittel – vom Bier bis zu den Kinos, von den Kaffeeeröstereien (Tchibo) bis zur Autoproduktion – gehören werden: den westdeutschen Herren. Damit sind schon jetzt die Besitzverhältnisse auf Dauer festgeschrieben.“ Neben dieser faktischen Enteignung der DDR-Bürger war es vor allem der arrogante Umgang mit ihnen, der den Zorn von Grass hervorrief. Im Februar notierte er: „Der Bonner Befehlston gibt einen Vorgeschmack auf den zukünftigen Stil der Herren. Wie Modrow in Bonn abgefertigt wurde, desgleichen die Minister der ‚Runder Tisch‘-Gruppe, ist beschämend ...“ Nach der Volkskammer-Wahl im März sieht er „ein Heer von westdeutschen Ver-

waltungsjuristen“ nach Osten ziehen: „Kolonialbeamte. Die Menschen in der DDR werden wieder die Angeschmierten sein.“ Im Sommer dann eröffnet „eine ungerechte Polemik von Greiner gegen Christa Wolf“ in der „Zeit“ den deutsch-deutschen Literaturstreit. Sein Kommentar hierzu: „Jetzt beginnt das widerliche Abschlagen und Rechthaben.“ Da er bei den hiervon Betroffenen immer wieder Zeichen von Resignation wahrnimmt, fühlt er sich verpflichtet, in der Öffentlichkeit ohne jede diplomatische Rücksichtnahme „anzusprechen was viele bedrückt. So wird man, selbst ungewollt, zum Fürsprecher.“ Und zieht, wie Grass auf verschiedenste Weise erfahren musste, Angriffe derer auf sich, die sich in ihrem Hochgefühl als Sieger gestört fühlten. Günter Grass' „Tagebuch 1990“ weckt zuallererst dieser zeitgeschichtlichen Brisanz wegen das Interesse des Lesers, aber das Buch bietet darüber hinaus noch viel mehr. Es gibt ganz unspektakulär und

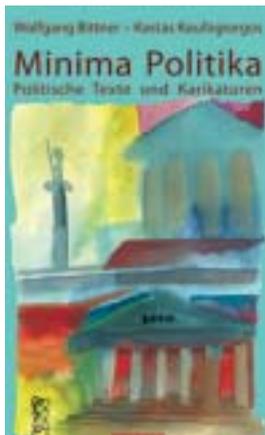
unstilisiert Auskunft über ein Jahr im Lebens seines Autors, seinen Alltag, seine offiziellen und privaten Reisen, die Begegnungen mit seinen Kindern und ihren Müttern, seine Lektüre und die Arbeit des Zeichners. Vor allem aber ermöglicht es einen Blick in seine Schreibwerkstatt. Es lässt den Leser nachvollziehen, wie sich die Konzeption der längeren Erzählung „Unkenrufe“ von 1992 aus dem im Tagebuch festgehaltenem Erleben herauskristallisiert und dann schrittweise verändert hat. Beinahe noch in den Hintergrund gedrängt durch den Plan zu einem großen Fontane-Roman, dem 1995 erscheinenden Hauptwerk des Jahrzehnts „Ein weites Feld“. Die Fülle von produktivem Leben, die das Tagebuch zwischen den Daten 1. Januar 1990 und 1. Februar 1991 vor dem Leser ausbreitet, ist höchst beeindruckend. Die Vielfalt der geschilderten Begegnungen und die Aktualität der Problemsicht seines Verfassers macht es zu einer spannenden Lektüre.

• **K. P.**

Günter Grass: Unterwegs von Deutschland nach Deutschland. Tagebuch 1990. Steidl Verlag, Göttingen 2009. 256 S., 20 Euro

Nebentätig

Die Volksvertreter, die das Volk im Parlament vertreten sollen, vertreten im Parlament gern die Konzerne, in denen sie nebetätig sind.



Wolfgang Bittner
Kostas Koufogiorgos:
Minima Politika.

Politische Texte und Karikaturen. Horlemann Verlag
Bad Honnef, 2008,
125 S., 12,90 Euro.

Wolfgang Bittner lebt als freier Schriftsteller in Köln. Er hat die Juristerei studiert und schreibt für Erwachsene, Jugendliche und Kinder sowie ab und an auch für diese Zeitung, was uns immer sehr freut.

Kostas Koufogiorgos stammt aus Arta und machte sich als politischer Karikaturist in Griechenland einen Namen. Jetzt lebt er abwechselnd in Stuttgart und im griechischen Diakopto. Für "Minima Politika" haben sich beide zu einem wunderbaren Team vereint, das an beste Traditionen der politischen Scharfzüngigkeit und Karikatur erinnert.

Es ist bitterböse und geistvoll, was beide auf die Seiten ihres Buches setzen.

Bei Bittner genügen nur wenige Zeilen und Worte, und man erfährt oft mehr über Politik und deren Hintergründe, als in der umfänglichsten Diskussion.

Beide bringen die Dinge mal direkt und mal hintersinnig auf den Punkt. Da muss man einfach Lesen, Sehen und Denken.

• M. Z.



Beilage
der Ausgabe 2/09
zur
Leipziger Buchmesse
2009

WWW.leipzigs-neue.de

Redaktionsschluss

16. Februar 2009

Herausgeber:

Projekt Linke Zeitung e.V.,
Braustraße 15, 04107 Leipzig.

LINKE MONATSZEITUNG
FÜR
POLITIK, KULTUR UND GESCHICHTE

Häuschen im Grünen

Wie gut,
dass hier Tag und Nacht
Flugzeuge starten und landen,
sagt die junge Mutter,
so können wir
wenigstens die Miete bezahlen.

Text: Wolfgang Bittner / Karikatur: Kostas Koufogiorgos



Nicht nur für Schachfreunde

Der sächsische Raum trug in mehrfacher Hinsicht zur Entwicklung einer Kultur bei, die zugleich Sportart wurde: Schach. Der Leipziger Jacques Mieses – lange Jahre am Rosental zu Hause, bis er sich 1938 nach London rettete und später erster britischer Großmeister wurde – sah im Schach "eine Vereinigung von Kunst und Geistesport". Auf Meisterebene ist Schachspielen in der Tat schöpferische Arbeit: Es schafft im Zweikampf Werke – mitunter "unsterbliche" und "immergrüne", die dank Notation bewahrt und begeistert in aller Welt nachgespielt werden.



Gestützt auf früh entstandene Vereine und Verbände, setzte Sachsen eine bemerkenswerte Folge regionaler, nationaler und internationaler Schachturniere in Gang, die in den Olympiaden von Leipzig (1960) und Dresden (2008) gipfelt. Es brachte bedeutende Meister hervor, und sein reges Schachleben förderte das Entstehen bis heute aktueller Eröffnungsideen für die Auseinandersetzung auf den 64 Feldern.

Jetzt liegt eine Publikation des Schachverbandes Sachsen vor, in der Autoren aus verschiedenen Regionen des Landes Vergangenheit und Gegenwart des sächsischen Schachs, einschließlich der Problemlösung, beleuchten. Kurzbiografien der Spitzenspieler von Dr. Max Lange bis Melanie Ohme und Porträts anderer unvergesslicher Persönlichkeiten, viele Glanzpartien und reichhaltiges Datenmaterial lassen Schach in Sachsen nicht nur für Schachfreunde und für Historiker zur anregenden Lektüre werden. Besonders Interesse von LN-Lesern dürften wohl der Abschnitt "Sachsen – eine Hochburg des Arbeiterschachs" und die Darstellung des Schachgeschehens zwischen 1945 und 1990 finden. Die Art und Weise, wie hier aus persönlichem Erleben Erfahrungen vermittelt werden, gibt gerade im Jubiläumsjahr der "Wende" zu denken. Das gilt auch für den temperamentvollen Bericht über die Anfänge des am 15. 9. 1990 gegründeten Schachverbandes Sachsen, der bereits am 29. 9. (!) 1990 in den Deutschen Schachbund aufgenommen wurde. Schach ist vermutlich einer der wenigen Bereiche,

in denen Einheit zwar nicht problemlos, aber auf gleicher Augenhöhe entstand. Der Sohn des letzten Staatstrainers des Schachverbandes der DDR arbeitet heute als Bundestrainer und der Fakt, dass Ernst und Uwe Bönsch aus Halle und nicht aus Sachsen stammen, sprengt wohl kaum den Rahmen dieser Annotation.

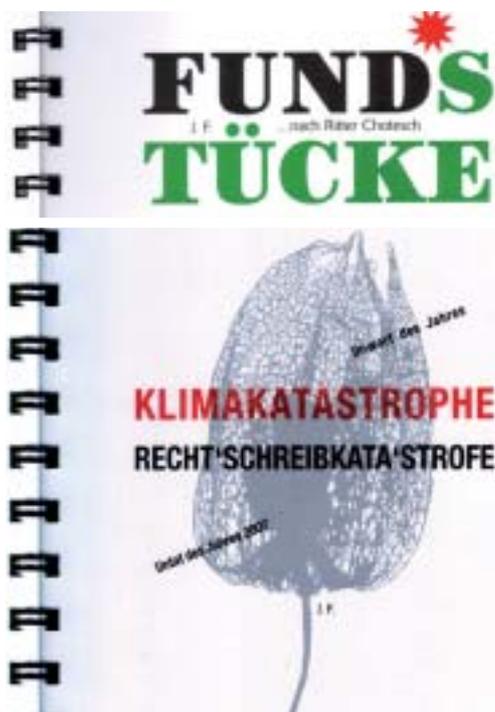


in denen Einheit zwar nicht problemlos, aber auf gleicher Augenhöhe entstand. Der Sohn des letzten Staatstrainers des Schachverbandes der DDR arbeitet heute als Bundestrainer und der Fakt, dass Ernst und Uwe Bönsch aus Halle und nicht aus Sachsen stammen, sprengt wohl kaum den Rahmen dieser Annotation.

• GOTTFRIED BRAUN

Schachverband Sachsen (Hrsg.):
*Schach in Sachsen. Dresden 2008. 512
Seiten, 25 Euro.*

Das Buch kann bei der Geschäftsstelle
des SVS bestellt werden (Umlandstr.
39, 01069 Dresden; E-mail:
buero@schachverband-sachsen.de).



Die Langsamkeit des Blätterns

56 Seiten zum Betrachten und Denken

Dieses kleine Buch des Leipziger Grafikers Jochen Fiedler spottet jedweder Lese-Erfahrung. Allein das Betrachten der 56 Seiten wird zum Ritual, da sich die Seiten vierteilen sowie von der Mitte nach außen umblättern lassen und trotzdem von links nach rechts die richtigen Seitenzahlen haben. Nicht nur ein inhaltlicher, sondern auch ein buchbinderischer Spaß, auf den einer erst mal kommen muss. Das Ganze ist schwer zu beschreiben, aber diese scheinbar widersinnige Blätterei führt zu einer Langsamkeit im Umgang mit diesem Büchlein, die dem Inhalt und den Grafiken natürlich höchste Aufmerksamkeit garantiert. Ein fundiger Einfall. Jochen Fiedler war die letzten Jahre offenbar ein Jäger und Sammler von Plakaten, Zeitungszitaten, Speisekarten,

Randbemerkungen sowie politischem, universitärem und alltäglichem Kauderwelsch.

Prüfe sich jeder selbst einmal. Meist gehen wir achtlos an Plakaten und Werbung vorbei, übersehen und überhören vieles, was uns Rundfunk und Bildschirm anbieten bewusst und gern, denn es ist ja oft nicht zum Aushalten.

Hier stößt uns nun jemand mit der Nase und den Augen drauf, dass es einfach eine Lese- und Sehlust ist. Ich bin noch nie bei einem Buch so neugierig beim Umblättern der Seiten gewesen. Übrigens:

Diese FUNDS*TÜCKE sind rar, denn ihre Stückzahl ist begrenzt.

• M. Z.

Jochen Fiedler:
FUNDS*TÜCKE
trafo Verlagsgruppe
Berlin 2008. 56 S., 39 Euro